

Zusammenfassung
der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens über
die Vorentwürfe der Expertenkommission

zum

Allgemeinen Teil und Dritten Buch des Strafgesetzbuches

sowie zu einem

Bundesgesetz über die Jugendstrafrechtspflege

Vertrieb:

Bundesamt für Justiz, CH-3003 Bern
Tel. 031 / 322 53 77

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	4
2. Konzept der Zusammenfassung	5
3. Vorentwurf zum Allgemeinen Teil und zum Dritten Buch des Strafgesetzbuches	6
3.1 Allgemeine Stellungnahmen zum Vorentwurf	6
3.2 Geltungsbereich (Art. 1 - 8 VE) und Strafbarkeit (Art. 9 und 28 VE)	8
3.3 Strafen (Art. 29 - 48 VE)	9
3.4 Strafzumessung (Art. 49 - 53 VE)	13
3.5 Strafbefreiung (Art. 54 - 58 VE)	14
3.6 Massnahmen (Art. 59 - 69 VE)	14
3.7 Andere Massnahmen (Art. 70 - 75 VE)	18
3.8 Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen (Art. 76 - 92 VE)	18
3.9 Die Verjährung (Art. 93 - 99 VE)	21
3.10 Die Verantwortlichkeit des Unternehmens (Art. 101 - 103 VE)	22
3.11 Übertretungen (Art. 104 - 110 VE)	22
3.12 Drittes Buch des Strafgesetzbuches	22
4. Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Jugendstrafrechtspflege	25
4.1 Allgemeine Stellungnahmen zum Vorentwurf	25
4.2 Allgemeine Grundsätze und Anwendungsbereich (Art. 1 - 5 VE)	26
4.3 Die Untersuchung (Art. 6 - 9 VE)	27
4.4 Schutzmassnahmen (Art. 10-18 VE)	27
4.5 Strafen (Art. 19 - 31 VE)	28

- 4.6	Organisation, Verfahren und Anwendung des Gesetzes (Art. 32 - 37 VE), Ergänzende und Schlussbestimmungen	30
5.	Anhang	32
5.1	Teilnehmer am Vernehmlassungsverfahren	32
5.2	Abkürzungsverzeichnis	36
5.3	Grafische Darstellung der Vernehmlassungsauswertung	42

1. Einleitung

Am 16. Februar 1987 beauftragte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eine Expertenkommission, den Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches (AT/StGB) samt dem bisher darin enthaltenen Jugendstrafrecht sowie das Dritte Buch des StGB (Bestimmungen über die Einführung und Anwendung des Gesetzes) auf der Grundlage entsprechender Vorentwürfe der Professoren Schultz und Stettler zu überarbeiten. Die Kommission schloss ihre Arbeiten am 19. November 1992 ab. Eine besondere Arbeitsgruppe hat im Anschluss daran für all diejenigen Bestimmungen des Dritten Buches, die gesetzestchnisch mit der Revision des Allgemeinen Teils und des Jugendstrafrechts zusammenhängen, Vorschläge für entsprechende Gesetzesänderungen ausgearbeitet. In einer letzten Phase wurden die Gesetzesentwürfe verwaltungsintern redaktionell überprüft und zum Teil überarbeitet.

Mit Beschluss vom 30. Juni 1993 ermächtigte der Bundesrat das EJPD, über die Vorentwürfe und den erläuternden Bericht der Expertenkommission ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Mit Rundschreiben vom 15. Juli 1993 lud das EJPD das Schweizerische Bundesgericht, die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien sowie die interessierten Organisationen zur Stellungnahme bis Ende Februar 1994 ein. Den Kantonen sowie einzelnen Organisationen wurde eine Fristverlängerung bis Ende April, in Einzelfällen bis Mitte Juli 1994, gewährt.

Es haben Stellung genommen:

- Das Bundesgericht
- Alle Kantone mit Ausnahme des Kantons Genf
- Die im Bundesrat vertretenen Parteien sowie die Liberale Partei der Schweiz, der Landesring der Unabhängigen, die Schweizer Demokraten und die Autopartei/die Freiheitlichen
- 73 interessierte Organisationen (wovon 19 nicht offiziell eingeladen worden waren) sowie Bundesrichter Prof. Martin Schubarth und der Generalprokurator des Kantons Bern.

Es wurden 108 Vernehmlassungen eingereicht, die zusammen rund 1'300 Seiten umfassen. Der Umfang der einzelnen Vernehmlassungen reicht von einer bis zu 150 Seiten.

Die Liste der Teilnehmer am Vernehmlassungsverfahren und das Abkürzungsverzeichnis finden sich im Anhang.

2. Konzept der Zusammenfassung

Die Vorentwürfe zur Revision des Allgemeinen Teils und des Dritten Buches des StGB sowie des Jugendstrafrechts bilden zusammen eine überdurchschnittlich umfangreiche Vorlage mit vielen Bestimmungen von grosser Tragweite für die künftige Kriminalpolitik. Entsprechend umfangreich ist die Gesamtheit der eingegangenen Vernehmlassungen, die zudem eine sehr breit gefächerte und oft sehr detaillierte Kritik der Vorentwürfe enthalten.

Um davon eine Zusammenfassung in einem vernünftigen Umfang zu erhalten, war eine rigorose Beschränkung auf diejenigen Artikel und Themen notwendig, die von einer Mindestanzahl von Vernehmlassern kommentiert wurden. Die zahlreichen und oft sehr eingehend begründeten Einzelkritiken werden jedoch, auch wenn sie in dieser Zusammenfassung nicht Eingang gefunden haben, bei der Weiterbearbeitung der Vorentwürfe berücksichtigt werden.

Um die in der Begründung oft voneinander abweichenden Kritiken zu einer generellen Tendenz zusammenfassen zu können, war es nötig, die Aussagen auf jene Schwerpunkte zu reduzieren, die in mehreren Vernehmlassungen vorkommen. Dadurch haben sich möglicherweise Vereinfachungen ergeben, die einzelnen Vernehmlassern als Verfremdung ihrer Argumentation erscheinen mag, für diese Art von Zusammenfassung aber unumgänglich war.

Wenn in dieser Zusammenfassung von Mehrheiten oder Minderheiten der Vernehmlasser die Rede ist, sind diese Begriffe relativ zu verstehen. Es handelt sich um Mehrheiten bzw. Minderheiten bezogen auf die Gesamtzahl der zur betreffenden Bestimmung oder Frage vorhandenen ausdrücklichen Stellungnahmen. Das eruierte Zahlenmaterial ist also immer auch im Verhältnis zur Gesamtzahl (108) der eingegangenen Vernehmlassungen zu sehen.

Wie aus den Grafiken im Anhang ersichtlich ist, wurden nur zu den zentralen Bestimmungen auch eine gewisse Zahl positiver, zustimmender Stellungnahmen abgegeben. Zu den anderen Artikeln äusserten sich die Vernehmlasser ausdrücklich meist nur, wenn sie eine Kritik anbringen wollten. Es kann davon ausgegangen werden, dass dort wo keine Kritik vorhanden ist, die Artikel nicht auf Ablehnung gestossen sind.

Würde der Teil der Vernehmlasser, der zu einem Artikel nicht Stellung genommen hat, den Befürwortern zugerechnet, so resultierte ein noch positiveres Vernehmlassungsresultat. Das in der folgenden Zusammenfassung präsentierte Zahlenmaterial stützt sich jedoch nur auf ausdrücklich positive oder negative Äusserungen. Konkludent Zustimmende wurden nicht mitgezählt.

Bei der Auswertung wurden die Stellungnahmen in drei Kategorien eingeteilt:

- | | |
|--------------|--|
| Befürworter: | Sie stimmen einem Artikel grundsätzlich zu. Darüber hinaus bringen sie auch kleinere Modifikationsvorschläge an. |
| Vorbehalte : | Als Vorbehalte gelten skeptische Aeusserungen oder Aenderungsvorschläge, die jedoch den Kerngehalt des Artikels nicht in Frage stellen. |
| Gegner : | Sie lehnen eine Bestimmung grundsätzlich ab oder machen derart massive Vorbehalte geltend, dass der Kerngehalt der Bestimmung in Frage gestellt ist. |

3. Vorentwurf zum Allgemeinen Teil und zum Dritten Buch des Strafgesetzbuches

3.1 Allgemeine Stellungnahmen zum Vorentwurf

Von den **108** eingegangenen Vernehmlassungen enthalten **80** allgemeine Stellungnahmen zum Vorentwurf, die folgende grundsätzliche Positionen ausdrücken:

- **44** Vernehmlassungsteilnehmer (13 Kantone¹, 2 Parteien² und 29 Organisationen³) stehen dem Vorentwurf grundsätzlich positiv gegenüber, wenn auch mit kleineren und grösseren Vorbehalten.
- **12** Vernehmlassungsteilnehmer (4 Kantone⁴, 3 Parteien⁵, 4 Organisationen⁶ und der GP-BE) anerkennen zwar meistens - ausdrücklich oder stillschweigend - die Notwendigkeit einer Totalrevision des AT/StGB, lehnen aber die Vorentwürfe in ihrer Gesamtheit grundsätzlich ab, wobei dieses Urteil meistens nur auf das Erwachsenenstrafrecht bezogen ist.
- **8** Vernehmlasser⁷ plädieren für eine blosse Teilrevision oder die Revision in Etappen.

(Zahlreiche allgemeine Stellungnahmen lassen sich nicht eindeutig einer Position zuordnen.)

Die Erweiterung und Neuregelung des Sanktionenkatalogs als ein zentraler Punkt dieser Vorlage ist äusserst positiv aufgenommen worden, was von zahlreichen Vernehmlassern ausdrücklich betont wurde⁸.

Ausdrückliche Zustimmung wurde öfters auch der Trennung von Erwachsenen- und Jugendstrafrecht zuteil⁹.

Die häufigste Kritik betrifft die Sorge um die öffentliche Sicherheit. In **23** Vernehmlassungen¹⁰ wird der Vorentwurf diesbezüglich für lückenhaft gehalten.

¹ LU, UR, OW, BE, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, GR, AG, JU.

² CVP, SPS.

³ CNG, BSF, BSIF, DJS, EKF, EFS, FSP, KKJPD, KLA, KPSN, ATD, Neustart, OSK, BFU, SBK, SGF, SGSP, SGV, SGB, SKF, SKÖF, SLFV, Team 72, ASP, Caritas, WR, KKPKS, OAF, SPV.

⁴ ZH, GL, FR, VS.

⁵ FDP, LPS, LdU.

⁶ APS, CCDJP-SR, VBGP, VCHP.

⁷ Die Kantone NW, VD, NE, TI, AR, die Partei SVP, die Organisationen SKG, SRV.

⁸ ZH, BE, LU, UR, OW, SO, BS, SH, GL, ZG, JU, GR, NE, FDP, CVP, SPS, LPS, CNG, DJS, EFS, KKJPD, KPSN, ATD, Neustart, OSK, SBK, SGV, SGB, SHIV, SKÖF, SLFV, Team 72, Caritas, WR, KKPKS, VASZ, ZFZ.

⁹ NW, GR, JU, CVP, FSP, SGF, SKF, SKÖF.

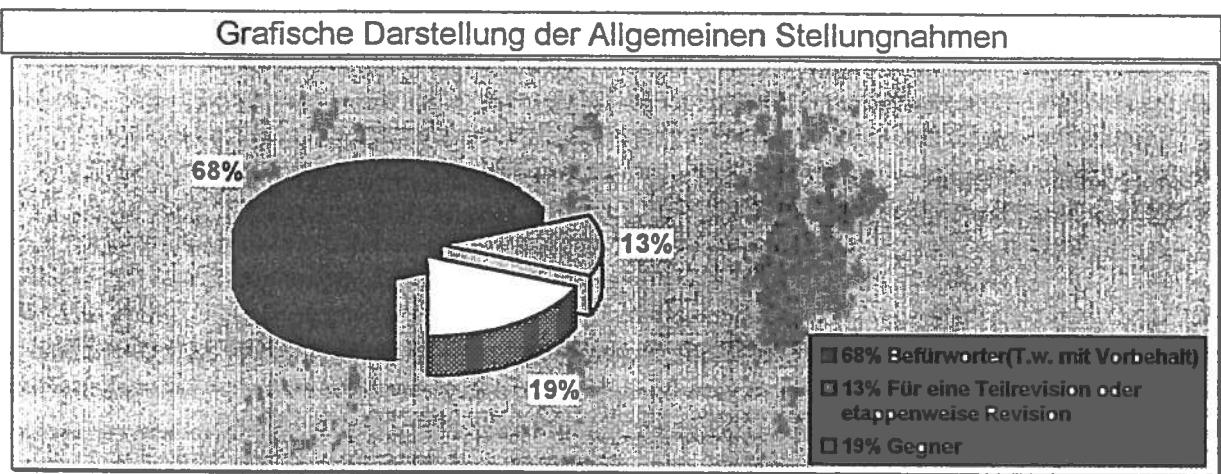
¹⁰ BE, ZG, BS, UR, SH, AG, TG, VD, SVP, LdU, FDP, APS, BSF, EFS, KKJPD, KPSN, SGV, SHIV, SRV, GP-BE, KKPKS, OAF, VBGP.

8 Vernehmlasser¹¹ bezeichnen andererseits des Entwurf, meistens mit dem Hinweis auf Artikel 68 VE (Verwahrung), diesbezüglich ausdrücklich als genügend.

Weitere wichtige Kritiken allgemeiner Art sind :

- Der Entwurf sei zu sehr auf die Interessen der Täter ausgerichtet und/oder würde insgesamt zu einer Milderung der Sanktionen führen¹².
- Der Ermessensspielraum des Richters werde zu stark eingeschränkt¹³.
- Die Revision habe eine Überlastung der Gerichte - und/oder der Vollzugsbehörden - zur Folge und könne zu einer Kostensteigerung im Strafvollzug führen¹⁴.
- Im Strafvollzugsrecht beanspruche der Bundesgesetzgeber zu viel Kompetenz. Mehr Respekt gegenüber dem Föderalismusprinzip sei angezeigt¹⁵.
- Der Entwurf orientiere sich an einem unrealistischen Bild des Delinquenten¹⁶.
- Die spezifischen Bedürfnisse der Frauen im Strafvollzug würden nicht genügend berücksichtigt¹⁷.
- Die Formulierung der Vorentwürfe entspreche nicht dem Grundsatz der sprachlichen Gleichbehandlung der Geschlechter¹⁸.
- Kritik wird auch an der Systematik und der Lesbarkeit der Entwürfe geübt¹⁹.

Mehrere Vernehmlasser²⁰ beantragen eine Ueberarbeitung des Entwurfes und/oder eine neue Vernehmlassung, wobei die OSK und die SPS eine Ueberarbeitung nur für gewisse Teile fordern.



¹¹ LU, GR, CVP, OSK, SGF, ASP, Caritas, WR.

¹² LU, NW, BS, SH, NE, FDP, LPS, LdU, SD, APS, BSF, OSK, SHIV, SRV, OAF, VASZ, SAV, KKJPD.

¹³ VD, AG, TI, SVP, SRV, SKG, SAV.

¹⁴ ZU, LU, UR, SH, FR, BS, VD, NE, VS, CCDJP-SR, LdU, KLA, SRV, GP-BE.

¹⁵ ZU, LU, ZG, FR, SH, VD, VS, CCDJP-SR, KKJPD, KLA, OSK.

¹⁶ LU, ZG, SH, TG, VS, VD, CCDJP-SR, KKJPD, KLA, OSK, VCHP.

¹⁷ CVP, SPS, DJS, EKF, EFS, SGF, SGB, SLFV, KSG.

¹⁸ ZU, ZG, CVP, SPS, DJS, EKF, SGF, EFS, FSP, KLA, KPSN, SGB, SKF, SKÖF, SLFV, Team 72, KSG.

¹⁹ LU, ZG, SH, AI, TI, KPSN, BSF, SRV, SVE, OAF.

²⁰ BE, LU, ZG, VD, VS, CCDJP-SR, SVP, LdU, FDP, KKJPD, KLA, SHIV, OAF.

3.2 Geltungsbereich (Art. 1 - 8 VE) und Strafbarkeit (Art. 9 - 28 VE)

Die Bestimmungen dieser ersten beiden Titel des Strafgesetzbuches wurden im Vorentwurf nicht grundlegend geändert, sondern weitgehend bloss mit der Neufassung des Sanktionenrechts in Uebereinstimmung gebracht und dem derzeitigen Stand der Lehre und der Rechtsprechung angeglichen. Viele Vernehmllassungsteilnehmer haben denn auch nur einzelne, wenige Bestimmungen kommentiert.

Daraus geht hervor, dass die Neuerungen in diesen Bereichen, von diversen Einzelvorbehalten abgesehen, bei den meisten Vernehmlassern grundsätzlich auf Zustimmung gestossen. Die Revision der Artikel 1 - 8 VE wird nur von den Kantonen AR und VD sowie der SKG, die Revision der Artikel 9 - 28 VE einzig von der SKG ausdrücklich abgelehnt.

Der häufigste Vorbehalt inbezug auf die Regelung des **Geltungsbereichs** betrifft die Artikel 5 VE (gemäss staatsvertraglicher Verpflichtung verfolgte Auslandtaten) und Artikel 6 VE (andere Auslandtaten). Es wird von verschiedener Seite darauf hingewiesen, dass in den Bereichen des Sextourismus, der Kinderpornographie und des Handels mit Frauen eine Gesetzeslücke bestehe. Gefordert wird eine Regelung, die es erlaubt, solche im Ausland begangenen Delikte in der Schweiz zu verfolgen, auch wenn die Voraussetzung der Strafbarkeit im Tatortstaat nicht gegeben ist²¹.

Ausschliesslich positiv beurteilt wird die Einführung der **Einheitsfreiheitsstrafe** unter Beibehaltung der Unterscheidung der Delikte in Verbrechen und Vergehen (Art. 9 VE)²².

Die **Legaldefinitionen des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit** werden in Artikel 10 VE lediglich sprachlich neu gefasst. Vor allem von Seiten einzelner Kantone wird darüber hinaus eine ausdrückliche Regelung des Eventualvorsatzes gefordert²³.

Ein grosses Echo fanden die Bestimmungen über die **Rechtmässigen Handlungen** (Art. 12 und 13 VE) und die **Schuld** (Art. 14 - 16 VE). Hervorzuheben sind hier die überwiegend negativen Reaktionen²⁴ auf die Streichung des bisherigen Rechtfertigungsgrundes des Handelns gestützt auf Gesetz, Amts- oder Berufspflicht nach Artikel 32 StGB. Neben den vielen Einzelvorbehalten fällt zudem die Kritik an der neuen Systematik auf, die den Notstand in zwei getrennten Bestimmungen regelt ("Notstand" als Rechtfertigungsgrund nach Art. 13 VE und "Entschuldigender Notstand" nach Art. 16 VE) und auch den Sachverhaltsirrtum (Art. 11 VE) vom Verbotsirrtum (Art. 15 VE) systematisch trennt²⁵.

Sehr oft kritisiert werden die in den Artikeln 12 - 22 VE vorgesehenen **Strafmilderungen**. So soll der Notwehrexzess in entschuldbarer Aufregung oder Bestürzung (Art. 12 Abs. 2 VE) nicht nur eine fakultative, sondern wie nach geltendem Recht eine obligatorische Strafmilderung zur Folge haben²⁶. Von vielen abgelehnt werden sodann die neu vorgesehenen zwingenden Strafmilderungen für den Gehilfen (Art. 20 VE)²⁷ und den

²¹ SP / DJS, EKF, SGB, SLFV / OAF, KSG, M.S..

²² ZH, SO, BSF, DJS, KLA, SAV.

²³ ZH, LU, SO, BL, SG, TG, VD, NE, UNI-LS.

²⁴ ZH, BE, GL, BS, BL, AR, AI, GB, AG, VD, NE, CVP, SKG, SPI, GP-BE, KKPKS / positiv: SP, SAV, DJS, M.S..

²⁵ ZH, NE, AG, VD, UNI-LS.

²⁶ ZH, CVP, LdU, SAV, SKG.

²⁷ ZH, LU, AG, VD, CVP, BSF, SAV, SKF, SKG, SRV.

Teilnehmer am Sonderdelikt (Art. 21 VE)²⁸, aber auch die fakultative Strafmilderung beim Begehen eines Delikts durch Unterlassen (neu aufgenommen in Art. 22 VE)²⁹. Gefordert wird schliesslich eine generelle Überprüfung der Strafmilderungsgründe³⁰.

Die neue Bestimmung über das **Handeln in Vertretungsverhältnissen** (Art. 24 VE) scheint auf Zustimmung zu stossen, wird sie doch einzig vom Schweizerischen Handels- und Industrieverein ausdrücklich abgelehnt³¹.

Die Bestimmungen über den **Strafantrag** (Art. 25 - 28 VE) stimmen weitgehend mit dem geltenden Recht überein; von den Vernehmlassern werden denn auch nur vereinzelte Vorbehalte angebracht. Zu sehr kontroversen Reaktionen hat indessen die zentrale Neuerung geführt, wonach der Antragsberechtigte seinen Strafantrag zurückziehen kann, solange das Urteil der letzten kantonalen Instanz noch nicht verkündet ist (Art. 28 VE). Während die einen darin ein Mittel zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens sehen³², befürchten die anderen eine zusätzliche Belastung und einen Missbrauch der Gerichte³³. Zu erwähnen ist schliesslich, dass das Prinzip der Unteilbarkeit des Strafantrags zum Teil abgelehnt oder zumindest in Frage gestellt wird³⁴.

3.3 Strafen (Art. 29 - 48 VE)

Allgemeines

Von 41 Vernehmlassern, die eine allgemeine Stellungnahme zu den Strafen abgeben haben, befürworten 28 zumindest die Grundzüge des neuen Sanktionensystems. 13 Sprechen sich grundsätzlich dagegen aus.

Bei verschiedenen Vernehmlassern, am ausgeprägtesten bei den Westschweizer Kantonen, bei Appenzell Innerrhoden und der Schweizerischen Richtervereinigung ist der Eindruck entstanden, der neu eingeführte Sanktionenkatalog sei allzu täterorientiert ausgestaltet worden. Die alternativ zu den Freiheitsstrafen vorgeschlagenen Sanktionen seien für resozialisierbare Täter durchaus als taugliches Mittel anzusehen, doch wenn die soziale Struktur der Insassen von Strafanstalten in Betracht gezogen werde, gehe der Vorentwurf in vielen Fällen von einem zu positiven Täterbild aus. Für die Bestrafung schwerer Straftaten seien die alternativen Sanktionen nicht geeignet. Auch seien die generalpräventiven Aspekte im Sanktionenkatalog mangelhaft verwirklicht.

Insbesondere Fachorganisationen und Kantone, die teilweise bereits Erfahrung mit der Einführung neuer Sanktionsformen gemacht haben, befürworten die Erweiterung des Sanktionenkataloges. Sie sehen darin ein System, das eine Individualisierung der Strafe ermöglicht. Allerdings machen sie darauf aufmerksam, dass die Erweiterung des

²⁸ ZH, AG, SAV, SKG.

²⁹ LU, BL, AG, NE, GP-BE.

³⁰ CVP.

³¹ positiv: NE, ZH, SAV, VD.

³² ZH, LU, ZG, SO, SG, CVP, SPS, DJS, SAV, SVF, VASZ.

³³ BE, UR, SZ, AI, AG, TG, SKF.

³⁴ SPS, DJS, M.S..

- Sanktionenkatalogs eine Mehrbelastung für den Justiz- und Vollzugsapparat mit sich bringen werde.

Die Geldstrafe (Art. 29-31 VE)

In 31 mehrheitlich positiven und 15 mehrheitlich negativen Stellungnahmen kommt zum Ausdruck, dass vor allem die *Ausgestaltung* dieser Sanktion Anlass zu Kritik gibt. Das Ziel der neuen Geldstrafe, die Zurückdrängung der kurzen Freiheitsstrafe, wird zwar auch von Gegnern der Geldstrafe verstanden, doch ist für sie ein gänzlicher Verzicht auf die kurzen Freiheitsstrafen nicht vertretbar.

Konkret wird von vielen beanstandet, dass das der **Bemessung der Geldstrafe** zugrundeliegende Nettoeinkommen schwer zu eruieren und zudem der Mindest- und Höchstansatz zu niedrig seien (Art. 29 Abs. 2 VE)³⁵. Kritisiert wird ferner, dass das Vermögen bei der Bemessung der Geldstrafe nicht berücksichtigt wird und dass der Richter den Tagessatz nachträglich herabsetzen oder die Geldstrafe gar ganz erlassen kann (Art. 30 Abs. 4 VE)³⁶. Dadurch entstünden soziale Ungerechtigkeiten und ein übermässiger Verwaltungsaufwand.

An Artikel 31 VE über die **Umwandlung der Geldstrafe in eine Freiheitsstrafe** wird die Umschreibung "schuldhaft nicht bezahlt" als zu wenig definiert erachtet³⁷ und ferner verlangt, dass auch die Umwandlung in gemeinnützige Arbeit möglich sein soll³⁸.

Eine Geldstrafe kann nach Ansicht der Befürworter eine härtere Sanktion sein als die Freiheitsstrafe, ohne übermässige negative Auswirkungen auf die soziale Integration zu haben. Indessen sprechen sich auch die Befürworter für eine Anhebung des minimalen Tagesansatzes von 2 Franken auf 5 - 10 Franken aus³⁹.

Die gemeinnützige Arbeit (Art. 32-35 VE)

Mit 41 gegen 10 Stellungnahmen steht die Mehrheit der Vernehlässer dieser Sanktionsform grundsätzlich positiv gegenüber⁴⁰. Die gemeinnützige Arbeit wird als sozial konstruktive Strafe mit hohem Resozialisierungs- und Integrationspotential bezeichnet. Hingegen befürchten Befürworter wie Gegner, dass diese Sanktion in der praktischen Umsetzung problematisch sein könnte. Personen mit grossem Freizeitpotential würden bevorteilt. Frauen mit Doppelbelastung seien bei der Verhängung dieser Sanktionsart besonders benachteiligt⁴¹.

Insbesondere Kantone und Gruppierungen, die bereits Erfahrung mit gemeinnütziger Arbeit haben, weisen darauf hin, dass der Verwaltungsaufwand sehr gross sein werde.

³⁵ AG; LU; FR; SO; TI; VD; VS; ZG; FDP; CVP; SD; LPS; ACS; BSF; DJS; SAV; SHIV; SGF; FRS; TCS; UNI-LS; KKPKS; KSG; VASZ.

³⁶ ZH; BE; UR; SZ; NW; ZG; SO; AG; TG; FDP; CVP; SPS; SVP; LdU; BSF; BSIF; DJS; Neustart; SAV; SVF; ZFZ.

³⁷ BSF; BSIF; DJS; EKF; KSG; SVF.

³⁸ ZH; SPS; EKF; Neustart; Caritas.

³⁹ BE; GL; ZG; CVP; BSF; SAV; SHIV; TCS; KKPKS.

⁴⁰ Darunter alle Kantone, ausser SO, TI, VD und VS.

⁴¹ ZH; BE; SO; ZG; NE; FDP; SPS; LdU; ACS; BSIF; CNG; DJS; EKF; OSK; TCS; Com- VD; KSG.

Unklar ist für die meisten, ob überhaupt genügend Arbeitsstellen für den Vollzug vorhanden sein werden.

Die in Artikel 34 VE vorgesehene Möglichkeit, den **letzten Drittel der gemeinnützigen Arbeit zu erlassen**, ist nach Meinung der Mehrheit jener, die sich dazu äussern, ersatzlos zu streichen⁴²: Der Aufwand für die Vollzugsbehörde sei zu gross, und die Arbeitgeber könnten versucht sein, sich schlechter Arbeitskräfte rasch zu entledigen.

Von vielen wird der in Artikel 35 VE vorgeschlagene **Umwandlungssatz** bemängelt: 2 Stunden gemeinnützige Arbeit (als Ersatz für einen Tagessatz Geldstrafe) werden als zu wenig erachtet. Bei diesem Umwandlungssatz könnte ein Arbeitsloser in einem Tag 5 Tagessätze leisten⁴³.

Für die grundsätzlichen Gegner machen diese Einwände die gemeinnützige Arbeit als eigenständige Sanktion untauglich. Sie erachten sie daher höchstens – als spezielle Vollzugsform der Freiheitsstrafe für angebracht, wie sie nach geltendem Recht praktiziert wird⁴⁴.

Die bedingte Verurteilung (Art. 36-39a VE)

Die bedingte Verurteilung wird von 22 Vernehmlassern im Grundsatz befürwortet und von 17 gänzlich abgelehnt. Allerdings findet sie in der vorgeschlagenen Ausgestaltung auch bei den Befürwortern wenig Zustimmung. Von ihnen wird zumeist auf die positiven Erfahrungen mit dem bedingten Vollzug hingewiesen und deshalb die bedingte Verurteilung als dessen Weiterentwicklung akzeptiert⁴⁵.

Auf Unverständnis bei den Gegnern stösst vor allem die Formulierung von Artikel 39 VE, wonach im Falle der **Bewährung** die Verurteilung als "nicht geschehen" gelten solle. Da die Sanktion für den Täter nicht spürbar sei, könnte dies vom Täter als Nichtsanktionierung angesehen werden. Diese Form der Verurteilung stünde in starkem Widerspruch zur unbedingten Busse bei Übertretungen, wo diese Möglichkeit nicht bestehe. Dadurch würden Urheber schwerer Straftaten bevorteilt⁴⁶.

Im weiteren wird kritisiert, dass in Artikel 37 VE mit der Bestrafung nach Artikel 292 StGB bei **Nichtbefolgung von Weisungen** künstlich ein neues Delikt geschaffen werde⁴⁷.

Die Umwandlung der Schutzaufsicht in eine **Bewährungshilfe** wird begrüßt⁴⁸. Die beschränkte Auskunftspflicht des Bewährungshelfers wird jedoch von vielen Kantonen und Organisationen abgelehnt⁴⁹.

⁴² UR; NW; SO; AG; CVP; BSF; OSK; ASP; Caritas; VASZ; ZFZ / für die Beibehaltung von Art. 34 VE: EKF; KSG.

⁴³ BE; LU; UR; NW; SO; BS; BL; AI; FDP; SVP; CVP; BSF; OSK; SAV; SHIV; UNI LS; ASP; VASZ; ZFZ.

⁴⁴ TI; VD; VS; LdU; ACS; UNI-LS; Com- VD; CCJP-SR; GP BE.

⁴⁵ ZH; UR; SO; TG; CVP; ACS.

⁴⁶ BE; LU; UR; OW; NW; ZG; SO; BS; BL; AG; TG; NE; FDP; CVP; SPS; SVP; LPS; KPSN; SAV; SKF; SKG.

⁴⁷ ZH; CVP; SPS; LdU; DJS; Neustart; ASP.

⁴⁸ ZH; NW; UR; ZG; AR; AFP; KSG.

⁴⁹ ZH; BE; LU; NW; SO; AR; AI; GR; SPS; AFP; SAV; Com- VD.

Schliesslich sind die Voraussetzungen für den **Widerruf der bedingten Verurteilung** bei der Begehung eines Delikts während der Probezeit gemäss Art. 39a VE für sehr viele Vernehmlasser allzu restriktiv⁵⁰.

Die Freiheitsstrafe (Art. 40-41 VE)

20 Vernehmlasser sind grundsätzlich für eine Zurückdrängung der kurzen Freiheitsstrafen. 10 sprechen sich dagegen aus, meistens weil ihnen die Ausgestaltung im Vorentwurf zu weit geht⁵¹.

Die Artikel 40 und 41 VE werden jedoch in der vorgelegten Form nur von einer Minderheit befürwortet⁵². Es wird namentlich eingewendet, dass kurze Freiheitsstrafen für gewisse Täter durchaus nützlich sein könnten und daher die grundsätzliche Abschaffung der kurzen Freiheitsstrafe bis zu 6 Monaten schwer nachvollziehbar sei. Zudem werde die Mindestdauer von 6 Monaten vermehrt die Aussprechung von Strafen über 6 Monaten zur Folge haben.

Der bedingte Strafvollzug (Art. 42-44a VE)

30 Vernehmlasser befürworten Neuerungen im Bereich des bedingten Strafvollzuges, 24 davon allerdings nur unter Vorbehalt! 19 lehnen die Änderungen generell ab.

Von vielen Vernehmlassern wird bedauert, dass der "sursis partiel" im Vorentwurf nicht berücksichtigt wurde⁵³.

Die Ausdehnung des bedingten Strafvollzuges auf Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren (Art. 42 VE) wird von vielen Vernehmlassern als zu weitgehend erachtet. Eine Ausdehnung auf 2 Jahre wäre nach Ansicht der Mehrheit angemessen⁵⁴.

Nur 4 Vernehmlasser sind für eine Verkürzung der Bewährungszeit auf max. 3 Jahre (Art. 43 VE). 20 Vernehmlasser sprechen sich für die Beibehaltung der 5-jährigen Höchstdauer aus.

Die Mehrheit⁵⁵ der 17 Vernehmlasser, die sich gegen die Regelung der **Nichtbewährung** nach Artikel 44a VE aussprechen, bemängeln, dass zwischen der Rückfalltat und der früheren Tat eine gewisse Gleichartigkeit bestehen muss, damit ein Widerruf erfolgen kann.

⁵⁰ ZH; SO; BS; VD; VS; CVP; SPS; SVP; LdU; AFP; BSF; SAV; TCS; GP BE; OAF; VASZ; ZFZ.

⁵¹ NW; ZG; SO; TI; NE; SPS; TCS; UNI-LS.

⁵² BSIF; BFU; OAF; SKF.

⁵³ FR; VD; NE; TI; JU; CVP; SVP; DJS; EFS; KKJPD; KLA; SRV; UNI-LS; OAF; SAV; SKG; CCJP-SR.

⁵⁴ ZH; BE; LU; OW; GL; ZG; BS; BL; VD; VS; FDP; CVP; LPS; LdU; AFP; BSF; EFS; KPSN; OSK; Caritas; KKPKS; VASZ; ZFZ.

⁵⁵ BE; FDP; CVP; LdU; AFP; BSF; LPS; SAV; GP BE; OAF.

Das Fahrverbot (Art. 45-48 VE)

Eine Mehrheit (33) der Vernehmlasser spricht sich für die Einführung des Fahrverbotes als neue, vom Richter zu verhängende Hauptstrafe aus. Da der Ausweisentzug vom Betroffenen als Strafe empfunden wird, soll diese Sanktion vom Richter verhängt werden; dies biete Gewähr, dass die rechtsstaatlichen Erfordernisse eingehalten würden⁵⁶.

19 Vernehmlasser möchten die Kompetenz grundsätzlich bei den kantonalen Administrativbehörden belassen. Das Administrativverfahren sei rascher und somit für den Delinquenten spürbarer. Es gewährleiste eine einheitliche Rechtsprechung und habe sich bewährt⁵⁷.

Dass das Fahrverbot "in der Regel" bedingt auszusprechenden sei (Art. 48 VE), lehnen sowohl Befürworter, als auch Gegner dieser Sanktion ab. Die Sanktion würde dadurch nicht spürbar und somit als Nichtsanktionierung empfunden. Im weiteren entstünden mit dieser Regelung Ungerechtigkeiten gegenüber den mit unbedingten Büssen wegen Übertretungen bestraften Personen⁵⁸.

3.4 Strafzumessung (Art. 49 - 53 VE)

Die Bestimmungen über die Strafzumessung werden insgesamt überwiegend begrüßt.

Kritisiert werden in erster Linie die folgenden Regelungen :

- Artikel 49 Absatz 3 VE, der die **Strafempfindlichkeit als separates Kriterium** aufführt. Das sei überflüssig, weil dieses bereits bei der Frage der Angemessenheit der Strafe und den persönlichen Verhältnissen berücksichtigt werde⁵⁹.
- Artikel 50 Buchstabe d VE, der **Lebensgeschichte und fremde Herkunft als Strafmilderungsgrund** nennt. Er führe zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von Schweizern und Fremden. Die Lebensgeschichte sei bei der Verschuldenswürdigung zu berücksichtigen⁶⁰
- Artikel 50a VE, der für den Fall der Strafmilderung die zwingende **Verringerung der angedrohten Höchststrafe um die Hälfte** vorsieht, wird als zu starre Lösung abgelehnt⁶¹. Die Aufhebung der Unterscheidung zwischen einfacher Strafmilderung und Strafmilderung nach freiem Ermessen (Art. 65 und 66 StGB) wird jedoch von einer Mehrheit gutgeheissen⁶².

⁵⁶ UR; SZ; OW; NW; AI; NE; CVP; BSF; SKG; TCS; Caritas; GP BE.

⁵⁷ BE; GL; AR; AI; AG; TI; NE; ZG; SO; BFU; SKF; IKS; VSA; CCJP-SR; KAM.

⁵⁸ ZH; BE; LU; ZG; SO; BS; FDP; CVP; LPS; LdU; AFP; BSF; DJS; Neustart; SAV; BFU; SKF; SRV; TCS; CCJP-SR; KKPKS; KAM; OAF; VASZ; ZFZ.

⁵⁹ ZH, BE, LU, NW, ZG, BL, SG, SKG, SAV, FDP, CVP, SVP, SPS, LdU, SPI, GP-BE, SVF, ZFZ.

⁶⁰ ZH, BE, BS, BL, AG, NW, GL, SO, VD, NE, SAV, CVP, SPS, SVP, LdU, SD, CNG, OAF, DJS, GP-BE, Neustart, APS, SKG, BSF, EKF, SKF, SVF, ZFZ.

⁶¹ ZH, BE, BI, LU, AG, OW, FR, SO, BL, SPS, SVP, CVP, LdU, SAV, SKG, SRV, BSF, Neustart, GP-BE, VASZ, SVF, ZFZ.

⁶² ZH, BE, BL, CVP, SVP, BSF, SAV, Caritas, GP-BE.

- Die Aufhebung der obligatorischen Strafschärfung wegen Rückfalls gemäss Artikel 67 Absatz 1 StGB. Sie soll beibehalten werden ⁶³.

3.5 Strafbefreiung (Art. 54 - 58 VE)

Die Stellungnahmen zum Kapitel über die Strafbefreiung sind gesamthaft betrachtet überwiegend positiv ausgefallen. Mit diesen Bestimmungen werde die Möglichkeit geschaffen, die Bagatellkriminalität adäquat zu bewältigen ⁶⁴.

Das Opportunitätsprinzip nach Artikel 54 VE wird mehrheitlich begrüßt ⁶⁵; hauptsächlich mit dem Argument, damit könne eine Angleichung der unterschiedlichen kantonalen Regelungen angestrebt werden. Verschiedentlich wird jedoch verlangt, die Bestimmung solle als "Kann-Vorschrift" ausgestaltet und ev. auf Fälle mit geringfügigeren Tatfolgen beschränkt werden ⁶⁶. Einige Vernehmlasser sind ferner der Auffassung, dem öffentlichen Interesse und jenem der Geschädigten sei in diesem Zusammenhang mehr Beachtung zu schenken ⁶⁷. Nur wenige Vernehmlasser befürchten, dass die Einführung des Opportunitätsprinzips "der Willkür Tür und Tor öffnen" werde und lehnen sie als ein Einbruch in die Offizialmaxime ab ⁶⁸.

Die Wiedergutmachung als obligatorischer Strafbefreiungsgrund nach Artikel 55 VE geht vielen Vernehmlassern zu weit: Sie solle in eine "Kann-Vorschrift" eingebunden ⁶⁹ oder allenfalls als Strafmilderungsgrund aufgenommen werden ⁷⁰. Andere Verlangen, die Bestimmung sei zu streichen, weil sie begüterte Delinquenten privilegiere; dem Gedanken der Wiedergutmachung könne im Rahmen der Strafzumessung Rechnung getragen werden ⁷¹.

Etwa mit den gleichen Argumenten lehnen etliche Vernehmlasser auch die Anordnung der Wiedergutmachung durch den Richter nach Artikel 56 VE ab ⁷².

3.6 Massnahmen (Art. 59 - 69 VE)

Zum Kapitel über die Massnahmen liegen zahlreiche und zum Teil sehr umfassende Stellungnahmen vor.

20 Vernehmlasser beurteilen es insgesamt positiv, wenn auch mit Vorbehalten zu einzelnen Bestimmungen ⁷³.

⁶³ ZH, AG, OW, SO, SG, GL, LU, SVP, SRV, OAF, SKG, KKPKS, GP-BE, BSF, SKF.

⁶⁴ LU, OW, FR, BS, VS, JU, SPS, KLA, CCDJP-SR, ATD, TCS, SPV.

⁶⁵ UR, AG, ZG, SO, M.S., Team 72, AFP, SPI, Neustart, SKF, Caritas, Uni-LS.

⁶⁶ BS, AG, CVP, LdU, SKG, GP-BE.

⁶⁷ ZH, BE, GL, BS, SVP, GP-BE.

⁶⁸ AI, NE, NW, KKPKS, BSF.

⁶⁹ BE, BL, SZ, CVP, LdU, SPS, SVP, SKG, GP-BE, TCS, DJS, EFS, ASP.

⁷⁰ LU, SZ, SG, AG, SVP, SAV, BFU, GP-BE, ZFZ.

⁷¹ ZH, LU, NW, AG, SAV, BSF, BFU, VASZ, ZFZ.

⁷² ZH, AG, NW, ZG, SKG, SAV, SVP, ZFZ, BSF.

⁷³ OW, FR, BS, AI, TI, CVP, SPS, SVP, DJS, EKF, KLA, SAV, SGF, SGP, SKG, Caritas, CNG, BSIF, ATD, SLFV.

- 33 Vernehmlasser bringen nur zu einzelnen Bestimmungen Vorbehalte an und/oder lehnen zum Teil vereinzelte Regelungen ab ⁷⁴.
- 10 Vernehmlasser lehnen das Kapitel als Ganzes entweder ausdrücklich ab ⁷⁵ oder machen zu mehreren Bestimmungen gewichtige Vorbehalte oder Ablehnung geltend ⁷⁶.

12

Allgemeine Äusserungen:

Am neuen Massnahmerekht wird die übersichtliche Gestaltung und klare **Systematik** gelobt ⁷⁷.

In verschiedenen Vernehmlassungen wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei den Massnahmen die **Probleme weniger in den gesetzlichen Regelungen als vielmehr in den tatsächlichen Verhältnissen liegen**, d. h. im Mangel an geeigneten Einrichtungen (u. a. auch für Frauen) und an qualifiziertem Personal sowie in der fehlenden Motivation der Massnahmebedürftigen ⁷⁸.

Die im VE verwendeten **psychologischen Begriffe** werden von einer Seite als inkongruent mit den internationalen Klassifikationsschemata bezeichnet ⁷⁹. Einzelne Vernehmlasser erachten die im VE verwendeten psychologischen Begriffe zudem als unklar, so dass die Zuordnung eines Täters zu einer bestimmten Massnahme nach den Artikeln 61, 67 oder 68 VE schwierig wäre ⁸⁰. Andererseits stellt die Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie mit Befriedigung fest, dass die Expertenkommission ihren Vorschlägen gefolgt ist und - bis auf redaktionelle Änderungen - deren Sinn und Zweck respektiert hat.

Äusserungen zu einzelnen Regelungen:

Verhältnismässigkeit (Art. 59 VE):

Die Normierung des Verhältnismässigkeitsprinzips wird fast ausschliesslich begrüsst ⁸¹.

Anordnung und Vollzug (Art. 60 VE):

- Sehr umstritten ist, dass sich nach Artikel 60 Absatz 1 VE der Richter bei seinem Entscheid über eine Massnahme zwingend auf ein **Sachverständigengutachten** stützen muss ⁸². Ein Teil der Vernehmlasser, darunter mehrere Kantone, will eine flexiblere Lösung, die ein Gutachten nur soweit nötig verlangt ⁸³.
- Umstritten ist zudem die Tendenz des VE, **Vollzugsentscheide richterlichen Behörden zu übertragen**, insbesondere die Regelung nach Artikel 60 Absatz 2 VE,

⁷⁴ LU, BE, ZG, SO, UR, NW, GL, VD, LdU, SD, FSP, NEUSTART, SGSP, ASP, BSF, SKÖF, TEAM 72, GP-BE, KKPKS, SGB, SVF, VASZ, ZFZ, EFS, OAF, KSG, EKJ, SGV, SKF, SPV, UNI-LS.

⁷⁵ NE.

⁷⁶ ZH, AG, JU, VS, CCDJP-SR, AFP, OSK, KPSN, SRV.

⁷⁷ AI, TI, SPS, SVP, DJS, EKF, SAV, CNG.

⁷⁸ LU, SPS, BSIF, DJS, EKF, CNG.

⁷⁹ ZH, FSP.

⁸⁰ ZH, SO, BS, SPS, AFP, KLA, Neustart, SKG, Team 72.

⁸¹ ZH, BE, LU, ZG, SO, AFP, DJS, SAV, OSK, ATD; negativ: BSF, GP-BE.

⁸² Positiv: BL, SPS, BSIF, KPSN, DJS, KLA, ATD, SAV, TEAM 72, Caritas.

⁸³ ZH, BE, NW, GL, ZG, BS, LU, AI, NE, CVP, OSK, VASZ, SVF, ZFZ.

- wonach der Richter Vorabklärungen über die Vollziehbarkeit einer Massnahme trifft und die Zuweisung einer bestimmten Institution durch den Richter erfolgt⁸⁴.
- Mehrheitlich Zustimmung findet hingegen die **Regelung des vorzeitigen Massnahmeantritts** in Artikel 60 Absatz 3 VE⁸⁵. Von einzelnen Vernehmlassern wird verlangt, dass analog dazu auch der vorzeitige Strafantritt im StGB vorzusehen sei⁸⁶. Drei Vernehmlasser wenden jedoch ein, solche Regelungen seien weiterhin den Kantonen zu überlassen⁸⁷.

Stationäre Behandlungen (Art. 61 - 63 VE)

Die Neuregelung der stationären Massnahmen gab zu vielen Vorbehalten Anlass:

- Vor allem einige Kantone erachten die **Aufteilung in eine Behandlung Alkoholsüchtiger (Art. 62 VE) und eine Behandlung Drogensüchtiger (Art. 63 VE)** als problematisch, weil viele Personen nicht eindeutig einer Kategorie zugeordnet werden könnten. Sie verlangen deshalb eine Zusammenfassung der Artikel 62 und 63 VE in einer einzigen Bestimmung⁸⁸ (und sogar den zusätzlichen Einbezug der Massnahme für junge Erwachsene nach Artikel 64 VE⁸⁹), zumindest jedoch einen gemeinsamen Randtitel⁹⁰ oder dieselbe Höchstdauer beider Massnahmen⁹¹.
- Zudem wird die Frage gestellt, ob anstelle einer **eng begrenzten Palette von Massnahmeeinrichtungen** nicht besser im Gesetz entweder die Voraussetzungen für differenzierte Behandlungseinrichtungen geschaffen werden sollten, die je nach individuellem Problembild flexibel benutzbar sind⁹² oder aber eine Institution mit verschiedenen Abteilungen für die Massnahmen nach den Artikeln 62 - 64 vorzusehen sei⁹³. Diese Lösungen kämen den Anliegen der Welschschweizer Kantone entgegen, die die Änderung einer Massnahme durch den Richter nach Artikel 69 VE ablehnen und eine gewisse Durchlässigkeit innerhalb der Massnahmen und der entsprechenden Anstalten verlangen⁹⁴.
- Die Regelung schliesslich, wonach eine stationäre Behandlung Alkoholsüchtiger nicht angeordnet werden kann, wenn der Täter zu einer Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren verurteilt wird, wird von mehreren Vernehmlassern als systemwidrig abgelehnt⁹⁵.

Massnahmen für junge Erwachsene (Art. 64 VE):

Bei der Massnahme für junge Erwachsene wird in erster Linie die Höchstdauer von drei Jahren kritisiert. Damit während dieser Massnahme eine Berufslehre vollständig

⁸⁴ Positiv: BL, CVP, SPS, FSP, AFP, BSF, DJS, KLA); negativ: AG, ZG, SO, NE / KPSN, OSK.

⁸⁵ LU, BL, SO, SPS, AFP, KPSN, Team 72, Caritas.

⁸⁶ LU, BL, KPSN, Caritas.

⁸⁷ ZH, OSK, SKG.

⁸⁸ BE, ZG, SO, BL, AG, KPSN.

⁸⁹ BL.

⁹⁰ NW, Team 72.

⁹¹ ZH, UR, ZG, AG, KPSN Team 72.

⁹² ZH.

⁹³ KLA.

⁹⁴ FR, VD, VS, CCDJP-SR.

⁹⁵ ZH, SPS, DJS, AFP, OSK, SAV; anders: CVP, LdU, Neustart.

- abgeschlossen werden könne, müsse die im geltenden Recht vorgesehene Höchstdauer von vier Jahren beibehalten werden⁹⁶.

Ambulante Behandlung (Art. 67 VE):

Die häufigste Kritik in bezug auf die ambulante Behandlung ist, dass sie nicht mehr wie im geltenden Recht auch während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe möglich sein soll⁹⁷. Dieser Mangel wirke sich insbesondere bei Freiheitsstrafen über drei Jahren aus⁹⁸. Die neue Regelung wird nur von sehr wenigen Vernehmlässern ausdrücklich begrüßt⁹⁹.

Verwahrung (Art. 68 VE)

Obwohl die neue Form der Verwahrung insgesamt auf ein positives Echo gestossen ist, werden gewichtige Vorbehalte angebracht:

- Die Verwahrung solle **nicht nur gegenüber schuldfähigen Delinquenten**, die an einer tiefgreifenden Persönlichkeitsstörung leiden, sondern auch gegenüber schuldunfähigen und/oder nicht besserungsfähigen Personen verhängt werden dürfen¹⁰⁰.
- Für die Verwahrung sollten nicht dieselben Vollzugsregeln und Vergünstigungen wie bei der Freiheitsstrafe vorgesehen werden; vielmehr seien für die Verwahrung eigene, **restiktivere Vollzugsgrundsätze** auszuarbeiten¹⁰¹.
- Auf grossen Widerstand ist die Formulierung in Artikel 68 Absatz 4 VE gestossen, wonach der Eingewiesene aus der Verwahrung bedingt entlassen werden kann, "sobald sein Zustand es erlaubt, zu erproben, ob er sich in der Freiheit bewährt". Um dem Schutz der Öffentlichkeit genügend Rechnung zu tragen, müsse als Voraussetzung für die bedingte Entlassung eine **hohe Wahrscheinlichkeit der Bewährung** verlangt werden¹⁰². Zu diesem Zweck sei die Einholung eines¹⁰³ oder mehrerer¹⁰⁴ Gutachten vorzuschreiben. Vorgeschlagen wird auch, dass strengere Voraussetzungen und spezielle Verfahrensregeln¹⁰⁵ mit Minimalvorschriften in bezug auf die zuständige Behörde im StGB festgelegt werden¹⁰⁶.

Derselbe Vorbehalt inbezug auf die Formulierung wird bei der **bedingte Entlassung aus einer stationären Massnahme** nach Artikel 65 Absatz 1 VE gemacht¹⁰⁷.

⁹⁶ ZH, SPS, AFP, OSK, SKG, VASZ, SVF, ZFZ.

⁹⁷ ZH, LU, NW, AG, VD, LdU, AFP, SKG, GP-BE.

⁹⁸ UR, KLA.

⁹⁹ SPS, ATD, Neustart.

¹⁰⁰ ZH, LU, ZG, AG, TI, SPS, SVP, LdU, Neustart, OSK, SKG, GP-BE.

¹⁰¹ ZH, BE, LU, ZG, SO, SVP, OSK, GP-BE.

¹⁰² BE, LU, NW, ZG, SO, BS, AG, NE, LdU, KLA, KPSN, ZFZ, UNI-LS.

¹⁰³ BL.

¹⁰⁴ UNI-LS, mit Verweis auf eine entsprechende Motion von SR Béguin.

¹⁰⁵ OAF.

¹⁰⁶ M.S..

¹⁰⁷ NW, ZG, SO, AG, CVP.

3.7 Andere Massnahmen (Art. 70 - 75 VE)

Die Stellungnahmen zu diesem Kapitel beschränken sich fast ausnahmslos darauf, die Aufhebung der Nebenstrafen und der Friedensbürgschaft des geltenden Rechts (Art. 51 - 57 StGB) zu kommentieren.

Die **Aufhebung der Nebenstrafen** (exkl. Landesverweisung) wird von einem Teil der Vernehmlasser ausdrücklich begrüßt¹⁰⁸. Die Gegner einer Aufhebung möchten insbesondere die Nebenstrafen der Amtsunfähigkeit (Art. 51 StGB) und des Berufsverbotes (Art. 54 StGB) beibehalten¹⁰⁹.

Die Aufhebung der Nebenstrafe der **Landesverweisung** (Art. 55 StGB) wird von einer Mehrheit ausdrücklich begrüßt¹¹⁰.

3.8 Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Massnahmen (Art. 76 - 92 VE)

Vollzug von Freiheitsstrafen (Art. 76 - 85 VE) und Massnahmen (Art. 89 VE)

2 Vernehmlasser begrüssen ausdrücklich einen grossen Teil der neuen Bestimmungen. 26 Vernehmlasser machen nur sehr punktuelle und 21 Vernehmlasser gewichtigere Vorbehalte geltend.
14 Vernehmlasser lehnen die vorgeschlagene Revision der Vollzugsbestimmungen als Ganzes ab.

Die allgemeinen Einwände sind:

- Im Vollzugsbereich sollten nur minimale bundesrechtliche Rahmenbestimmungen eingeführt werden, jedenfalls nicht mehr als im geltenden Recht. Detailregelungen seien grundsätzlich den Konkordaten und Kantonen zu überlassen¹¹¹.
- Die Rechte der Gefangenen würden im Gegensatz zu deren Pflichten übermäßig betont¹¹².
- Der Vorentwurf nehme auf die Gefängnisrealität, namentlich auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Population (Schwerkriminelle, Ausländer) nicht genügend Rücksicht¹¹³.
- Die Vollzugsbestimmungen trügen den spezifischen Bedürfnissen der Frauen zuwenig Rechnung¹¹⁴.

¹⁰⁸ ZH, GL, SO, AG, SVP, Caritas, OAF.

¹⁰⁹ LU, SZ, BS, BL, CVP, LPS, SKG.

¹¹⁰ Positiv: LU, SO, AR, AI, SG, AG, VD, GR, FDP, Caritas, OAF; positiv mit Vorbehalt: Neustart, SKG, Com-VD, SVF / Negativ: ZH, SZ, GL, BS, SVP, LPS, LdU.

¹¹¹ Allgemein: ZH, FR, SH, AR, AI, SG, LU, KKJPD. Inbezug auf bestimmte Artikel: vgl. die Kritik zu den Artikeln 77, 83, 84, 92 VE.

¹¹² BE, AG, KPSN, OSK, KLA, KKJPD, SAV, SRV.

¹¹³ BE, NE, LU, AG, VD, SD, SAS, OAF, VCHP.

¹¹⁴ ZG, BL, EKF, KSG, SPS.

Im einzelnen werden hauptsächlich die folgenden Bestimmungen kritisiert:

Vollzug von Freiheitsstrafen (Art. 76 VE)

Im Gesetz sei das **Vollzugsziel** zu definieren unter Abwägung der verschiedenen Interessen wie Resozialisierung, Dissuasion, Sicherheit und Ordnung in der Anstalt und öffentliche Sicherheit¹¹⁵. Der Grundsatz weitestmöglicher Annäherung des Anstaltsalltags an die allgemeinen Lebensverhältnisse nach Artikel 76 Absatz 2 VE wecke bei den Gefangenen jedenfalls Ansprüche, denen die Vollzugsbehörden nicht entsprechen könnten¹¹⁶. Im weiteren wird Artikel 76 Absatz 4 VE über die Berücksichtigung der geschlechterspezifischen Anliegen der Gefangenen als unpräzis und ungenügend bezeichnet¹¹⁷.

Anstalten (Art. 77 VE)

Der Verzicht auf die Unterscheidung von Erstmaligen- und Rückfälligenanstalten wird begrüßt¹¹⁸. Hingegen wird der **Vollzug in einer offenen Anstalt** als Regel abgelehnt¹¹⁹. Ueberdies respektiere Artikel 77 Absatz 3 VE die kantonale Souveränität und das Bedürfnis nach Flexibilität zuwenig¹²⁰.

Arbeitsentgelt (Art. 83 VE)

Eine Mehrheit der Kantone, aber auch viele Organisationen stehen der Bestimmung über das Arbeitsentgelt skeptisch bis gänzlich ablehnend gegenüber:
Einerseits wird eingewendet, sie beschneide zu sehr den Kompetenzbereich der Kantone¹²¹ und hätte für diese schwere finanzielle Belastungen zur Folge¹²². Andererseits wird kritisiert, das besondere Problem der Entlohnung ausländischer Gefangener werde schweigend übergangen¹²³. Mehrere Vernehmlasser sind zudem der Auffassung, der vorbehaltlose Schutz des Arbeitsentgelts vor der Zwangsvollstreckung gehe zu weit¹²⁴. Schliesslich wird eingewendet, die abschreckende Wirkung der Strafe verliere mit dieser Bestimmung jede Bedeutung¹²⁵.

Beziehungen zur Aussenwelt (Art. 84 VE)

In dieser Bestimmung sei die Urlaubsregelung soweit einzuschränken, dass sie den Prinzipien des Vollzugs von Freiheitsstrafen nicht widerspreche und den Sicherheitsbedürfnissen der Öffentlichkeit genügend Rechnung trage; aus Artikel 84 VE dürfe zudem kein klagbares Recht auf Urlaub abzuleiten sein¹²⁶. Einige Vernehmlasser kritisieren zudem, der Kontakt mit den Rechtsanwälten sei zu restriktiv geregelt¹²⁷ und sei

¹¹⁵ LU, SW, SO, ZH, VD, AG, TI, SPS, KPSN, OSK, KLA, Team 72, SRV, SGB, VCHP.

¹¹⁶ BE, SW, AG, LdU, KPSN, SRV.

¹¹⁷ ZH, AG, ZG, BL, SPS, DJS, OSK, KLA, EKF, SGF, SKÖF, OAF, SKF, Com-VD, KSG.

¹¹⁸ LU, ZG, SPS, DJS, Neustart.

¹¹⁹ BE, LU, GL, ZG, ZH, BS, AG, VD, CVP, SVP, LdU, SD, BSF, KKJPD, OSK, KLA, KPSN, SGF, GP-BE, KKPKS, VCHP.

¹²⁰ BE, GL, ZH, FR, BS, TI, SPS, DJS, EKF, AFP, BSF, Neustart, Team 72, KSG, KLA, KPSN.

¹²¹ ZH, BE, LU, ZG, BS, AG, KKJPD, KLA.

¹²² VD, NW, SO, TG, TI, VS, JU, NE, CCDJP-SR, KPSN, VCHP.

¹²³ ZH, GL, LU, AG, GR, SD, KLA, KPSN, OSK.

¹²⁴ GL, UR, NW, SO, AG, TG, VD, VS, CCDJP-SR, CVP, SAV, SKG, Neustart, GP-BE.

¹²⁵ SO, TG, SRV, ZFZ, VASZ, GP-BE.

¹²⁶ ZH, BL, BE, SW, GL, ZG, GR, AG, TI, SVP, SD, WR, OAF, KLA, OSK, APS, GP-BE.
¹²⁷ DJS, SAV, ASP.

eine Einmischung in die Kompetenz der Kantone¹²⁸. Andererseits wird verlangt, dass die Besuche der Kinder von Gefangenen gefördert werden¹²⁹.

Vollzug von Massnahmen (Art. 89 VE)

Zum Vollzug der Massnahmen werden von den wenigen Vernehmlässern, die sich dazu äussern, zwei Punkte wiederholt aufgegriffen: Einmal wird das Fehlen einer allgemeinen Regelung bezüglich Zwangsbehandlungen bedauert¹³⁰. Zum andern sind 3 Vernehmlässer der Auffassung, dass bei den Massnahmen für junge Erwachsene wie auch bei den stationären Massnahmen grundsätzlich an der Arbeitspflicht festgehalten werden sollte¹³¹.

Bedingte Entlassung (Art. 86 - 88 VE)

Die Neuregelung der bedingten Entlassung ist in verschiedener Hinsicht sehr umstritten: 3 Vernehmlässer befürworten die Regelung in Artikel 86 VE. 16 Vernehmlässer machen gegenüber einzelnen Bestimmungen zum Teil gewichtige Vorbehalte geltend. 21 Vernehmlässer lehnen den grössten Teil der in den Artikeln 86 - 88a vorgeschlagenen Lösungen ab.

In erster Linie wird die Regelung über die Gewährung der bedingten Entlassung nach Artikel 86 VE kritisiert:

Zahlreiche Vernehmlässer lehnen die Möglichkeit der ausnahmsweise bedingten Entlassung schon nach der Hälfte der Strafverbüßung überwiegend mit dem Argument ab, sie vervielfache die Beschwerden und hätte Ungleichbehandlungen zur Folge¹³². Es sei zudem unbegreiflich, dass die zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe Verurteilten, wenn auch nur ausnahmsweise, bereits nach 10 Jahren bedingt entlassen werden könnten¹³³. Mehrere Vernehmlässer sind im weiteren der Auffassung, das Verhalten während des Vollzuges sei, neben der Zukunftsprognose, ein wichtiges Element zur Begründung des Entscheides über die bedingte Entlassung, auf das nicht verzichtet werden könnte¹³⁴. Ferner wird verlangt, die Bewährungshilfe oder eine neutrale Instanz seien am Entscheid über die bedingte Entlassung zu beteiligen¹³⁵.

Entscheide und Beschwerden (Art. 92 VE)

Die Stellungnahmen zu Artikel 92 VE sind zahlreich. 3 davon sind rundum positiv¹³⁶, 4 Vernehmlässer können sich den in dieser Bestimmung vorgeschlagenen Lösungen nicht vollständig anschliessen¹³⁷ und 17 Vernehmlässer lehnen sie ab¹³⁸.

¹²⁸ ZH, LU, ZG, GR, KLA.

¹²⁹ SPS, EKF, SLFV, KSG, SGB.

¹³⁰ SPS, AFP, DJS, SAV.

¹³¹ ZH, LU, OSK.

¹³² ZH, BE, LU, NW, SO, BS, AG, KPSN, SVP, BSF, KKJPD, KLA, OSK, SKF, UNI-LS, GP-BE, VASZ, SVF, ZFZ.

¹³³ NE, SVP, APS, SRV, GP-BE.

¹³⁴ ZH, SO, BS, VD, AG, NE, KPSN, KLA, OSK, SGF, OAF.

¹³⁵ ZG, UR, NW, Neustart, SPS, DJS, ASP.

¹³⁶ ATD, SAV, Com-VD.

¹³⁷ BGer, JU, SPS, DJS.

¹³⁸ LU, ZG, GL, ZH, SO, BS, AG, TI, VD, VS, LdU, KPSN, AFP, KKJPD, KLA, OSK, SKG, CCDJP-SR.

- Die Haupteinwände sind:

Der Straf- und Massnahmenvollzug werde durch diese Bestimmung kompliziert und schwerfällig¹³⁹. Sie führe zu einer finanziellen Mehrbelastung der Kantone¹⁴⁰, zu einer Vervielfachung der Beschwerdeverfahren und zu einer Überlastung der Gerichte¹⁴¹. Die Regelung sei konfus und unvollständig¹⁴². Sie verletze die in Artikel 64 bis BV festgelegte Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen¹⁴³.

3.9 Die Verjährung (Art. 93 - 99 VE)

Zu den Bestimmungen über die Verjährung wurde zumeist nur punktuell Stellung genommen. Zahlenmäßig bedeutend sind einzig die Einwände gegen die Regelungen der Verfolgungsverjährung in den Artikeln 93 Buchstabe a VE und 95 Absatz 2 VE.

An Artikel 93 Buchstabe a VE kritisieren viele, dass danach künftig auch die Verfolgung von mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedrohten Delikten nach 10; statt wie bisher nach 20 Jahren, verjähren würden¹⁴⁴.

Von Artikel 95 Absatz 2 VE, wonach während Rechtsmittelverfahren die Verjährung nicht ruhen solle, befürchten die Kritiker, sie lade dazu ein, Rechtsmittel trölerisch, d.h. einzig zum Zweck einzureichen, den Eintritt der Verjährung während des Verfahrens zu erwirken¹⁴⁵.

Es sei daher angezeigt, die Verfolgungsverjährung nur während der ordentlichen Rechtsmittelverfahren nicht ruhen zu lassen. Einzelne¹⁴⁶ fordern gar, die absolute Verjährung sollte nach Fällung des erstinstanzlichen Urteils nicht mehr möglich sein, auch dann nicht, wenn das erstinstanzliche Urteil aufgehoben werden sollte.. Endlich wird bemängelt, dass das Verhältnis zwischen Verfolgungsverjährung und Ruhen der Verjährung nicht klar sei.

Die Erhöhung der absoluten Verjährungsfrist auf 200% der relativen Verfolgungsverjährung wird von einzelnen¹⁴⁷ ausdrücklich begrüßt. Konkrete Einwendungen dagegen sind keine gemacht worden.

¹³⁹ TI, VD, VS, CCDJP-SR, AFP, KKJPD.

¹⁴⁰ VD, GL, VS, JU, CCDJP-SR.

¹⁴¹ GL, TI, VD, VS, JU, CCDJP-SR, OSK.

¹⁴² BS, TF, SPS, AFP, DJS, KLA, KPSN, OSK.

¹⁴³ ZH, GL, ZG, SO, BS, AG, VD, VS, CCDJP-SR, LdU, KKJPD, KLA, KPSN, OSK, SKG.

¹⁴⁴ ZH, BE, GL, BL, BS, AG, VD, SPS, SVP, SD, BSF, SRV, GP-BE, KKPKS, OAF, VASZ, ZFZ.

¹⁴⁵ ZH, BE, ZG, SG TG, CVP, SPS, BSF, DJS, SKF, GP-BE, ZFZ.

¹⁴⁶ M.S, SPS

¹⁴⁷ BE, UR, NE, und OAF

3.10 Die Verantwortlichkeit des Unternehmens (Art. 101 - 103 VE)

Die SPS und die DJS weisen darauf hin, dass Bestimmungen betr. die Strafbarkeit des Unternehmens fehlen. Der SKF befürchtet aber die Auslöschung von Unternehmungen und damit ein Verschwinden von Arbeitsplätzen, wenn anstelle der Verantwortlichen einer Unternehmung die Unternehmung selbst bestraft würde. UNI-LS würde es begrüssen, wenn die Verantwortlichkeit des Unternehmens auf die Presse ausgedehnt würde.

3.11 Übertretungen (Art. 104 - 110 VE)

Nur wenige Vernehmlassungsteilnehmer haben zu den Bestimmungen über die Übertretungen Stellung genommen, am häufigsten zu folgenden Punkten:

Begriff (Art. 104 VE)

4 Vernehmlasser bedauern, dass auf die **Freiheitsstrafe** verzichtet worden ist und nach Artikel 104 VE bei Übertretungen nur noch **Bussen** ausgesprochen werden können¹⁴⁸. Die Beschränkung auf die herkömmliche Busse (ohne Anwendung des Tagessatzsystems) wird nicht bestritten und von 3 Vernehmlassern ausdrücklich befürwortet¹⁴⁹.

Busse (Art. 107 VE)

Namentlich von einigen Kantonen wird die **Obergrenze der Busse** von Fr. 10'000.- in Artikel 107 VE als zu tief erachtet; sie verlangen eine Erhöhung der Obergrenze der Busse auf Fr. 50'000.-¹⁵⁰.

Bedingte Verurteilung (Art. 109 Abs. 1 VE)

Drei Kantone¹⁵¹ betrachten es als fragwürdig, für Übertretungen im Gegensatz zu anderen strafbaren Taten **keine bedingte Verurteilung** vorzusehen, weil dies dazu führen könnte, dass die geringfügige Tat strengere Folgen nach sich zieht als die schwere Tat.

3.12 Drittes Buch: Einführung und Anwendung des Gesetzes

Mit dem Sanktionenrecht hat die Expertenkommission auch die direkt damit zusammenhängenden Bestimmungen des Dritten Buches revidiert. Neben zahlreichen Einzelbestimmungen wurden insbesondere das Strafregisterrecht (Art. 359 - 364 StGB) und die Vorschriften über die kantonalen Vollzugsanstalten (Art. 382 - 393 StGB) vollständig überarbeitet.

¹⁴⁸ SZ, AG, VD, GP-BE.

¹⁴⁹ UR, BE, CVP.

¹⁵⁰ BE, GL, BS, SO, TG, KKPKS.

¹⁵¹ BE, NW und VD

Strafregister (Art. 359 - 364 VE)

Registerbehörden (Art. 359 VE)

Artikel 359 VE bedeutet die **Aufhebung der kantonalen Strafregister**, da er nur mehr ein durch das schweizerische Zentralpolizeibüro geführtes Register vorsieht. Diese Neuerung wird insbesondere von allen Kantonen, die sich dazu äussern, sehr positiv aufgenommen¹⁵². Einige¹⁵³ würden es begrüssen, wenn die neue Regelung *sofort* in Kraft gesetzt werden könnte.

Inhalt (Art. 360 VE)

Umstrittener ist der Inhalt des Strafregisters. Einige Vernehmlasser fordern, dass nicht nur - wie im VE vorgesehen - die Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen eingetragen werden sollen, sondern auch diejenigen wegen **Uebertretungen**¹⁵⁴. Vereinzelt wird beantragt, von einer Registrierung Jugendlicher ganz abzusehen¹⁵⁵ oder die Registrierung sei sehr stark einzuschränken¹⁵⁶. Schliesslich wird geltend gemacht, die Abgrenzung zum Register über die Administrativmassnahmen im Strassenverkehr (ADMAS) sei nicht befriedigend gelöst¹⁵⁷.

Entfernung der Eintragungen (Art. 362 VE)

Eine weitere zentrale Neuerung betrifft die Entfernung der Eintragungen nach Artikel 362 VE: Die Daten sollen nach Ablauf einer bestimmten Dauer nicht wie bis anhin nur "gelöscht" (d.h. durchgestrichen) sondern von Amtes wegen "entfernt" werden (d.h. sie sind danach physisch nicht mehr vorhanden). Die Reaktionen auf diese neue Regelung sind kontrovers¹⁵⁸. Gewisse Vernehmlasser¹⁵⁹ stellen in Frage, ob damit der Konflikt zwischen dem staatlichen Kontrollinteresse und dem Anspruch des Verurteilten, nach Verbüßung oder Erlass der Strafe nicht weiter diskriminiert zu werden, befriedigend gelöst werde. Mit der Entfernung der Eintragungen liesse sich das Vorleben des Straftäters nicht mehr umfassend beurteilen. Die AFP erachtet es als notwendig, dass eine anonymisierte Datenbasis als Grundlage für wissenschaftliche Untersuchungen erhalten bleibt.

Eintrag einer bedingten Verurteilung (Art. 362 Abs. 2 VE)

Viele Vernehmlasser lehnen Artikel 362 Absatz 2 ab, wonach der Eintrag einer bedingten Verurteilung bereits zwei Jahre nach Ablauf der Probezeit aus dem Strafregister entfernt werden soll¹⁶⁰. Diese Frist sei viel zu kurz; denn so könne ein Delinquent bereits vier Jahre nach der ersten bedingten Verurteilung wiederum bedingt verurteilt werden. Es wird vorgeschlagen, die Frist auf 4 bis 10 Jahre zu erhöhen oder den Eintrag einer bedingten Verurteilung lediglich zu "löschen" und nicht zu entfernen.

¹⁵² ZG, FR, SO, BL, AR, AI, VD, VS, NE, JU, SAV, KPSN, CCDJP-SR.

¹⁵³ FR, BL, VD, VS, KPSN, CCDJP-SR.

¹⁵⁴ ZH, ZG, CVP, LDU; die Regelung des VE wird vom Kanton NE begrüsst.

¹⁵⁵ SKÖF.

¹⁵⁶ Der Kanton BE beantragt, es seien nur Verurteilungen zu Freiheitsstrafen von über 3 Monaten gegenüber Jugendlichen, die das 16. Altersjahr zurückgelegt haben, einzutragen.

¹⁵⁷ ZG, FRS, ACS, TCS; sinngemäss auch NE, SAV, VCS.

¹⁵⁸ Ausdrücklich zustimmend: JU, SAV, ATD; mit den Änderungen im Strafregisterrecht generell einverstanden: ZG, FR, VD, VS, CCJDP.

¹⁵⁹ AG, TG, NE, CVP, KKPKS, SKG.

¹⁶⁰ ZH, UR, GL, BS, AG, TG, ZG, AFP, KKPKS, SKG, SKF, TCS, GP-BE.

- Mitteilung der Eintragung (Art. 363 VE)

Die Neuerung in Artikel 363 VE, wonach **Privatpersonen** nur mehr ein Einsichtsrecht in die sie betreffenden Daten und **kein schriftlicher Auszug** aus dem Strafregister mehr zusteht, wird von vielen abgelehnt¹⁶¹. Zum einen bestehe bei Berufen mit besonderer Verantwortlichkeit ein Interesse des Arbeitgebers, allfällige Vorstrafen zu kennen. Zum andern stehe diese Regelung im Widerspruch zum neuen Datenschutzgesetz, nach welchem jede registrierte Person einen Anspruch auf einen Auszug in Form einer Kopie der sie betreffenden Registereinträge hat.

Kostentragung (Art. 368 VE)

Ein Teil der Kantone lehnt Artikel 368 VE über die Tragung der Vollzugskosten ab¹⁶². Nach der Kündigung des Vollzugskosten-Konkordats bestehে kein Bedürfnis nach Wiedereinführung von aufwendigen Verrechnungen zwischen Urteils- und Wohnsitzkanton. Allenfalls sollten die Kosten des Vollzugs einer Freiheitsstrafe zwischen Urteils- und Wohnsitzkanton hälftig geteilt werden. Ferner sei die Tragung der Kosten des Vollzugs von Strafen und Massnahmen gleich zu handhaben. Eine grosse Anzahl der Vernehmlasser verlangt, dass dem Verurteilten - wie nach geltendem Recht - zumindest ein Teil der Vollzugskosten auferlegt werden kann¹⁶³, insbesondere bei Halbgefängenschaft und Halbfreiheit.

Bewährungshilfe (Art. 379 VE)

Zwei Änderungswünsche stehen im Vordergrund:

Einige Vernehmlasser¹⁶⁴ schlagen vor, dass der Urteilstkanton für die Betreuung des Verurteilten an seinem Aufenthaltsort verpflichtet werde und nicht, wie nach Artikel 379 VE, der Wohnsitzkanton.

Zudem müsse die Bewährungshilfe verbindlicher geregelt werden, namentlich Aufgaben und Ziele seien im Gesetz umfassender zu formulieren¹⁶⁵. Aber auch das Prinzip der durchgehenden Betreuung (für die Phasen der Untersuchungshaft, des Vollzugs der Strafe oder Massnahme sowie der Probezeit) sei verbindlich im Gesetz aufzunehmen¹⁶⁶.

Zulassung von Privatanstalten (Art. 384 VE)

Nur sehr wenige Vernehmlasser äussern sich zur Frage der Privatisierung des Straf- und Massnahmenvollzugs.

Vereinzelte¹⁶⁷ wünschen diesbezüglich keinerlei Einschränkungen im Gesetz, lehnen also Artikel 384 VE in der vorgeschlagenen Form ab. Der Kanton BS sähe gerne wenigstens die Möglichkeit zum versuchsweisen Betrieb privater Strafanstalten im Gesetz erwähnt. Auch der SAV neigt dazu Privatanstalten für weitere Vollzugsformen zuzulassen. Demgegenüber lehnen der Kanton NE und der VCHP eine Privatisierung im Bereich des Strafvollzugs ausdrücklich ab.

¹⁶¹ SO, AG, NE, CVP, SPS, SVP, LDU, BSF, LFSA, SAV, BANKIER, SGV, SHIV, GP-BE; ZH fordert, dass über Zeugen und Auskunftspersonen Auszüge eingeholt werden können. Die neue Regelung wird begrüsst von: JU, OAF, SGG, ATD.

¹⁶² ZH, BE, LU, SZ, SO, BL, AG, VS.

¹⁶³ ZH, BE, SZ, ZG, SO, BS, BL, AG, VS, CVP, LDU, CCDJP-SR, BSF, KKJPD, KLA, KKPSN, OSK, GP-BE, VASZ, SVF, ZFZ. Begrüsst wird die neue Regelung von: JU, OAF.

¹⁶⁴ ZH, BE, LU, ZG, KKPSN.

¹⁶⁵ ZH, AR, LU, ASP, CARITAS.

¹⁶⁶ ZH, LU, NW, ZG, SO, ASP.

¹⁶⁷ ZH, AG, OSK

4. Bundesgesetz über die Jugendstrafrechtspflege

4.1 Allgemeine Stellungnahmen zum Vorentwurf

Der VE zum Jugendstrafrecht erfreut sich breiter Akzeptanz.

51 Vernehmlasser erklären sich mit den Grundzügen des VE einverstanden.
9 sind prinzipiell gegen den VE.

Ausdrücklich zustimmende Voten sind in den Vernehmlassungen zum Jugendstrafrecht fast immer bei den allgemeinen Stellungnahmen zu finden. In den Äusserungen zu den einzelnen Artikeln beschränken sich die Vernehmlasser meist auf Kritik.

Zu den **Befürwortern** zählen insbesondere die meisten der Kantone¹⁶⁸, aber auch viele Fachorganisationen. Letztere attestieren dem Entwurf fachliche Kompetenz und die Verwirklichung von Reformanliegen der Praxis.

Hauptsächlich positiv bewertet werden ferner:

- Die Regelung des Jugendstrafrechts in einem separaten Erlass. Sie schaffe Klarheit und Raum für die jugendspezifischen Anliegen¹⁶⁹.
- Die grundsätzliche Festlegung der Ausrichtung des Erlasses, in Artikel 1 VE¹⁷⁰.
- Die Erweiterung des Sanktionenkataloges wird positiv aufgenommen. Nur wenn die Strafe sinnvoll sei, zeige sie auch Wirkung.
- Die Abkehr vom Monismus und die Priorität der Massnahme¹⁷¹.

Kritisiert wird hingegen auch von den Befürwortern:

- Die mangelhafte Berücksichtigung der Frauen-/Mädchen spezifische Anliegen¹⁷².
- Die Heraufsetzung des Strafmündigkeitsalters auf 12 Jahre; 10 Jahre seien angemessen (siehe Art. 2 Ziff. 1).

Die Gegner argumentieren, man dürfe das Jugendstrafrecht nicht zu einem Jugendhilfeerlass verkümmern lassen¹⁷³. Die Bezeichnung "Jugendstrafrechtspflege" verschleiere den strafrechtlichen Charakter und verletze im übrigen die kantonale Souveränität in diesem Bereich.

¹⁶⁸ Ausser GR, TG, VD und VS.

¹⁶⁹ ZH; BE; LU; OW; NW; GL; ZG; FR; SO; BS; SH; FDP; CVP; SPS; SVP; BSF; CNG; DEI; DJS; EKF; EKJ; EFS; SAV; SGSP; SKF; SKÖF; Pro Juventute; JBS; KSG; SGG; VASZ; ZFZ.

¹⁷⁰ BE; LU; NW; ZG; SG; SPS; BSF; DEI; EKF; SAH; SKJP.

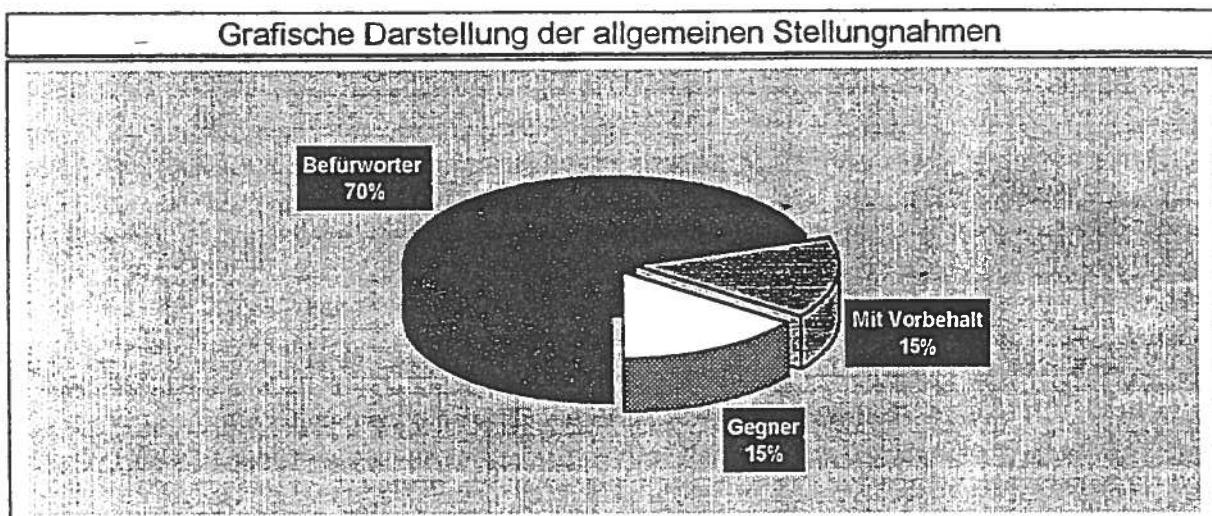
¹⁷¹ ZH; BE; LU; OW; SG; FSP; SKÖF; PRO JU; SVE; SVJ; JHP; VASZ; ZFZ.

¹⁷² SPS; BSF; EFS; FSP; LIWJ; SGB; SKÖF; Com-VD; KSG.

¹⁷³ VD; VS; SVJ.

Das geltende Recht habe sich bewährt, somit bestehe kein Anlass zur Revision¹⁷⁴.

Bereits Artikel 1 (Grundsätze) enthalte nur tāterspezifische Anliegen. Der Schutz der Gesellschaft vor der zunehmenden Jugendkriminalität werde nicht gewährleistet¹⁷⁵.



4.2 Allgemeine Grundsätze und Anwendungsbereich (Art. 1- 5 VE)

Persönliche Geltung (Art. 2 Ziff. 1 VE)

Ein Schwerpunktthema ist die Festsetzung des Strafmündigkeitsalters. 49 Vernehmlasser sprechen sich dazu aus:

- 3 für die Beibehaltung von **7 Jahren**¹⁷⁶;
- 22 für die Heraufsetzung auf min. **12 Jahre**¹⁷⁷ und
- 24 Vernehmlasser für die Kompromisslösung von ca. **10 Jahren**¹⁷⁸.

¹⁷⁴ TG; VD; VS.

¹⁷⁵ VD; TG; SGV; SHIV.

¹⁷⁶ SH; LPS; SHIV.

¹⁷⁷ BE; TI; NE; JU; CVP; SPS; DEI; Pro Juventute; DJS; EKF; EKJ; EFS; SPI; ATD; SAV; SAH; SKJP; Com-VD; JBS; SGG; VASZ; ZFZ.

¹⁷⁸ ZH; LU; NW; GL; ZG; SO; BS; SG; AG; TG; VD; FDP; SVP; LdU; BSF; CNG; CRDIE; LIWJ; SAJV; SKF; SKÖF; SVJ; JHP; KKPKS.

4.3 Die Untersuchung (Art. 6 - 9 VE)

Hauptsächlich kritisiert werden die Regelungen der Artikel 7 und 8 VE:

Untersuchungshaft (Art. 7 VE)

21 Vernehmlasser stimmen zumindest den Grundsätzen zu¹⁷⁹. Die überwiegende Mehrheit von ihnen macht jedoch klar, dass wegen Nichtbestehens spezialisierter Anstalten die Einweisung in eine spezifische Anstalt bereits nach 7 Tagen Haft nicht möglich sei. Die Verlegung in eine örtlich von der Untersuchungsbehörde entfernte Einrichtung würde das Untersuchungsverfahren unnötig verlängern¹⁸⁰.

7 Vernehmlasser lehnen diese Bestimmung in dieser Form ab¹⁸¹. Sie missachte die Autonomie der Kantone auf diesem Gebiet¹⁸².

Einstellung des Verfahrens (Art. 8 VE)

20 Vernehmlasser lehnen die Bestimmung weitgehend ab¹⁸³. Es wird argumentiert, dieser Artikel berücksichtige in keiner Weise die Interessen des Opfers¹⁸⁴. Im weiteren sei die Bestimmung zu weitgehend und ungenau¹⁸⁵.

Von 7 Vernehmlassern wird Artikel 8 VE zumindest im Grundsatz befürwortet¹⁸⁶.

4.4 Schutzmassnahmen (Art. 10-18 VE)

31 Vernehmlasser äussern sich mehrheitlich zustimmend, 19 mehrheitlich ablehnend dazu. Auffallend ist, dass die mehrheitlich ablehnende Haltung fast ausschliesslich durch Kantone vertreten wird. Die Organisationen tendieren eher in Richtung Zustimmung, wenn auch die zustimmende Haltung zu den einzelnen Artikeln meist unter Vorbehalt gewisser Änderungen erfolgt.

Aufsicht (Artikel 11 VE):

Mit 10 Befürwortern und 12 Gegnern ist diese Massnahme sehr umstritten.

Die Befürworter begrüssen den konkreten Einfluss auf die Eltern¹⁸⁷. Gegner bezeichnen sie als überflüssig, und gegenüber der Betreuung (Art. 12 VE) schwer abzugrenzen¹⁸⁸.

Ambulante Behandlung (Artikel 13 VE):

13 Vernehmlasser sprechen sich für eine Änderung der Formulierung "alkohol- oder drogenabhängig" aus. Eine Erweiterung auf andere Suchtmittel müsse möglich sein¹⁸⁹.

¹⁷⁹ ZH; BE; LU; NE; ZG; BS; SPS; LPS; BSF; EKJ; SAH; SKF; SVJ; FAGU; VASZ; ZFZ, Pro Juventute; EKF; Com-VD; DEI; SGG.

¹⁸⁰ ZH; BE; LU; NE; ZG; BS; SPS; LPS; BSF; EKJ; SAH; SKF; SVJ; FAGU; VASZ; ZFZ.

¹⁸¹ FR; TG; AG; VS; JU; CVP, SAV.

¹⁸² FR; TG; AG; JU; CVP.

¹⁸³ ZH; LU; BE; SO; BS; AG; TG; TI; CVP; SPS; LIWJ; BSF; EKJ; SKF; SVJ; Com-VD; SPV; ZFZ; gänzlich: JU und LdU.

¹⁸⁴ BE; SO; BS; AG; TG.

¹⁸⁵ ZH; LU; TI; CVP; SPS; LIWJ; BSF; EKJ; SKF; SVJ; Com-VD; SPV; ZFZ.

¹⁸⁶ SG; VD; FDP; CRDIE; SKÖF; SVE; JHP.

¹⁸⁷ BS; LIWJ; BSF; FSP; ATD; SAV; SKJP; FAGU.

¹⁸⁸ ZH; BE; SG; CVP; SGG; SVE; SVJ.

¹⁸⁹ ZH; LU; NW; SG; CVP; LIWJ; SAH; SKÖF; SVE; SKJP; Com-VD; FAGU; JHP.

Unterbringung (Artikel 14 VE):

Diese Massnahme wird von der Mehrheit befürwortet, doch wird eine flexiblere Gestaltung verlangt. Insbesondere solle von der zwingenden, vorgängigen Begutachtung abgesehen werden, weil "Kriseninterventionen" dadurch verunmöglicht würden¹⁹⁰.

Vollzug der Massnahmen (Artikel 15 VE)

13 Vernehmlasser sprechen sich insbesondere gegen die Ziffern 4 und 5 aus.

Die Frist von 5 Tagen sei zu kurz bemessen¹⁹¹ (Ziff. 4), im weiteren sei die Altersgrenze in Ziffer 5 auf unter 18 Jahre festzulegen¹⁹².

Beendigung der Massnahme (Artikel 17 VE):

16 Vernehmlasser äussern sich kritisch zu Ziffer 2. Wenn die Betreuung nach Erreichen des Mündigkeitsalters nur noch mit Einverständnis des Betroffenen möglich sei, könnten die, die eine Betreuung am dringendsten nötig hätten, nicht mehr betreut werden, wenn sie die Einwilligung verweigern.¹⁹³

Zusammenarbeit zwischen Behörden des Zivilrechts und des Jugendstrafrechts

(Artikel 18 VE):

Die Zusammenarbeit zwischen Behörden des Zivilrechts und des Jugendstrafrechts wird zumeist begrüsst (18 Befürwörter und 4 Gegner), doch wird die konkrete Ausgestaltung des Artikel 18 VE als unglücklich und kompliziert bezeichnet¹⁹⁴.

4.5 Strafen (Art. 19 - 31 VE)

61 Vernehmlassungsteilnehmer haben zu den Bestimmungen über die Strafen Stellung genommen. Obwohl die Kantone zum Teil massive Vorbehalte geltend machen, lehnen sie die Neuregelung der Strafen insgesamt nicht ab. Die Parteien und interessierten Organisationen stehen den Vorschlägen der Expertenkommission insgesamt positiver gegenüber, indem sie doch verschiedene Bestimmungen mehrheitlich begrüssen (Art. 19, 20, 21, 23, 24, 30 VE; eine Ausnahme bildet die Freiheitsentziehung nach Art. 26 VE).

Allgemeine Voraussetzungen (Artikel 19 VE):

Die Neuerung in Artikel 19 VE, wonach auch im Jugendstrafrecht eine Strafe nur verhängt werden kann, wenn der Jugendliche schuldhaft gehandelt hat, findet insbesondere bei Parteien und Organisationen ausdrückliche Zustimmung¹⁹⁵.

Aussetzen des Entscheides (Artikel 21 VE):

Diese Regelung ist umstritten. Sie wird von den 5 Kantonen und 3 Parteien, die sich dazu äussern, mehrheitlich als überflüssig abgelehnt¹⁹⁶. Die mit diesem Institut verfolgten Ziele könnten mit dem bedingten Strafvollzug ebenfalls erreicht werden.

¹⁹⁰ BE; LU; NW; SG; CVP; LIWJ; SAH; SKÖF; SVE; SKJP; Com-VD; FAGU; JHP.

¹⁹¹ BE; NW; BS; LU; SG; AG; VD; NE; CVP; SVJ; SKJP.

¹⁹² ZH; BE; LU; NW; FR; SG; AG; VD; VS; NE; JU; CVP; SVJ; SKJP; JHP.

¹⁹³ ZH; BE; LU; NW; SO; SG; AG; TG; CVP; SPS; LIWJ; SVE; SVJ; SKJP; JHP; SGG.

¹⁹⁴ VD; EKJ; JU; SPS; LPS; EKJ; SAJV; SVE.

¹⁹⁵ ZH, VD, SPS, LPS, DJS, EKJ, SAV, SAJV, SVJ, JBS, ATD.

¹⁹⁶ ZH, SG, LU, FR, VS, LPS, CVP; positiv: SPS.

- Bei diversen Organisationen stösst diese Bestimmung hingegen auf ausdrückliche Zustimmung¹⁹⁷.

Persönliche Leistung (Artikel 23 VE):

Im Grundsatz wird die Regelung der persönlichen Leistung mehrheitlich begrüßt¹⁹⁸. Indessen stösst die Möglichkeit, eine nicht erbrachte persönliche Leistung unter anderem in eine bedingt vollziehbare Freiheitsentziehung umwandeln zu können (Art. 23 Ziff. 3 Abs. 2 VE) bei mehreren Vernehmlassem auf Widerstand¹⁹⁹.

Fahrverbot (Artikel 24 VE):

Die Einführung des Fahrverbotes als neue Sanktion im Jugendstrafrecht wird mehrheitlich begrüßt²⁰⁰.

Busse (Artikel 25 VE)

Gegen die Regelung der Busse werden im Detail viele verschiedene Vorbehalte angebracht. Insbesondere erachten verschiedene Vernehmlasser die Möglichkeit, eine nicht bezahlte Busse in eine bedingt vollziehbare Freiheitsentziehung umzuwandeln, für nicht angebracht²⁰¹.

Freiheitsentziehung (Artikel 26 VE):

In der vorgeschlagenen Form stösst die Neuregelung der Freiheitsentziehung aus den verschiedensten Gründen und vor allem bei den interessierten Organisation mehrheitlich auf Ablehnung²⁰².

Sehr umstritten ist die Heraufsetzung der Freiheitsentziehung von heute einem Jahr auf maximal vier Jahre für die im VE umschriebenen schweren Delikte:

- 14 Vernehmlasser befürworten die vorgeschlagene Heraufsetzung auf vier Jahre²⁰³.
- 6 Vernehmlasser lehnen sie als zu weit gehend ab, sie erachten eine Maximaldauer von drei Jahren²⁰⁴, zwei Jahren²⁰⁵ oder einem Jahr²⁰⁶ als genügend.
- 3 Vernehmlasser finden die neue Maximaldauer ungenügend und fordern eine Heraufsetzung auf 8²⁰⁷, mindestens 8²⁰⁸ oder mindestens 10 Jahre²⁰⁹.
- 7 Vernehmlasser lehnen die Neuregelung der Freiheitsentziehung generell ab, weil diese den Grundsatz von Artikel 1 VE durchbreche, wonach die Erziehung des

¹⁹⁷ SVF, SKF, CRDIE, VASZ, ZFZ.

¹⁹⁸ VD, JU, SPS, LPS, SAJV, CRDIE, EKJ, SPI, SAH, SKF, SKJP, JBS, KSG.

¹⁹⁹ ZH, BE, FR, SO, SG, AG, VS, SVJ.

²⁰⁰ Ausdrücklich positiv: ZH, JU, LPS, SAV, SAJV, SGG, SPI, SKF, SKJP, JBS / ausdrücklich negativ: FRS.

²⁰¹ ZH, BE, FR, SO, SVJ.

²⁰² Negativ: ZH, BE, ZG, SO, VD, TI, DJS, SVJ, SAV, SVJ, SGG, SAH, SKJP, SHIV, FRS, FSP, ATD, BFU, SKÖF, FAGU, JHP; Vorbehalte: SG, TG, NW, LU, VS, AG, NE, SVP, LdU, AFP, KSG, EKF. Es gibt indessen auch positive Reaktionen: JU, LPS, SVF, SKF, CRDIE, VASZ, ZFZ, SKF, BSF, DEI, Pro Juventute.

²⁰³ BE, BS, SG, JU, CVP, LPS, BSF, CRDIE, EKJ, Pro Juventute, SKF, VASZ, SVF, ZFZ.

²⁰⁴ ZH, SAH.

²⁰⁵ ZG, SVJ, SPV.

²⁰⁶ DJS.

²⁰⁷ BFU.

²⁰⁸ SHIV.

²⁰⁹ SVP.

Jugendlichen im Vordergrund zu stehen hat²¹⁰, und weil sie der Abschaffung der kurzen Freiheitsstrafen im Erwachsenenstrafrecht widerspreche²¹¹.

Verschiedene Vernehmlasser weisen darauf hin, dass aus dem VE nicht klar hervorgehe, wie die Freiheitsentziehung zu vollziehen sei²¹²: In Artikel 26 Ziffer 5 und 6 VE würden Anforderungen an den Vollzug der Freiheitsentziehung gestellt, die nur im Rahmen des Massnahmenvollzugs zu vertreten seien. Die im VE vorgesehenen Vollzugseinrichtungen seien einerseits mit den bereits bestehenden Erziehungsheimen (Massnahme nach Art. 93ter StGB) identisch, in einem Erziehungsheim dürften die Freiheitsstrafen andererseits aber gerade nicht vollzogen werden.

Bedingte Entlassung (Artikel 27 VE):

Die in Artikel 27 Absatz 1 VE vorgesehene Mindestdauer des Vollzugs der Freiheitsentziehung wird von verschiedenen Vernehmlassern als zu kurz erachtet: Die bedingte Entlassung solle erst nach zwei Dritteln²¹³ oder mindestens nach zwei Monaten²¹⁴ möglich sein.

Verbindung von Strafen (Artikel 28 VE):

Insbesondere die Welschschweizer Kantone möchten, dass alle Strafen miteinander verbunden werden können²¹⁵.

Bedingter Vollzug von Strafen (Artikel 29 VE):

Zum bedingten Vollzug von Strafen werden verschiedene Vorbehalte angebracht. So wird unter anderem von einigen Vernehmlassern das bedingte Fahrverbot abgelehnt²¹⁶ oder die Einführung des "sursis partiel" verlangt²¹⁷.

4.6 Organisation, Verfahren und Anwendung des Gesetzes (Art. 32 - 37 VE), Ergänzende und Schlussbestimmungen (Art. 38 und 39 VE)

Auf Widerstand stossen die Bestimmungen über das Verfahren (Art. 33 VE), das Strafregister (Art. 35 Ziff. 1 VE) und die Vollzugskosten (Art. 37 VE). Die übrigen Bestimmungen werden mit verschiedenen Vorbehalten mehrheitlich begrüßt.

Verfahren (Artikel 33):

Verschiedene Vernehmlasser lehnen Artikel 33 Ziffer 2 Abs. 2 VE ab, wonach ein Verfahren in Jugendstrafsachen öffentlich sein solle, wenn das öffentliche Interesse es

²¹⁰ LIWJ, FSP, ATD, SAV, SKJP, FAGU, JHP.

²¹¹ SAV.

²¹² ZH, BE, SO, BS, SG, NE, SKJP, FAGU, JHP, SKÖF, Pro Juventute, SPV.

²¹³ ZH, BS, SG, SKF, SVE, SVJ.

²¹⁴ LU, NW, SO.

²¹⁵ FR, VD, VS, NE, EKJ.

²¹⁶ FR, SO, BS, CVP.

²¹⁷ SG, VD, NE, JU, EKJ.

- erfordert ²¹⁸. Andere vertreten die Auffassung, das Verfahren solle grundsätzlich immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden ²¹⁹.

Im weiteren stösst das Recht des Jugendlichen und seines gesetzlichen Vertreters, für das Untersuchungs- oder Urteilsverfahren einen amtlichen Verteidiger verlangen zu können (Art. 33 Ziff. 4) auf Ablehnung. Insbesondere verschiedenen Kantone sind der Ansicht, dieses Recht führe viel zu weit und könne höchstens für diejenigen Fälle in Frage kommen, in denen Freiheitsentzug oder eine freiheitsentziehende Massnahme drohe, nicht aber für jedes Bagatelldelikt ²²⁰. Zudem stelle diese Vorschrift einen unzulässigen Eingriff in das kantonale Prozessrecht dar ²²¹.

Strafregister (Artikel 35 Ziffer 1 VE):

Verschiedene Vernehmlasser sind der Ansicht, Strafurteile gegen Jugendliche seien grundsätzlich nicht in das Strafregister aufzunehmen ²²².

Vollzugskosten (Artikel 37 VE):

Vor allem Kantone erachten die Vollzugskostenregelung nach Artikel 37 VE als unvollständig ²²³. Insbesondere seien die Eltern eines verurteilten Jugendlichen an der Kostentragung - wie im geltenden Recht - zu beteiligen.

²¹⁸ ZH, SO, BS., DEI, SVE, SVJ.

²¹⁹ Pro Juventute, EKJ.

²²⁰ BE, SO, BS, AR SG, AG, TG, VD, NE, CVP, SVJ; anders: ZH, JU, LPS, SAV, SGG.

²²¹ BE, AG, TG, VD.

²²² ZH, CVP, Pro Juventute, SGG, VASZ., ZFZ.

²²³ BE, SZ, SO, BS, AR, SG, TG, SVE, SVJ.

5. Anhang

5.1 Teilnehmer am Vernehmlassungsverfahren

GERICHTE - TRIBUNAUX

Schweizerisches Bundesgericht / Bger
Tribunal fédéral suisse

KANTONE - CANTONS

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, JU

POLITISCHE PARTEIEN - PARTIS POLITIQUES

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz / Parti radical-démocratique suisse	FDP
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz / Parti démocrate-chrétien suisse	CVP
Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse	SPS
Schweizerische Volkspartei / Union Démocratique du Centre	SVP
Liberale Partei der Schweiz / Parti libéral suisse	LPS
Landesring der Unabhängigen / Alliance des Indépendants	LdU
Schweizer Demokraten / Démocrates Suisses	SD
Schweizer Auto-Partei - DIE FREIHEITLICHEN / Parti Suisse des automobilistes	APS

ORGANISATIONEN - ORGANISATIONS

Arbeitsgruppe forensische Psychiatrie der deutschsprachigen Schweiz	AFP
Arbeitsgruppe LIWJ Leitungen Institutionen weiblicher Jugendlicher	LIWJ
Automobil Club der Schweiz / Automobile Club de Suisse	ACS

- Bund Schweizerischer Frauenorganisationen / Alliance de sociétés féminines suisses	BSF/ASF
Bund Schweizerischer Israelitischer Frauenvereine / Union des Sociétés des Femmes Israélites Suisses	BSIF
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz / Confédération des syndicats chrétiens de Suisse	CNG
Conférence romande des directeurs d'institutions d'éducation	CRDIE
Die Rechte des Kindes International / Défense des enfants-international	DEI
Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz / Juristes Démocrates de Suisse	DJS
Eidgenössische Kommission für Frauenfragen / Commission fédérale pour les questions féminines	EKF
Eidgenössische Kommission für Jugendfragen / Commission fédérale pour la jeunesse	EKJ
Evangelischer Frauenbund der Schweiz / Fédération suisse des femmes protestantes	EFS
Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen / Fédération Suisse des Psychologues	FSP
Schweizerisches Polizei Institut / Institut suisse de police	SPI
Interkantonale Kommission für den Strassenverkehr / Commission Intercantonale de la Circulation routière	IKS
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren / Conférence des chefs des Départements cantonaux de justice et police	KKJPD
Konferenz der Leiter von Anstalten der schweizerischen Straf- und Massnahmenvollzuges / Conférence suisse des directeurs d'établissements de détention	KLA
Konkordat über die Planung im Strafvollzugswesen der Nordwest- und Innerschweiz	KPSN
Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer / Union Suisse des Syndicats autonomes	LFSA
Bewegung ATD Vierte Welt / Mouvement ATD Le quart Monde	ATD
Neustart Verein für Bewährungs- und Sanierungshilfe für Strafentlassene	Neustart
Ostschweizerische Strafvollzugskommission	OSK
Schweizerische Anwaltsverband / Fédération Suisse des Avocats	SAV

- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik / Conférence suisse des écoles supérieures d'éducateurs spécialisés	SAH
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände / Conseil suisse des Activités de Jeunesse	SAJV
Schweizerisches Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal / Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire	SAS
Schweizerische Bankiervereinigung Association suisse des banquiers	Bankier
Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung / Bureau suisse de prévention des accidents	BFU
Schweizer Bischofskonferenz / Conférence des évêques suisses	SBK
Schweizerischer Gemeinnütziger Frauenverein	SGF
Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie / Société suisse de psychiatrie	SGP
Schweizerische Gesellschaft für Sozial- und Präventivmedizin / Société suisse de médecine sociale et préventive	SGSP
Schweizerischer Gewerbeverband / Union suisse des arts et métiers	SGV
Schweizerischer Gewerkschaftsbund / Union syndicale suisse	SGB
Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort) / Union suisse du commerce et de l'industrie	SHIV
Schweizerischer Katholischer Frauenbund / Ligue suisse de femmes catholiques	SKF
Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge / Conférence suisse des institutions d'assistance publique	SKÖF
Schweizerische Kriminalistische Gesellschaft / Société suisse de droit pénal	SKG
Schweizerischer Landfrauenverband / Union des paysannes suisses	SLFV
Schweizerische Richtervereinigung / Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire	SRV
Schweizerische Stiftung Pro Juventute	Pro Juventute
Schweizerischer Strassenverkehrsverband / Fédération routière suisse	FRS

„Schweizerischer Verband für erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche / Association suisse en faveur des jeunes inadaptés	SVE
Schweizerischer Verband für Frauenrechte / Association suisse pour les droits de la femme	SVF
Schweizerische Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege / Société suisse de droit pénal des mineurs	SVJ
Team 72	Team 72
Touring Club der Schweiz / Touring-Club Suisse	TCS
Université de Lausanne	UNI-LS
Vereinigung der Strassenverkehrsämter / Association des services des automobiles	ASA
Vereinigung schweiz. Angestelltenverbände / Fédération des sociétés suisses d'employés	VSA
Vereinigung Schweizerischer Kinder- und Jugendpsychologen / Association suisse de psychologues pour enfants et adolescents	SKJP
Verkehrs-Club der Schweiz / Association transports et environnement	VCS
Weisser Ring / Anneau Blanc	WR

ANDERE VERNEHMLASSUNGSTEILNHEMER

Schweizerische Vereinigung der Bewährungshilfe / Association Suisse de la Probation	ASP
Caritas	Caritas
Comité Vaudois du 14 Juin	Com-VD
Conférence des chefs des Départements de justice et police de Suisse romande	CCDJP-SR
Fachgruppe für geschlossene Unterbringung von Jugendlichen	FAGU
Generalprokurator des Kantons Bern	GP-BE
Jugendheim Platanenhof	JHP
Jungliberale Bewegung der Schweiz / Jeunesse Radicale Suisse	JBS
Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz / Conférence des commandants des polices cantonales de Suisse	KKPKS
Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten / Conférence des Déléguées Suisses à l'Egalité entre Femmes et Hommes	KSG

- Konferenz für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr / Conférence sur les mesures administratives en matière de circulation routière	KAM
Ordre des avocats fribourgeois	OAF
Schweizer Psychotherapeuten-Verband / Association suisse des psychothérapeutes	SPV
Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft / Société suisse d'utilité publique	SGG
Schweizerische Vereinigung für Verkehrspsychologie / Société suisse de psychologie de la circulation	VFV
Schubarth Martin, Professor	M.S.
Verband Bernischer Gerichtspräsidenten / Association des présidents de Tribunal bernois	VBGP
Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz	VCHP
Verein Aktiver Staatsbürgerinnen Zürich	VASZ
Zürcher Frauenzentrale	ZFZ

5.2 Abkürzungsverzeichnis

ACS	Automobil Club der Schweiz / Automobile Club de Suisse
AFP	Arbeitsgruppe forensische Psychiatrie der deutschsprachigen Schweiz
AG	Regierungsrat des Kantons Aargau
AI	Standeskommission des Kantons Appenzell Innerrhoden
APS	Schweizer Autopartei - DIE FREIHEITLICHE / Parti Suisse des automobilistes
AR	Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden
ASA	Vereinigung der Strassenverkehrsämter / Association des services des automobiles
ASP	Schweizerische Vereinigung der Bewährungshilfe / Association Suisse de la Probation
ATD	Bewegung ATD Vierte Welt / Mouvement ATD Le quart Monde
Bankier	Schweizerische Bankervereinigung / Association suisse des banquiers
BE	Regierungsrat des Kantons Bern

- BFU	Schweiz. Beratungsstelle für Unfallverhütung Bureau suisse de prévention des accidents
Bger	Schweizerisches Bundesgericht Tribunal fédéral suisse
BL	Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft
BS	Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
BSF	Bund Schweiz. Frauenorganisationen Alliance de sociétés féminines suisses
BSIF	Bund Schweiz. israelitischer Frauenvereine Union des Sociétés des Femmes Israélites Suisses
Caritas	Caritas Schweiz
CCDJP-SR	Conférence des chefs des départements de justice et police de Suisse romande
CNG	Christlichnationaler Gewerkschaftsbund Confédération des syndicats chrétiens de Suisse
Com-VD	Comité Vaudois du 14 Juin
CRDIE	Conférence romande des directeurs d'institutions d'éducation
CVP	Christlich-demokratische Volkspartei der Schweiz Parti démocrate-chrétien suisse
DEI	Die Rechte des Kindes International Défense des Enfants international
DJS	Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz Juristes Démocrates de Suisse
EFS	Evangelischer Frauenbund der Schweiz Fédération suisse des femmes protestantes
EKF	Eidg. Kommission für Frauenfragen Commission fédérale pour les questions féminines
EKJ	Eidg. Kommission für Jugendfragen Commission fédérale pour la jeunesse
FAGU	Fachgruppe für geschlossene Unterbringung von Jugendlichen
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Parti radical-démocratique suisse
FR	Conseil d'Etat du canton de Fribourg
FRS	Schweiz. Strassenverkehrsverband Fédération routière suisse
FSP	Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen Fédération Suisse des psychologues

- GL	Regierungsrat des Kantons Glarus
GP-BE	Generalprokurator des Kantons Bern
GR	Regierungsrat des Kantons Graubünden
IKS	Interkantonale Kommission für den Strassenverkehr Commission Intercantonale de la Circulation routière
JBS	Jungliberale Bewegung der Schweiz Jeunesse Radicale Suisse
JHP	Jugendheim Platanenhof
JU	Gouvernement du canton du Jura
KAM	Konferenz für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr Conférence des Déléguées Suisses à l'Egalité entre Femmes et Hommes
KKJPD	Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren Conférence des chefs des Départements cantonaux de justice et police
KKPKS	Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz Conférence des commandants des polices cantonales de Suisse
KLA	Konferenz der Leiter von Anstalten des schweizerischen Straf- und Massnahmenvollzuges Conférence suisse des directeurs d'établissements de détention
KPSN	Konkordatskonferenz über die Planung im Strafvollzugswesen der Nordwest- und Innerschweiz
KSG	Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten Conférence des Déléguées Suisses à l'Egalité entre Femmes et Hommes
LdU	Landesring der Unabhängigen Alliance des Indépendants
LFSA	Landesverband freier Schweizerischer Arbeitnehmer Union Suisse des Syndicats autonomes
LIWJ	Arbeitsgruppe LIWJ Leitungen Institutionen weiblicher Jugendlicher
LPS	Liberale Partei der Schweiz Parti libéral suisse
LU	Regierungsrat des Kanton Luzern
M.S.	Herr Bundesrichter Prof. Martin Schubarth
NE	Conseil d'Etat du canton de Neuchâtel
Neustart	Verein NEUSTART Verein für Bewährungs- und Sanierungshilfe für Strafentlassene
NW	Regierungsrat des Kantons Nidwalden
OAF	Ordre des avocats fribourgeois

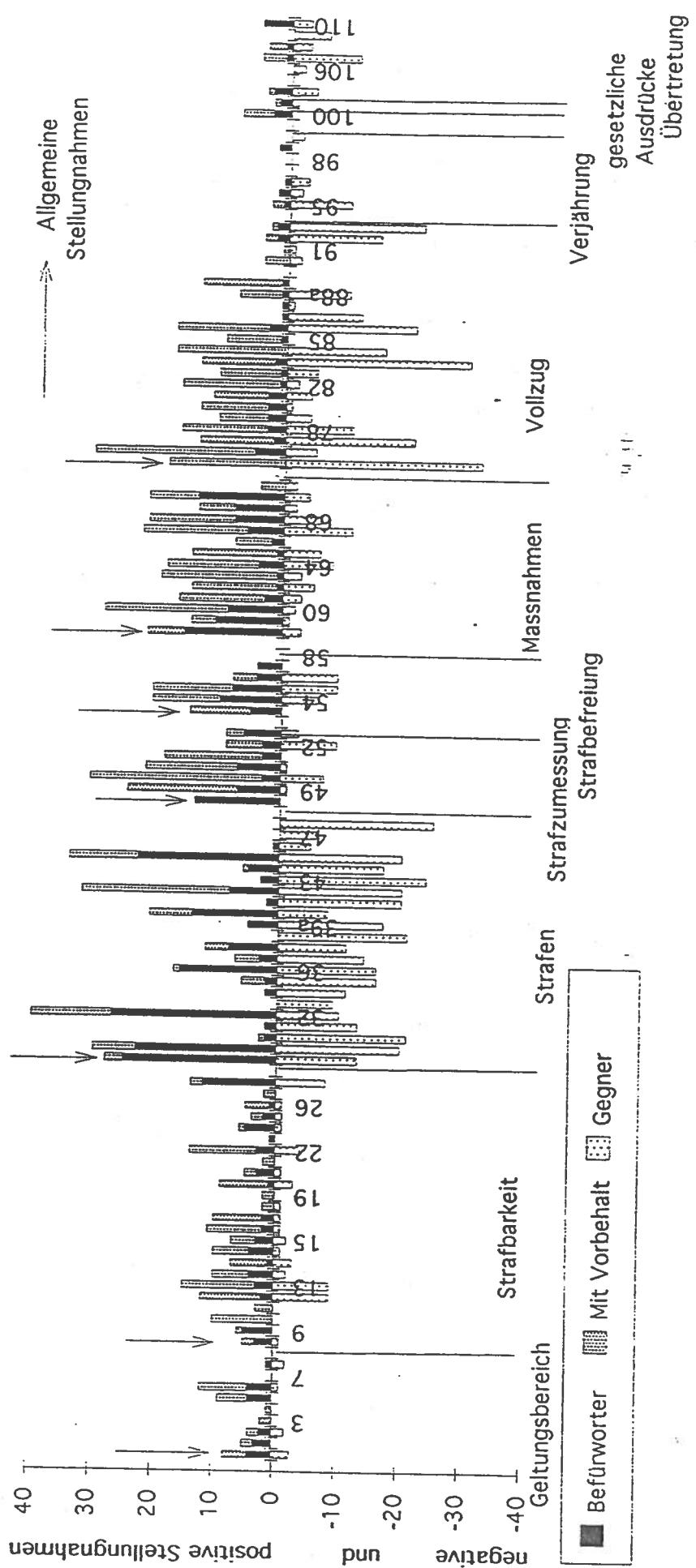
- OSK	Ostschweizerische Strafvollzugskommission
OW	Regierungsrat des Kantons Obwalden
Pro Juventute	Schweiz. Stiftung Pro Juventute
SAH	Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik Conférence suisse des écoles supérieures d'éducateurs spécialisés
SAJV	Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände Conseil suisse des Activités de jeunesse
SAS	Schweiz. Ausbildungszentrum für Strafvollzugspersonal Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire
SAV	Schweiz. Anwaltsverband Fédération Suisse des Avocats
SBK	Schweiz. Bischofskonferenz Conférence des évêques suisses
SD	Schweizer Demokraten Démocrates Suisses
SG	Regierungsrat des Kantons St. Gallen
SGB	Schweiz. Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse
SGF	Schweiz. Gemeinnütziger Frauenverein
SGG	Schweiz. Gemeinnützige Gesellschaft Société suisse d'utilité publique
SGP	Schweiz. Gesellschaft für Psychiatrie Société suisse de psychiatrie
SGSP	Schweiz. Gesellschaft für Sozial- und Präventivmedizin Société suisse de médecine sociale et préventive
SGV	Schweiz. Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers
SH	Regierungsrat des Kantons Schaffhausen
SHIV	Schweiz. Handels- und Industrieverein (Vorort) Union suisse du commerce et de l'industrie
SKF	Schweiz. Katholischer Frauenbund Ligue suisse de femmes catholiques
SKG	Schweiz. Kriminalistische Gesellschaft Société suisse de droit pénal
SKJP	Vereinigung Schweiz. Kinder- und Jugendpsychologen Association suisse de psychologues pour enfants et adolescents

- SKÖF	Schweiz. Konferenz für öffentliche Fürsorge Conférence suisse des institutions d'assistance publique
SLFV	Schweiz. Landfrauenverband Union des paysannes suisses
SO	Regierungsrat des Kantons Solothurn
SPI	Institut suisse de police Institut suisse de police
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti Socialiste Suisse
SPV	Schweizer Psychotherapeuten-Verband (SPV) Association suisse des psychothérapeutes
SRV	Schweiz. Richtervereinigung Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire
SVE	Schweiz. Verband für erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche Association suisse en faveur des jeunes inadaptés
SVF	Schweiz. Verband für Frauenrechte Association suisse pour les droits de la femme
SVJ	Schweiz. Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege Société suisse de droit pénal des mineurs
SVP	Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre
SZ	Regierungsrat des Kantons Schwyz
TCS	Touring Club der Schweiz Touring-Club Suisse
Team 72	Team 72
TG	Regierungsrat des Kantons Thurgau
TI	Consiglio di Stato del Cantone del Ticino
UNI-LS	Université de Lausanne
UR	Regierungsrat des Kantons Uri
VASZ	Verein Aktiver Staatsbürgerinnen Zürich
VBGP	Verband Bemischer Gerichtspräsidenten Association des présidents de Tribunal bernois
VCHP	Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz
VCS	Verkehrsclub der Schweiz Association transports et environnement
VD	Conseil d'Etat du canton de Vaud

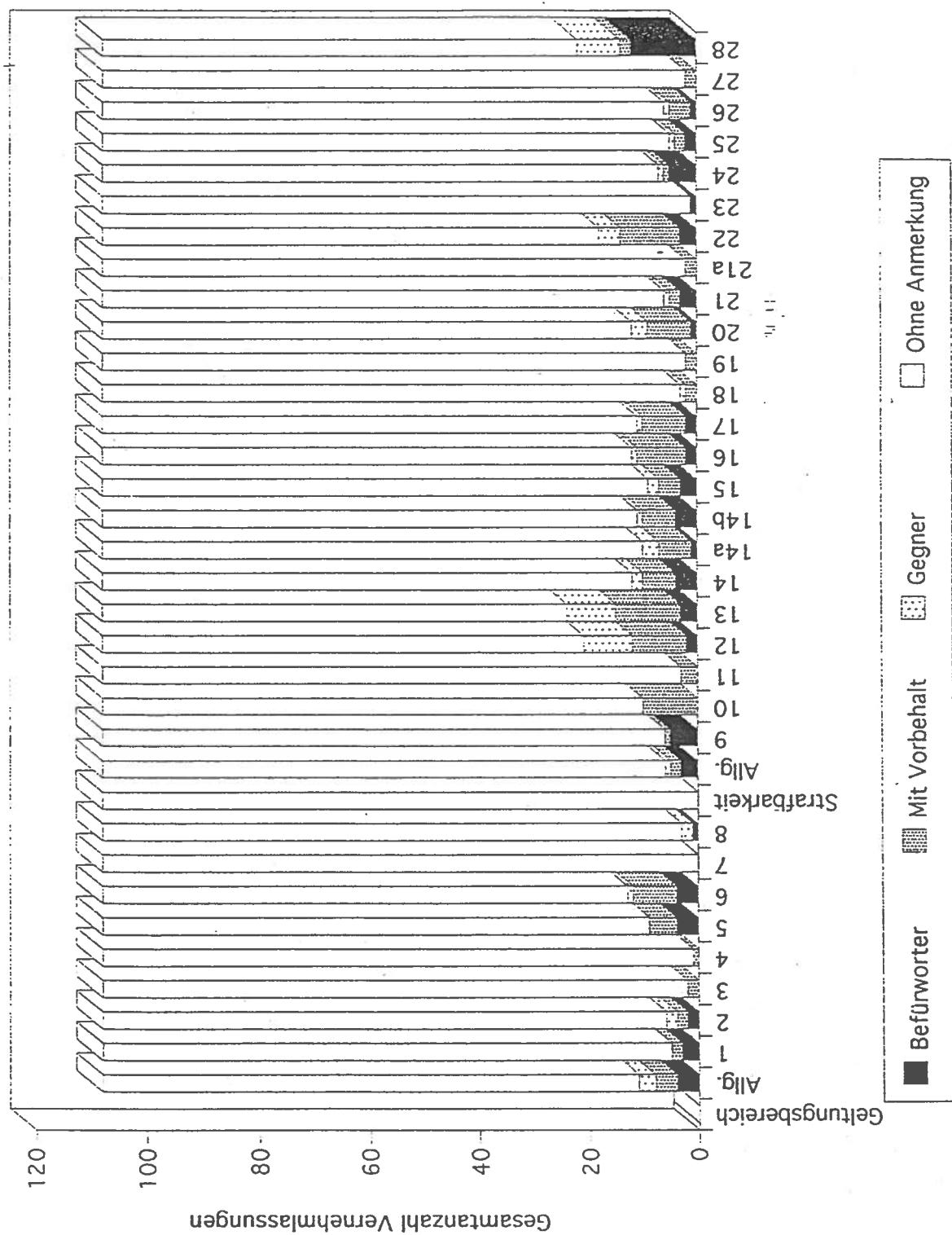
- VFV	Schweiz. Vereinigung für Verkehrpsychologie Société suisse de psychologie de la circulation
VS	Conseil d'Etat du canton du Valais
VSA	Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände Fédération des sociétés suisses d'employés
WR	Weisser Ring Anneau Blanc
ZFZ	Zürcher Frauenzentrale
ZG	Regierungsrat des Kantons Zug
ZH	Regierungsrat des Kantons Zürich

5.3 Grafische Darstellung der Vernehmlassungsauswertung

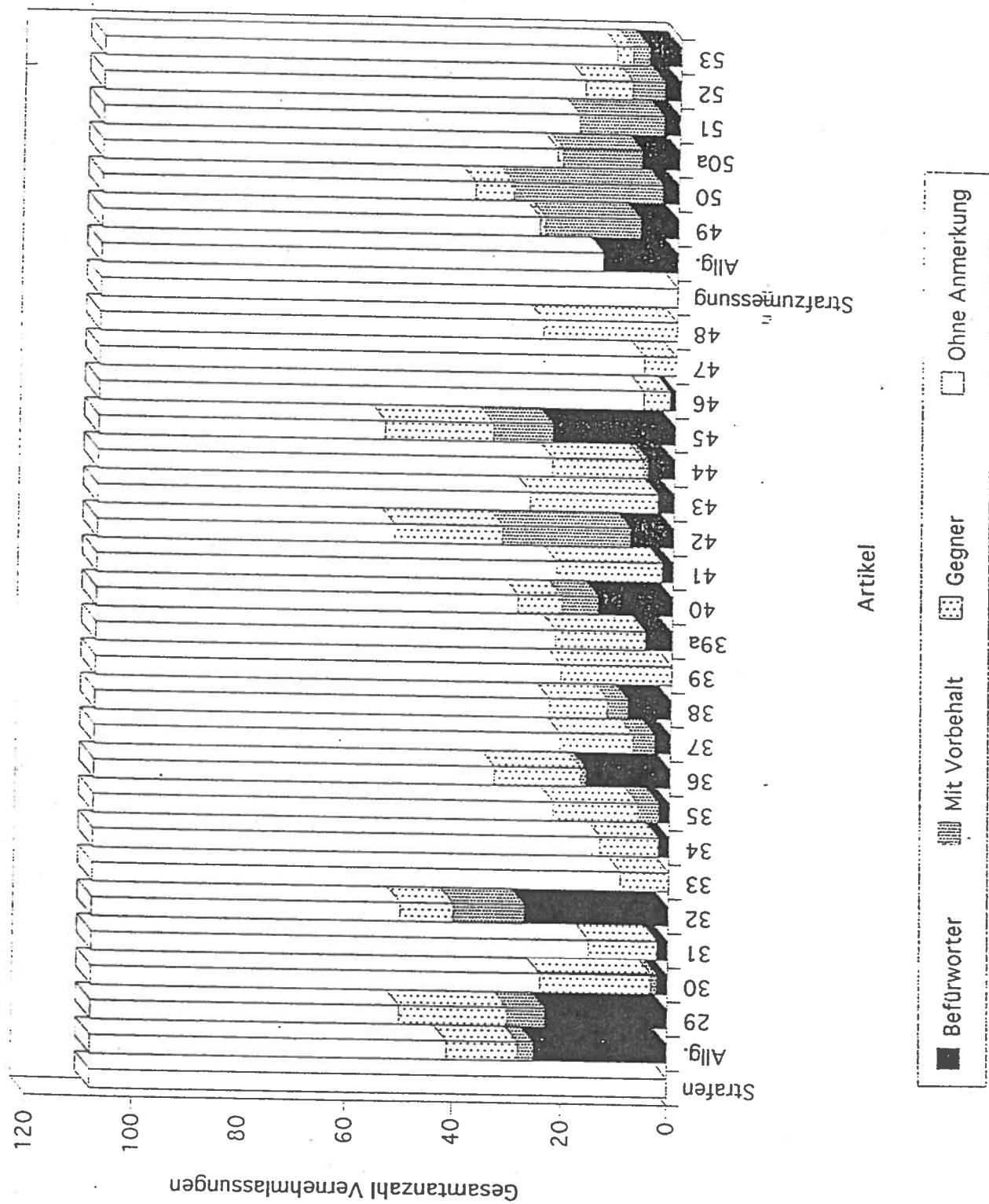
Auswertung der Vernehmlassungen zum Vorentwurf der Revision des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches



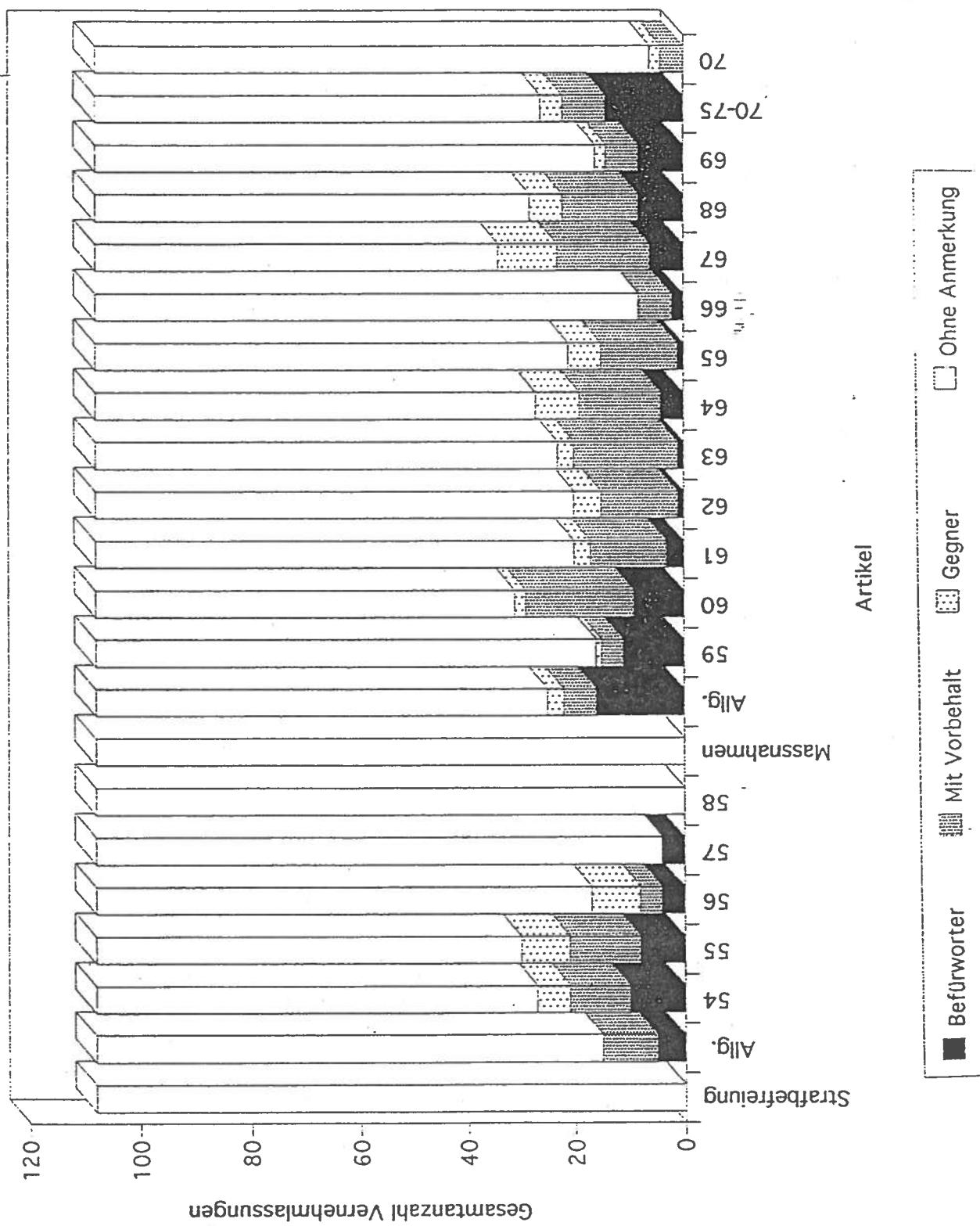
Der Geltungsbereich und die Strafbarkeit



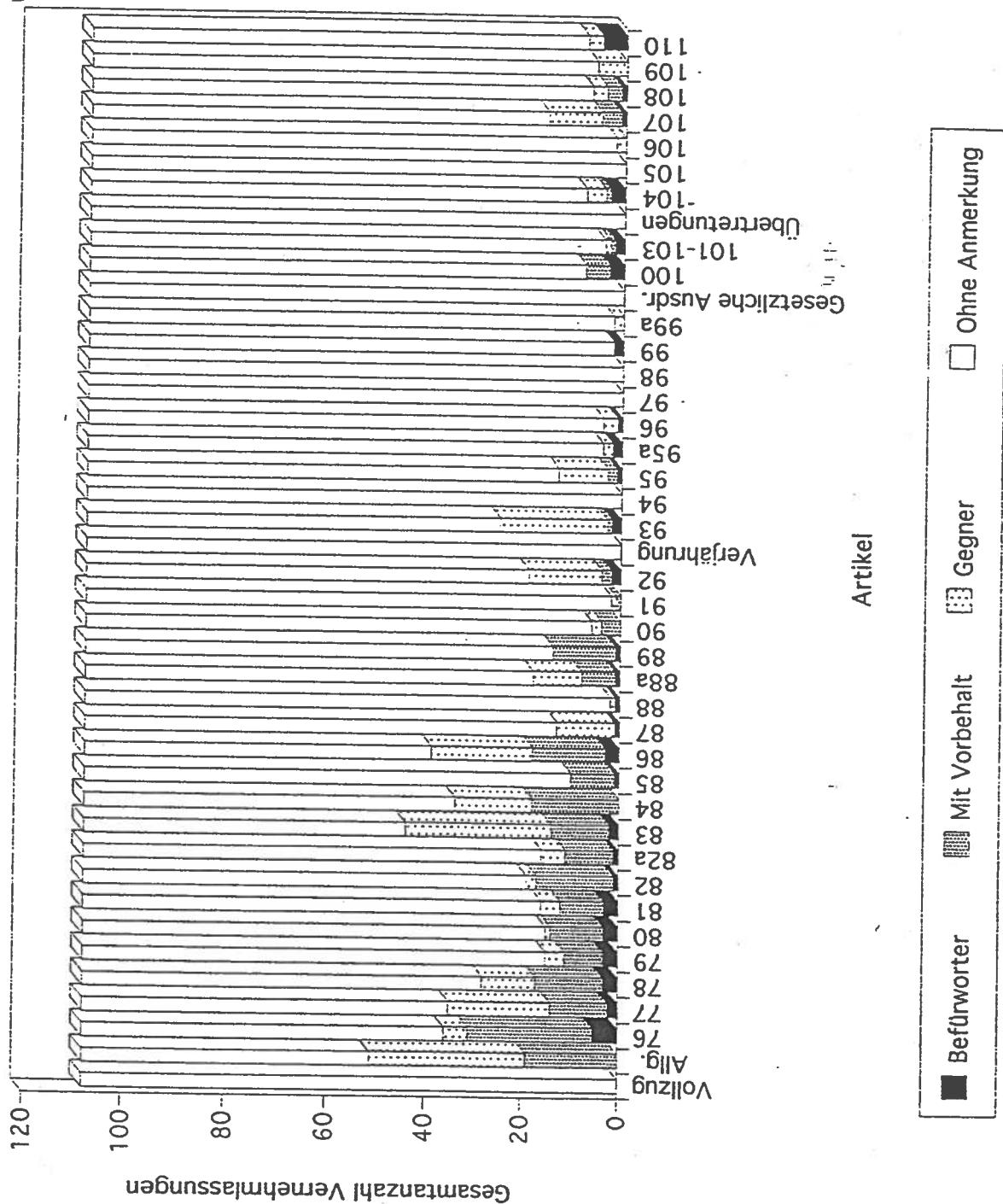
Strafen und Strafzumessung



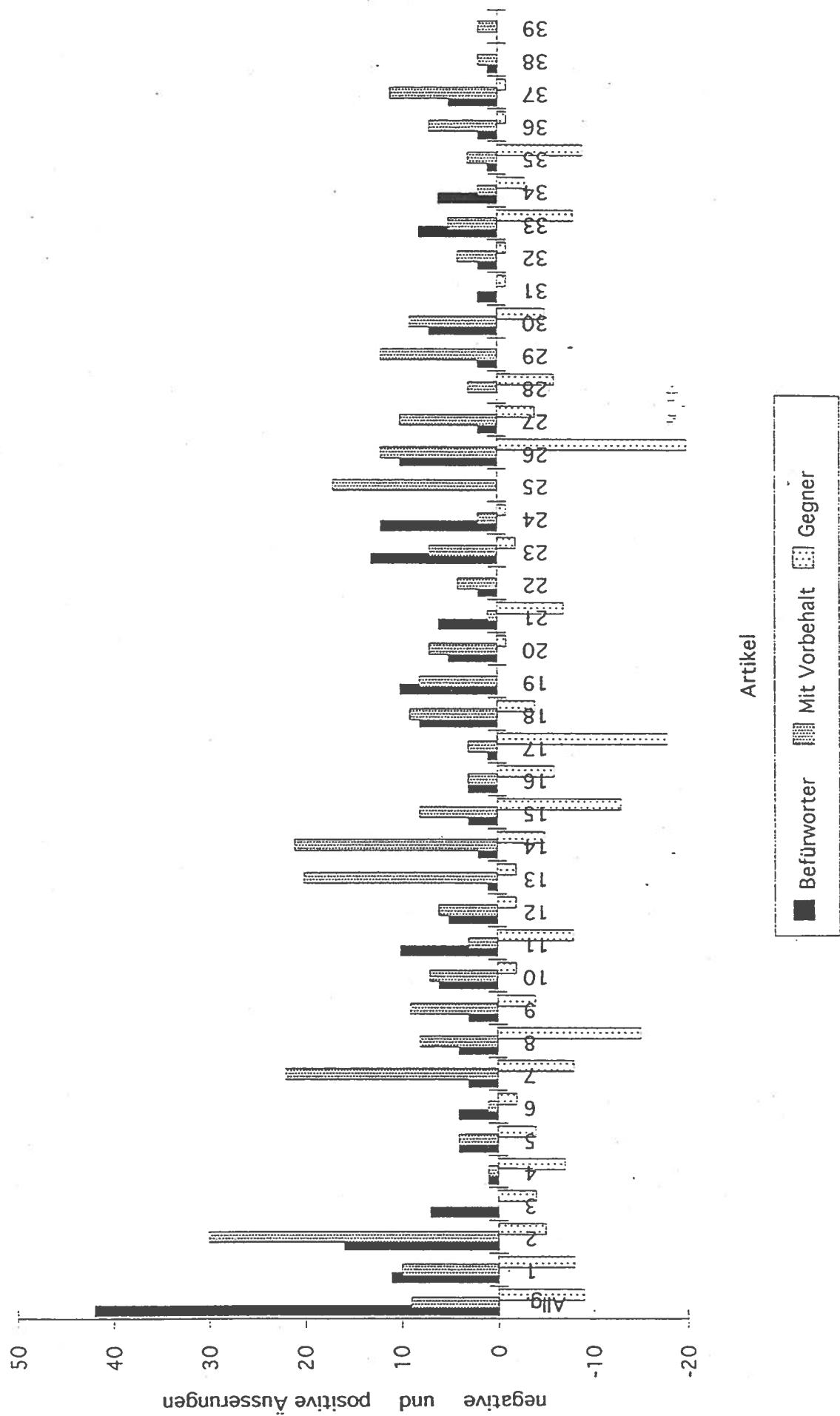
Strafbefreiung und Massnahmen



Vollzug, Verjährung, gesetzliche Ausdrücke und Übertragungen



Auswertung der Vernehmlassungen zum Jugendstrafrecht



**Département fédéral de justice et police
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Dipartimento federale di giustizia e polizia**

Résumé
des résultats de la procédure de consultation
relative aux avant-projets de la commission d'experts

concernant

LA PARTIE GENERALE ET LE TROISIEME LIVRE DU CODE PENAL

ainsi qu'une

LOI FEDERALE REGISSANT LA CONDITION PENALE DES MINEURS

Diffusion:

Office fédéral de la justice, CH-3003 Berne
Tél. 031 / 322 53 77

TABLE DES MATIERES

	Pages
1. Introduction	4
2. Le concept de résumé	5
3. L'avant-projet concernant la partie générale et le troisième livre du code pénal	7
3.1 Les prises de position générales relatives à l'avant-projet	7
3.2 Champ d'application (Art. 1 - 8 AP) et conditions de la répression (art. 9 - 28 AP)	9
3.3 Les peines (Art. 29 - 48 AP)	11
3.4 La fixation de la peine (Art. 49 - 53 AP)	15
3.5 L'exemption de peine (Art. 54 - 58 AP)	16
3.6 Les mesures (Art. 59 - 69 AP)	17
3.7 Autres mesures (art. 70 - 75 AP)	21
3.8 Exécution des peines et mesures privatives de liberté (art. 76 - 92 AP)	21
3.9 La prescription (art. 93 - 99 AP)	25
3.10 La responsabilité de l'entreprise (art. 101 - 103 AP)	26
3.11 Contraventions (art. 104 - 110)	26
3.12 Troisième livre du code pénal	27
4. Loi fédérale régissant la condition pénale des mineurs	30
4.1 Considérations d'ordre général quant à l'avant-projet	30
4.2 Principes généraux et champ d'application (art. 1 - 5 AP)	32
4.3 L'instruction (art. 6 - 9 AP)	32
4.4 Mesures protectrices (art. 10 - 18 AP)	33
4.5 Sanctions (art. 19 - 31 AP)	34
4.6 Organisation, procédure et application de la loi (art. 32 - 37 AP), Dispositions complémentaires et finales (art. 38 - 39 AP)	36

5. Annexes	38
5.1 Participants à la procédure de consultation	38
5.2 Liste des abréviations	42
5.3 Présentation graphique des résultats de la consultation	48

1. Introduction

Le 16 février 1987, le Département fédéral de justice et police (DFJP) a chargé une commission d'experts d'examiner la partie générale du code pénal (PG/CP), y compris le droit pénal des mineurs contenu jusqu'à ce jour dans la partie générale, ainsi que le troisième livre du code pénal (dispositions relatives à l'entrée en vigueur et à l'application du code pénal) sur la base des projets y relatifs des professeurs Schultz et Stettler. La commission a terminé ses travaux le 19 novembre 1992. Suite à ces travaux, un groupe de travail a spécialement été constitué afin d'examiner toutes les dispositions du troisième livre qui, sur le plan de la technique législative, entretiennent un rapport de connexité avec les travaux de révision de la partie générale et le droit pénal des mineurs et de formuler les propositions de modification nécessaires. Une dernière étape a permis à l'administration de vérifier les projets de loi sur le plan rédactionnel et de les remanier partiellement.

Par décision du 30 juin 1993, le Conseil fédéral a autorisé le DFJP à engager une procédure de consultation ayant pour objet les avant-projets et le rapport explicatif de la commission d'experts.

Par circulaire du 15 juillet 1993, le DFJP invita le Tribunal fédéral suisse, les cantons, les partis représentés à l'Assemblée fédérale et les organisations intéressées à prendre position jusqu'à la fin du mois de février 1994. Il accorda une prolongation de délai jusqu'à la fin avril aux cantons et à quelques organisations, jusqu'à la mi-juillet 1994 dans certains cas particuliers.

Ont pris position :

- le Tribunal fédéral
- tous les cantons à l'exception de la République et canton de Genève
- les partis représentés au Conseil fédéral ainsi que le Parti libéral suisse, l'Alliance des Indépendants, les Démocrates suisses et le Parti suisse des automobilistes
- 73 organisations intéressées ainsi que le juge fédéral Prof. Martin Schubarth et le procureur général du canton de Berne (19 organisations intéressées, le prof. M. Schubarth et le procureur général du canton de Berne n'ont pas été officiellement invités).

108 prises de position nous ont été soumises. Réunies, elles sont développées sur environ 1300 pages. L'étendue d'une prise de position est de une à 150 pages.

La liste des participants à la procédure de consultation et des abréviations se trouve en annexe.

2. Le concept de résumé

Les avant-projets concernant la révision de la partie générale et du troisième livre du code pénal et concernant le droit pénal des mineurs représentent un programme d'envergure et contiennent de nombreuses dispositions qui auront un impact considérable sur la politique criminelle. Les prises de positions émises par les participants à la consultation sont également très volumineuses; elles sont en outre étayées par une critique très spécialisée et souvent très détaillée.

Afin de disposer d'un résumé aux dimensions raisonnables nous avons choisi de nous limiter aux articles et aux thèmes qui ont été commentés par un nombre minimum de participants à la consultation. De nombreuses critiques ponctuelles ont été formulées et souvent soigneusement motivées ; elles ne feront cependant pas l'objet du présent résumé mais seront prises en compte lors de travaux ultérieurs.

Les prises de position sont souvent motivées de façons différentes. Afin d'être à même de tracer une tendance générale de la critique, seules les questions régulièrement débattues sont exposées dans le présent rapport. Aussi, il en ressort certaines simplifications qui peuvent apparaître étrangères à certaines prises de position. Mais, cette façon de procéder répond à des exigences de nécessité.

Il y a lieu de relativiser les notions de majorité et de minorité utilisées dans ce rapport. Il s'agit de majorités et de minorités qui se réfèrent au nombre total des prises de position qui exposent expressément leur avis sur une disposition ou sur une question particulière. Il convient toutefois de garder à l'esprit que 108 prises de position nous ont été soumises au total.

Comme cela ressort des graphiques en annexe, seules les dispositions centrales sont expressément approuvées par un bon nombre de participants. S'agissant du restant des articles, les organes consultés ne se sont souvent prononcés que lorsqu'ils avaient une critique négative à formuler. On peut dès lors partir du principe que les articles qui ne font pas l'objet d'une critique ne sont pas écartés d'entrée de jeu.

Si la part des participants à la consultation qui ne se sont pas prononcés sur un article était considérée comme favorable audit article, le résultat de la consultation s'averrait plus positif encore. Toutefois, les chiffres qui sont présentés dans ce résumé ne se fondent que sur des appréciations positives ou négatives qui ont été formulées expressément. Les approbations implicites ne sont pas comprises dans ces chiffres.

Lors des travaux de dépouillement des résultats de la consultation, nous avons groupé les appréciations en trois catégories :

Pour : l'article en question est en principe approuvé même si des propositions de modification peu importantes sont formulées.

Avec réserves : il y a réserve lorsqu'un certain scepticisme est manifesté à l'égard d'une disposition ou que des propositions de modification sont formulées sans que celles-ci ne portent atteinte à la substance de cette disposition.

Contre : une disposition est rejetée dans son principe ou une réticence très importante est exprimée à telle enseigne que la disposition, dans son contenu, est remise en cause.

3. L'avant-projet concernant la partie générale et le troisième livre du code pénal

3.1 Les prises de positions générales relatives à l'avant-projet

Parmi les **108** prises de positions qui nous ont été soumises, **80** contiennent des considérations d'ordre général qui portent sur l'avant-projet et qui peuvent être résumées comme suit :

- **44** participants à la consultation (13 cantons¹, 2 partis² et 29 organisations³) se déclarent en principe favorables à l'avant-projet avec un certain nombre de critiques plus ou moins importantes.
- **12** participants à la consultation (4 cantons⁴, 3 partis⁵, 4 organisations⁶ et le procureur général du canton de Berne) admettent -expressément ou implicitement- la nécessité d'une refonte totale de la partie générale mais rejettent en principe l'ensemble des avant-projets. Relevons que ce jugement ne porte le plus souvent que sur le droit pénal des adultes.
- **8** organes consultés⁷ opteraient plutôt pour une révision partielle ou par étapes.

(De nombreuses prises de position générales ne se positionnent pas clairement pour ou contre les avant-projets)

L'un des points centraux de cet avant-projet, soit l'extension du catalogue de sanctions et la nouvelle réglementation qui y est contenue, a obtenu un accueil extrêmement favorable⁸.

La séparation du droit pénal des mineurs et du droit pénal des adultes a également recueilli un certain nombre de voix favorables⁹.

¹ LU, UR, OW, BE, ZG, SO, BS, BL, SH, AR, GR, AG, JU.

² CVP, SPS.

³ CNG, BSF, BSIF, DJS, EKF, EFS, FSP, KKJPD, KLA, KPSN, ATD, Neustart, OSK, BFU, SBK, SGF, SGSP, SGV, SGB, SKF, SKÖF, SLFV, Team 72, ASP, Caritas, WR, KKPKS, OAF, SPV.

⁴ ZH, GL, FR, VS.

⁵ FDP, LPS, LdU.

⁶ APS, CCDJP-SR, VBGP, VCHP.

⁷ Les cantons NW, VD, NE, TI, AR, le parti SVP, les organisations SKG, SRV.

⁸ ZH, BE, LU, UR, OW, SO, BS, SH, GL, ZG, JU, GR, NE, FDP, CVP, SPS, LPS, CNG, DJS, EFS, KKJPD, KPSN, ATD, Neustart, OSK, SBK, SGV, SGB, SHIV, SKÖF, SLFV, Team 72, Caritas, WR, KKPKS, VASZ, ZFZ.

⁹ NW, GR, JU, CVP, FSP, SGF, SKF, SKÖF.

S'agissant des critiques négatives, le souci le plus fréquemment exprimé tient à la sécurité de la société; 23 prises de position¹⁰ estiment l'avant-projet lacunaire sur ce point.

On a relevé cependant que 8 participants à la consultation¹¹ sont d'avis que l'avant-projet en tient suffisamment compte, notamment par l'internement de l'article 68 AP.

D'autres critiques essentielles d'ordre général ont été formulées dont la teneur est la suivante:

- l'avant-projet serait trop axé sur les intérêts de l'auteur et/ou comporterait un adoucissement des sanctions¹²;
- le pouvoir d'appréciation des juges serait trop fortement réduit par les nouvelles dispositions¹³;
- certains craignent un engorgement des tribunaux et/ou une surcharge des autorités d'exécution des peines ainsi qu'une augmentation des coûts¹⁴;
- l'avant-projet comporterait une trop forte immixtion du droit fédéral dans le domaine de l'exécution des peines -il devrait faire preuve d'un plus grand respect du principe du fédéralisme¹⁵;
- l'avant-projet se fonderait sur une image irréaliste du délinquant¹⁶;
- l'avant-projet ne tiendrait pas suffisamment compte des besoins spécifiques des femmes¹⁷;
- la formulation utilisée dans les avant-projet ne respecterait pas, au regard de la langue, le principe du traitement égalitaire des sexes¹⁸;
- des critiques sont formulées quant à la systématique et à la lisibilité de l'avant-projet¹⁹.

¹⁰ BE, ZG, BS, UR, SH, AG, TG, VD, SVP, LdU, FDP, APS, BSF, EFS, KKJPD, KPSN, SGV, SHIV, SRV, GP-BE, KKPKS, OAF, VBGP.

¹¹ LU, GR, CVP, OSK, SGF, ASP, Caritas, WR.

¹² LU, NW, BS, SH, NE, FDP, LPS, LdU, SD, APS, BSF, OSK, SHIV, SRV, OAF, VASZ, SAV, KKJPD.

¹³ VD, AG, TI, SVP, SRV, SKG, SAV.

¹⁴ ZH, LU, UR, SH, FR, BS, VD, NE, VS, CCDJP-SR, LdU, KLA, SRV, GP-BE.

¹⁵ ZH, LU, ZG, FR, SH, VD, VS, CCDJP-SR, KKJPD, KLA, OSK.

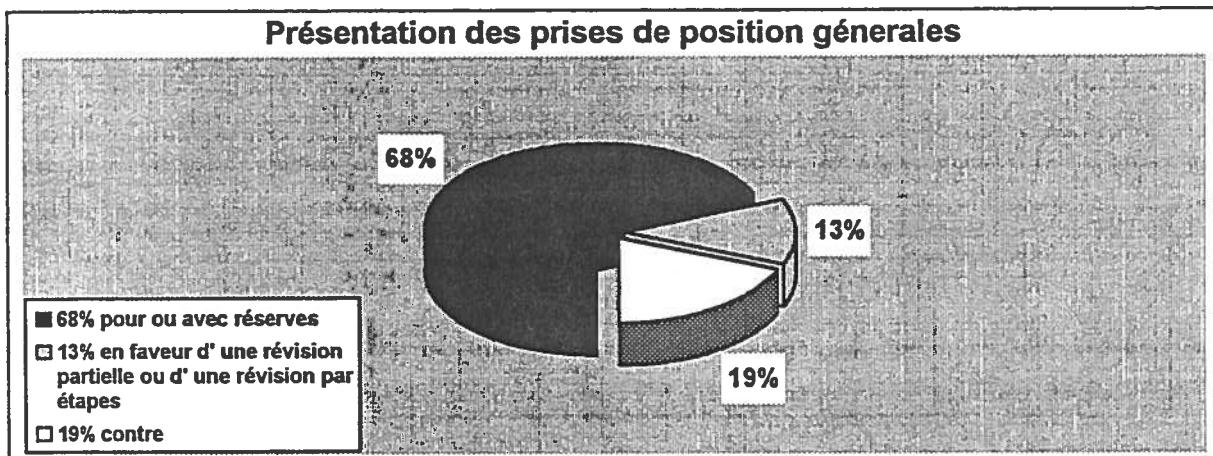
¹⁶ LU, ZG, SH, TG, VS, VD, CCDJP-SR, KKJPD, KLA, OSK, VCHP.

¹⁷ CVP, SPS, DJS, EKF, EFS, SGF, SGB, SLFV, KSG.

¹⁸ ZH, ZG, CVP, SPS, DJS, EKF, SGF, EFS, FSP, KLA, KPSN, SGB, SKF, SKÖF, SLFV, Team 72, KSG.

¹⁹ LU, ZG, SH, AI, TI, KPSN, BSF, SRV, SVE, OAF.

Plusieurs participants à la consultation²⁰ demandent à ce que l'avant-projet fasse l'objet d'un certain nombre de corrections que l'on soumettrait éventuellement à une nouvelle consultation. La OSK et le SPS se contenteraient d'une modification de certaines parties seulement.



3.2 Champ d'application (Art. 1 - 8 AP) et conditions de la répression (Art. 9 - 28 AP)

Les dispositions de ces deux premiers titres du code pénal n'ont pas été fondamentalement modifiées. Elles ont été le plus souvent seulement adaptées à la nouvelle palette de sanctions, à la doctrine et à la jurisprudence actuelles.

C'est la raison pour laquelle beaucoup de participants à la consultation n'ont commenté que quelques dispositions et que les innovations instituées dans ces domaines ont été en principe approuvées par la plupart des participants à la consultation à quelques exceptions près. La révision des articles 1-8 AP n'a été expressément rejetée que par les cantons de AR et de VD ainsi que par la SKG. Quant aux articles 9-28 AP, seule la SKG les écarte explicitement.

La réserve qui est formulée le plus fréquemment s'agissant de la réglementation relative au champ d'application concerne l'article 5 AP (crimes et délits commis à l'étranger, poursuivis en vertu d'un accord international) et l'article 6 AP (autres crimes ou délits commis à l'étranger). Il est fait remarqué de différentes parts que la loi est lacunaire pour ce qui concerne le tourisme sexuel, la pornographie avec des enfants et la traite des femmes. On demande une réglementation qui permette de

²⁰ BE, LU, ZG, VD, VS, CCDJP-SR, SVP, LdU, FDP, KKJPD, KLA, SHIV, OAF.

poursuivre en Suisse ces délits commis à l'étranger, même si la condition de la punissabilité dans l'Etat de commission n'est pas réalisée²¹.

L'introduction de la **peine privative de liberté unique et le maintien de la distinction entre les crimes et les délits** sont salués avec enthousiasme (Art. 9 AP)²².

A l'article 10 AP, les **définitions légales de l'intention et de la négligence** trouvent simplement une autre formulation que dans le droit actuel. Quelques cantons surtout demandent à ce que la loi définisse clairement le dol éventuel²³.

Les dispositions relatives aux actes licites (Art. 12 et 13 AP) et à la culpabilité (Art. 14-16 AP) ont trouvé un large écho. Il y a lieu de noter que la suppression de l'article 32 CP qui érige en cause de justification les actes ordonnés par la loi, ou par un devoir de fonction ou de profession a été généralement mal reçue²⁴. Outre de nombreuses critiques ponctuelles, une critique plus importante a été formulée s'agissant de la nouvelle systématique qui règle l'état de nécessité dans deux dispositions séparées (l'"état de nécessité" comme motif de justification selon l'article 13 AP et l'"état de nécessité excusable" selon l'article 16 AP) et qui sépare également l'erreur sur les faits (Art. 11 AP) de l'erreur sur l'illicéité (Art. 15 AP)²⁵.

Les atténuations de peine telles qu'elles sont prévues aux articles 12-22 AP sont très souvent critiquées. Ainsi, comme dans le droit actuel, le juge devrait obligatoirement exempter de toute peine l'auteur d'une riposte excessive qui a agi en raison d'un état excusable d'excitation ou de saisissement (Art. 12, al. 2 AP) et non pas seulement de cas en cas²⁶. Par ailleurs, l'atténuation de peine obligatoire prévue à l'égard des complices (Art. 20 AP)²⁷ et des participants à un délit spécial (Art. 21 AP)²⁸ est rejetée par beaucoup de participants à la consultation de même que l'atténuation de peine facultative préconisée lors de commission de délits par omission (nouvellement admise à l'art. 22 AP)²⁹. Enfin, un réexamen général des motifs d'atténuation de la peine est demandé³⁰.

La nouvelle disposition relative aux **actes commis dans un rapport de représentation** (Art. 24 AP) semble avoir été acceptée³¹. Elle n'est rejetée que par l'Union suisse du commerce et de l'industrie.

Les dispositions sur la plainte du lésé (Art. 25-28 AP) correspondent dans une large mesure au droit actuel; les participants à la consultations ne formulent d'ailleurs à leur égard que quelques réserves ponctuelles. Toutefois, l'article 28 AP qui prévoit que la

21 SP / DJS, EKF, SGB, SLFV / OAF, KSG, M.S..

22 ZH, SO, BSF, DJS, KLA, SAV.

23 ZH, LU, SO, BL, SG, TG, VD, NE, UNI-LS.

24 ZH, BE, GL, BS, BL, AR, AI, GB, AG, VD, NE, CVP, SKG, SPI, GP-BE, KKPKS /appréciations positives: SP, SAV, DJS, M.S..

25 ZH, NE, AG, VD, UNI-LS.

26 ZH, CVP, LdU, SAV, SKG.

27 ZH, LU, AG, VD, CVP, BSF, SAV, SKF, SKG, SRV.

28 ZH, AG, SAV, SKG.

29 LU, BL, AG, NE, GP-BE.

30 CVP.

31 Appréciations positives: NE, ZH, SAV, VD.

plainte peut être retirée tant que le jugement de dernière instance cantonale n'a pas été prononcé apporte une modification importante qui a suscité des réactions très controversées. Alors que d'aucuns y voient un moyen de rétablir la paix juridique³², les autres craignent que cette institution ne multiplie les procédures abusives et n'entraîne une surcharge des tribunaux³³. Enfin, il y a lieu de signaler que le principe de l'indivisibilité de la plainte est parfois refusé ou pour le moins remis en question³⁴.

3.3 Les peines (Art. 29 - 48 AP)

En général

Parmi les 41 participants à la consultation qui ont pris position de façon générale sur les peines, 28 souscrivent au moins aux principes introduits par le nouveau système de sanctions. 13 s'y opposent.

Plusieurs milieux consultés -les cantons romands, Appenzell Rhodes intérieures et l'Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire plus particulièrement- ont eu l'impression que le nouveau catalogue de sanctions allait trop dans le sens des intérêts de l'auteur. S'ils considèrent les nouvelles sanctions proposées en tant qu'alternatives aux peines privatives de liberté comme parfaitement propres à resocialiser les auteurs susceptibles de l'être, ils estiment toutefois que l'avant-projet se fonde trop souvent sur une image trop positive du délinquant et semble méconnaître le comportement social généralement adopté par les détenus en prison. Ces nouvelles sanctions ne seraient pas indiquées dans les cas de délits graves. De même, lors de l'établissement de ce catalogue de sanctions, les aspects de la prévention générale auraient été négligés.

Ce sont surtout les organisations spécialisées et les cantons, qui ont en partie quelque expérience en matière d'introduction de nouvelles formes de sanctions, qui se prononcent en faveur de l'extension du catalogue de sanctions. Ils y voient un système qui permette d'individualiser la peine, même s'ils considèrent, certes, que l'élargissement de la palette des sanctions entraînera une surcharge de l'appareil administratif et judiciaire.

La peine pécuniaire (Art. 29 - 31 AP)

L'aménagement de cette sanction est critiquée au premier chef tant par les 31 prises de positions plutôt favorables à l'introduction de la peine pécuniaire que par les 15

³² ZH, LU, ZG, SO, SG, CVP, SPS, DJS, SAV, SVF, VASZ.

³³ BE, UR, SZ, AI, AG, TG, SKF.

³⁴ SPS, DJS, M.S..

milieux en principe réticents à son introduction. Si les opposants comprennent certes le but de son introduction -qui est de restreindre l'usage des courtes peines privatives de liberté- il ne peuvent soutenir la suppression de principe des courtes peines privatives de liberté fermes.

En particulier, nombreux sont ceux qui font valoir que le revenu net à la base du **calcul de la peine pécuniaire** est difficile à établir et que les montants minimum et maximum sont trop bas (art. 29, alinéa 2 AP)³⁵. Par ailleurs, ils critiquent le fait que la fortune ne soit pas prise en considération lors de la fixation de la peine pécuniaire et que le juge puisse réduire ultérieurement le montant des jours-amendes ou même dispenser du paiement de la peine pécuniaire (art. 30, alinéa 4 AP)³⁶. Il en résulterait des inégalités sociales et une surcharge pour l'administration.

Les notions de "par sa faute...ne paie pas" figurant à l'article 31 AP relatif à la **conversion de la peine pécuniaire en une peine privative de liberté** ne seraient pas assez précises³⁷. D'autre part, la conversion des peines pécuniaires en travail d'intérêt général devrait aussi être possible³⁸.

Les milieux favorables à la peine pécuniaire estiment que cette dernière peut frapper les condamnés plus lourdement que la peine privative de liberté sans avoir d'effets trop négatifs sur leur intégration sociale. Toutefois, il y aurait lieu d'élever le montant minimum du jour-amende de 2 à 5-10 francs³⁹.

Le travail d'intérêt général (Art. 32 - 35 AP)

La majorité des participants à raison de 41 contre 10 sont en principe favorables à cette forme de sanction⁴⁰. Le travail d'intérêt général est une sanction qualifiée de socialement constructive qui maximalise les chances de resocialisation et d'intégration. En revanche, les prises de position favorables à l'institution comme celles qui y sont défavorables craignent que les modalités d'application de cette sanction s'avèrent en pratique problématiques. Les personnes jouissant d'un temps libre important seraient favorisées par le prononcé de ce genre de peine alors que les femmes doublement occupées seraient particulièrement désavantagées⁴¹.

Les cantons et les organisations qui ont une pratique en matière de travail d'intérêt général signalent que l'introduction de cette sanction entraînera de lourdes charges pour les administrations. La plupart se demandent s'il y aura suffisamment de places de travail disponibles.

³⁵ AG; LU; FR; SO; TI; VD; VS; ZG; FDP; CVP; SD; LPS; ACS; BSF; DJS; SAV; SHIV; SGF; FRS; TCS; UNI-LS; KKPKS; KSG; VASZ.

³⁶ ZH; BE; UR; SZ; NW; ZG; SO; AG; TG; FDP; CVP; SPS; SVP; LdU; BSF; BSIF; DJS; Neustart; SAV; SVF; ZFZ.

³⁷ BSF; BSIF; DJS; EKF; KSG; SVF.

³⁸ ZH; SPS; EKF; Neustart; Caritas.

³⁹ BE; GL; ZG; CVP; BSF; SAV; SHIV; TCS; KKPKS.

⁴⁰ Parmi eux tous les cantons, sauf SO, TI, VD et VS.

⁴¹ ZH; BE; SO; ZG; NE; FDP; SPS; LdU; ACS; BSIF; CNG; DJS; EKF; OSK; TCS; Com- VD; KSG.

De l'avis de la majorité des participants qui s'expriment sur l'article 34 AP, la possibilité de remise du solde de la peine aux deux tiers doit être supprimée sans autre⁴². Les dépenses seraient trop élevées pour les autorités administratives et les employeurs pourraient être tentés de se débarrasser rapidement d'une mauvaise main-d'œuvre.

Nombreux sont ceux qui contestent la clé de conversion prescrite à l'article 35 AP : les 2 heures de travail d'intérêt général comme alternative à 1 jour-amende de peine pécuniaire sont considérées comme insuffisantes. En appliquant cette clé de conversion, un chômeur serait à même d'accomplir 5 jours-amendes en une seule journée⁴³.

Au regard de ces considérations, les opposants estiment que l'introduction du travail d'intérêt général en tant que sanction principale n'est pas judicieuse. Ils n'admettraient le prononcé d'un travail d'intérêt général que comme forme particulière d'exécution des peines privatives de liberté comme cela est déjà pratiqué sous le coup du droit actuel⁴⁴.

La condamnation conditionnelle (Art. 36 - 39a AP)

22 participants approuvent le principe d'une condamnation conditionnelle et 17 le rejettent. Les prises de position favorables à l'introduction de cette institution n'adhèrent toutefois que rarement à la condamnation conditionnelle telle qu'elle est aménagée dans l'avant-projet. Ceux-ci se réfèrent le plus souvent aux expériences positives faites en matière de sursis et acceptent la condamnation conditionnelle en tant qu'institution s'apparentant au sursis⁴⁵.

Les opposants critiquent surtout la formulation de l'article 39 AP selon laquelle en cas de succès de mise à l'épreuve, la condamnation est réputée "non avenue". La sanction ne serait pas ressentie comme telle par l'auteur et ce dernier aurait l'impression d'échapper à toute condamnation. Par ailleurs, les auteurs d'infractions graves pourraient échapper à toute sanction alors que les auteurs de contraventions ne peuvent en aucun cas bénéficier d'une suspension de l'amende. Les premiers seraient dès lors indûment privilégiés par rapport aux deuxièmes⁴⁶.

En outre, les milieux consultés craignent que l'article 37 AP qui menace des sanctions prévues à l'article 292 CP en cas d'inexécution de règles de conduite définisse facticement un nouveau délit⁴⁷.

⁴² UR; NW; SO; AG; CVP; BSF; OSK; ASP; Caritas; VASZ; ZFZ / en faveur du maintien de l'art. 34 AP: EKF; KSG.

⁴³ BE; LU; UR; NW; SO; BL; BS; AI; FDP; SVP; CVP; BSF; OSK; SAV; SHIV; UNI LS; ASP; VASZ; ZFZ.

⁴⁴ TI; VD; VS; LdU; ACS; UNI-LS; Com- VD; CCJP-SR; GP BE.

⁴⁵ ZH; UR; SO; TG; CVP; ACS.

⁴⁶ BE; LU; UR; OW; NW; ZG; SO; BS; BL; AG; TG; NE; FDP; CVP; SPS; SVP; LPS; KPSN; SAV; SKF; SKG.

⁴⁷ ZH; CVP; SPS; LdU; DJS; Neustart; ASP.

Le remplacement du patronage par l'**assistance de probation** est accueilli favorablement⁴⁸. Toutefois, de nombreux cantons et organisations⁴⁹ rejettent l'alinéa 2 2e phrase de l'article 38 AP.

Enfin, les conditions posées par l'article 39a AP à la **révocation de la condamnation conditionnelle**, en cas de commission d'un délit pendant le délai d'épreuve, se révèlent trop sévères pour un bon nombre de participants à la consultation⁵⁰.

La peine privative de liberté (Art. 40 - 41 AP)

20 participants à la consultation se prononcent en général en faveur du principe selon lequel l'application des courtes peines privatives de liberté devrait être évitée. 10 s'y opposent parce qu'ils considèrent souvent que l'aménagement de ce principe dans l'avant-projet va trop loin⁵¹.

Les articles 40 et 41 AP ne sont pourtant acceptés dans la forme proposée que par une minorité⁵². Les opposants font notamment valoir que les courtes peines privatives de liberté peuvent être tout à fait indiquées pour certains auteurs et peinent dès lors à concevoir l'abolition de principe des courtes peines privatives de liberté jusqu'à 6 mois. En outre, ils craignent que cette durée minimum de 6 mois n'augmente le nombre des prononcés de peines de plus de 6 mois.

Le sursis à l'exécution de la peine (Art. 42 - 44a AP)

30 milieux intéressés accueillent favorablement le principe d'une modification de la réglementation applicable au sursis à l'exécution de la peine même si 24 d'entre eux formulent des réserves. 19 rejettent généralement l'institution.

Nombreux sont les participants à la consultation qui regrettent l'absence dans l'avant-projet d'une réglementation sur le **sursis partiel**⁵³.

Beaucoup de réticences sont formulées à l'égard de l'**extension du sursis aux peines privatives de liberté jusqu'à 3 ans** (Art. 42 AP). La majorité considèrent une extension à 2 ans comme appropriée⁵⁴.

48 ZH; NW; UR; ZG; AR; AFP; KSG.

49 ZH; BE; LU; NW; SO; AR; AI; GR; SPS; AFP; SAV; Com- VD.

50 ZH; SO; BS; VD; VS; CVP; SPS; SVP; LdU; AFP; BSF; SAV; TCS; GP BE; OAF; VASZ; ZFZ.

51 NW; ZG; SO; TI; NE; SPS; TCS; UNI-LS.

52 BSIF; BFU; OAF; SKF.

53 FR; VD; NE; TI; JU; CVP; SVP; DJS; EFS; KKJPD; KLA; SRV; UNI-LS; OAF; SAV; SKG; CCJP-SR.

54 ZH; BE; LU; OW; GL; ZG; BS; BL; VD; VS; FDP; CVP; LPS; LdU; AFP; BSF; EFS; KPSN; OSK; Caritas; KKPKS; VASZ; ZFZ.

Seuls 4 participants à la consultation approuvent la réduction du délai d'épreuve à 3 ans maximum (Art. 43 AP). 20 participants se prononcent en faveur du maintien de la durée maximale à 5 ans.

La majorité⁵⁵ des 17 avis qui s'opposent à la réglementation relative à l'échec pendant le délai d'épreuve selon l'article 44a AP critiquent le fait que la deuxième infraction doive être du même genre que la première infraction pour qu'il y ait lieu à révocation.

L'interdiction de conduire (Art. 45 - 48 AP)

Une majorité des milieux consultés (33) se prononcent en faveur de l'introduction de l'interdiction de conduire en tant que nouvelle peine prononcée à titre principal par le juge. Comme le retrait du permis de conduire est ressenti par l'intéressé comme revêtant un caractère de sanction, il y a lieu de transférer au juge pénal la compétence de retirer le permis de conduire, compétence qui garantit ainsi au justiciable une procédure conforme à un Etat de droit⁵⁶.

19 participants estiment que cette compétence devrait en principe être laissée aux autorités administratives cantonales. La procédure administrative serait plus rapide et dès lors effectivement ressentie par les délinquants. Elle garantirait une pratique uniforme qui aurait fait ses preuves⁵⁷.

Tant les avis favorables que les avis défavorables à cette sanction rejettent le **sursis** que le juge prononcerait **en règle générale** à l'exécution de l'interdiction de conduire (Art. 48 AP). La sanction ne serait dès lors pas perceptible et ne représenterait pour le justiciable qu'une menace d'une interdiction purement théorique. En outre, cette réglementation entraînerait des inégalités par rapport aux personnes qui ont commis une contravention et qui sont frappées de peines d'amende fermes⁵⁸.

3.4 La fixation de la peine (Art. 49 - 53 AP)

Les dispositions relatives à la fixation de la peine ont en principe été acceptées.

⁵⁵ BE; FDP; CVP; LdU; AFP; BSF; LPS; SAV; GP BE; OAF.

⁵⁶ UR; SZ; OW; NW; AI; NE; CVP; BSF; SKG; TCS; Caritas; GP BE.

⁵⁷ BE; GL; AR; AI; AG; TI; NE; ZG; SO; BFU; SKF; IKS; VSA; CCJP-SR; KAM.

⁵⁸ ZH; BE; LU; ZG; SO; BS; FDP; CVP; LPS; LdU; AFP; BSF; DJS; Neustart; SAV; BFU; SKF; SRV; TCS; CCJP-SR; KKPKS; KAM; OAF; VASZ; ZFZ.

Les critiques principales se réfèrent aux réglementations suivantes :

- l'article 49, alinéa 3 AP qui fait intervenir **la perception de la sanction par l'auteur comme critère séparé**. L'inscription de ce critère à l'alinéa 3 est superflue puisque l'article 49 alinéas 1 et 2 permet de tenir suffisamment compte de la situation personnelle de l'auteur et de prononcer une peine équitable⁵⁹.
- l'article 50, lettre d AP qui cite **le passé et l'origine étrangère comme circonstance atténuante**. Cette disposition entraînerait une inégalité de traitement injustifiée entre les Suisses et les étrangers. Le passé de l'auteur devrait être pris en compte au moment de l'appréciation de la culpabilité⁶⁰.
- l'article 50a AP qui prévoit, en cas de circonstance atténuante, la **réduction obligatoire de moitié du maximum de la peine prévue pour l'infraction** est refusé parce que la solution qu'il apporte est trop rigide⁶¹. La suppression de la distinction entre l'atténuation simple et l'atténuation libre (Art. 65 et 66 CP) est toutefois approuvée par une majorité⁶².
- **l'abolition de l'aggravation obligatoire de la peine dans les cas de récidive** selon l'article 67, alinéa 1 CP. Cette aggravation devrait être maintenue⁶³.

3. 5 L'exemption de peine (Art. 54 - 58 AP)

Les prises de position afférentes au chapitre sur l'exemption de peine formulent pour la plupart des appréciations essentiellement positives. Ces dispositions permettraient de faire face de façon adéquate à la petite délinquance⁶⁴.

Le **principe de l'opportunité** selon l'article 54 AP est approuvé par la majorité des participants⁶⁵ qui demandent que ce principe permettra de s'orienter vers une harmonisation des différentes réglementations cantonales. Toutefois, les milieux consultés demandent souvent que cette disposition soit formulée de façon à créer une prescription potestative et considèrent qu'il y a lieu de limiter éventuellement son application aux cas où les conséquences de l'acte sont de moindre importance

⁵⁹ ZH, BE, LU, NW, ZG, BL, SG, SKG, SAV, FDP, CVP, SVP, SPS, LdU, SPI, GP-BE, SVF, ZFZ.

⁶⁰ ZH, BE, BS, BL, AG, NW, GL, SO, VD, NE, SAV, CVP, SPS, SVP, LdU, SD, CNG, OAF, DJS, GP-BE, Neustart, APS, SKG, BSF, EKF, SKF, SVF, ZFZ.

⁶¹ ZH, BE, BI, LU, AG, OW, FR, SO, BL, SPS, SVP, CVP, LdU, SAV, SKG, SRV, BSF, Neustart, GP-BE, VASZ, SVF, ZFZ.

⁶² ZH, BE, BL, CVP, SVP, BSF, SAV, Caritas, GP-BE.

⁶³ ZH, AG, OW, SO, SG, GL, LU, SVP, SRV, OAF, SKG, KKPKS, GP-BE, BSF, SKF.

⁶⁴ LU, OW, FR, BS, VS, JU, SPS, KLA, CCDJP-SR, ATD, TCS, SPV.

⁶⁵ UR, AG, ZG, SO, M.S., Team 72, AFP, SPI, Neustart, SKF, Caritas, Uni-LS.

encore⁶⁶. Quelques participants sont en outre d'avis que cette disposition ne fait pas suffisamment cas des intérêt de la collectivité et du lésé⁶⁷. Quelques rares participants craignent que le principe de l'opportunité laisse libre cours à l'arbitraire et le rejettent parce qu'il créerait une brèche au principe de la maxime officielle⁶⁸.

De l'avis de nombreux participants, la réparation comme motif obligatoire d'exemption de peine prévue à l'article 55 AP va trop loin. Deux modification sont proposées :

- soit que le renoncement à punir soit laissé à la libre appréciation du juge⁶⁹,
- soit que la réparation ne puisse fonder tout au plus qu'un motif de circonstance atténuante⁷⁰.

D'autres milieux demandent à ce que la disposition soit biffée parce que privilégiant les délinquant fortunés; la réparation pourrait toutefois être appréciée lors de la fixation de la peine⁷¹.

En faisant valoir des arguments semblables, quelques participants rejettent l'article 56 AP qui prévoit que le juge ordonne une réparation à certaines conditions définies par la même disposition⁷².

3.6 Les mesures (Art. 59 - 69 AP)

Bon nombre de prises de positions en partie bien étoffées ont discuté du chapitre relatif aux mesures.

20 milieux l'approuvent dans l'ensemble en formulant quelques réserves à l'égard de certaines dispositions⁷³.

33 participants font état de quelques divergences d'opinions en se prononçant sur une ou deux dispositions et/ou rejettent en partie certaines réglementations⁷⁴.

10 organes consultés soit rejettent expressément le chapitre dans son ensemble⁷⁵ soit critiquent sévèrement ou désapprouvent plusieurs dispositions⁷⁶.

⁶⁶ BS, AG, CVP, LdU, SKG, GP-BE.

⁶⁷ ZH, BE, GL, BS, SVP, GP-BE.

⁶⁸ AI, NE, NW, KKPKS, BSF.

⁶⁹ BE, BL, SZ, CVP, LdU, SPS, SVP, SKG, GP-BE, TCS, DJS, EFS, ASP.

⁷⁰ LU, SZ, SG, AG, SVP, SAV, BFU, GP-BE, ZFZ.

⁷¹ ZH, LU, NW, AG, SAV, BSF, BFU, VASZ, ZFZ.

⁷² ZH, AG, NW, ZG, SKG, SAV, SVP, ZFZ, BSF.

⁷³ OW, FR, BS, AI, TI, CVP, SPS, SVP, DJS, EKF, KLA, SAV, SGF, SGP, SKG, Caritas, CNG, BSIF, ATD, SLFV.

⁷⁴ LU, BE, ZG, SO, UR, NW, GL, VD, LdU, SD, FSP, NEUSTART, SGSP, ASP, BSF, SKÖF, TEAM 72, GP-BE, KKPKS, SGB, SVF, VASZ, ZFZ, EFS, OAF, KSG, EKJ, SGV, SKF, SPV, UNI-LS.

Remarques générales:

Il est fait l'éloge du nouveau droit des mesures pour sa clarté et sa systématique⁷⁷.

Différentes prises de position font toutefois remarquer que pour les mesures, les problèmes résident moins dans la loi mais bien plus dans la pratique qui connaît une pénurie d'institutions appropriées (notamment pour les femmes) et de personnel qualifié en charge de personnes manquant le plus souvent de motivation⁷⁸.

Les notions de psychologie utilisées dans l'avant-projet sont considérées par certains comme non conformes aux schémas internationaux de classification⁷⁹. Quelques autres participants les jugent en outre si peu claires qu'il leur serait difficile de se déterminer pour l'une des mesures prévues aux articles 61, 67 ou 68 AP dans un cas d'espèce⁸⁰. La Société suisse de psychiatrie constate en revanche avec satisfaction que la commission d'experts a suivi ses propositions et qu'elle en a respecté le sens et le but, mis à part quelques modifications rédactionnelles.

Prises de position concernant certaines réglementations

Proportionnalité (Art. 59 AP):

L'inscription du principe de la proportionnalité est presque unanimement approuvée⁸¹.

Prononcé et exécution (Art. 60 AP)

- l'obligation pour le juge de s'appuyer sur le rapport d'un expert pour statuer sur une mesure au sens de l'article 60, alinéa 1 AP est très controversée⁸². Une partie des participants dont plusieurs cantons préférerait une solution plus flexible qui n'impose un rapport d'experts que dans la mesure nécessaire⁸³.
- la tendance de l'avant-projet à transférer aux autorités judiciaires la compétence de décision en matière d'exécution, en particulier la réglementation de l'article 60, alinéa 2 AP selon laquelle le juge doit examiner les possibilités d'exécution de la mesure et indiquer le cas échéant une institution déterminée est également discutée⁸⁴.

75 NE.

76 ZH, AG, JU, VS, CCDJP-SR, AFP, OSK, KPSN, SRV.

77 AI, TI, SPS, SVP, DJS, EKF, SAV, CNG.

78 LU, SPS, BSIF, DJS, EKF, CNG.

79 ZH, FSP.

80 ZH, SO, BS, SPS, AFP, KLA, Neustart, SKG, Team 72.

81 ZH, BE, LU, ZG, SO, AFP, DJS, SAV, OSK, ATD; avis contraires: BSF, GP-BE.

82 Appréciations positives: BL, SPS, BSF, KPSN, DJS, KLA, ATD, SAV, TEAM 72, Caritas.

83 ZH, BE, NW, GL, ZG, BS, LU, AI, NE, CVP, OSK, VASZ, SVF, ZFZ.

84 Appréciations positives: BL, CVP, SPS, FSP, AFP, BSF, DJS, KLA; Appréciations négatives: AG, ZG, SO, NE / KPSN, OSK.

- la réglementation de l'article 60, alinéa 3 AP relative à l'exécution anticipée d'une mesure est approuvée par une majorité⁸⁵. Quelques milieux demandent à ce qu'une réglementation analogue soit prévue pour l'exécution des peines⁸⁶. 3 participants estiment toutefois qu'une telle réglementation doit continuer à relever de la compétence des cantons⁸⁷.

Traitements institutionnels (Art. 61-63 AP)

La nouvelle réglementation relative au traitement institutionnel a suscité de nombreuses réserves:

- quelques cantons en particulier considèrent comme problématique de réglementer le traitement des alcooliques (Art. 62 AP) et le traitement des toxicomanes (Art. 63 AP) dans deux dispositions séparées dès lors que beaucoup de personnes n'appartiennent pas clairement à l'une ou à l'autre des catégories. Aussi, ils demandent à ce que les articles 62 et 63 AP soient réunis en une seule disposition⁸⁸ (et que l'article 64 AP relatif aux mesures applicables aux jeunes adultes soit intégré à cette dernière disposition⁸⁹) ou qu'ils figurent pour le moins sous le même titre marginal⁹⁰ ou que la durée maximale pour les deux types de traitement soit la même⁹¹.
- en outre, ils déplorent que la loi n'offre qu'un éventail limité d'institutions et se demandent s'il n'y a pas lieu de prévoir dans la loi soit des institutions différencierées qui puissent s'adapter au profil des individus⁹², soit des institutions constituées de plusieurs sections à même de faire exécuter les mesures prévues aux articles 62-64⁹³. De telles solutions pourraient répondre à une requête formulée par les cantons romands. En effet, ceux-ci refusent que la compétence d'ordonner d'autres mesures en cours d'exécution d'une mesure soit attribuée au juge comme le prévoit l'article 69 AP et demandent à ce qu'une certaine perméabilité soit assurée à l'intérieur même ou entre les institutions spécialisées⁹⁴.
- enfin, la réglementation selon laquelle un traitement institutionnel d'un alcoolique ne peut être ordonné si l'auteur est condamné à une peine privative de liberté de plus de cinq ans est rejetée par plusieurs participants à la consultation qui estiment qu'une telle restriction s'oppose au système⁹⁵.

⁸⁵ LU, BL, SO, SPS, AFP, KPSN, Team 72, Caritas.

⁸⁶ LU, BL, KPSN, Caritas.

⁸⁷ ZH, OSK, SKG.

⁸⁸ BE, ZG, SO, BL, AG, KPSN.

⁸⁹ BL.

⁹⁰ NW, Team 72.

⁹¹ ZH, UR, ZG, AG, KPSN, Team 72.

⁹² ZH.

⁹³ KLA.

⁹⁴ FR, VD, VS, CCDJP-SR.

⁹⁵ ZH, SPS, DJS, AFP, OSK, SAV; avis contraires: CVP, LdU, Neustart.

Les mesures applicables aux jeunes adultes (Art. 64 AP)

Les participants souhaitent au premier chef que la durée maximale de 3 ans fixée à la mesure applicable aux jeunes adultes soit prolongée à 4 ans comme dans le droit actuel de sorte que les jeunes adultes puissent mener à terme leur apprentissage durant leur séjour dans l'établissement⁹⁶.

Le traitement ambulatoire (Art. 67 AP)

Les milieux consultés déplorent avant tout le fait que les condamnés ne puissent plus bénéficier d'un traitement ambulatoire durant l'exécution de leur peine privative de liberté, comme cela est prévu dans le droit actuel⁹⁷. Ce défaut se ferait surtout ressentir pour les peines privatives de liberté de plus de trois ans⁹⁸. Cette nouvelle réglementation n'est expressément approuvée que par très peu de participants à la consultation⁹⁹.

L'internement (Art. 68 AP)

Bien que la nouvelle forme de l'internement ait généralement reçu un accueil favorable, d'importantes réserves ont été formulées :

- l'internement ne devrait pas être prononcé seulement à l'encontre des auteurs pénallement responsables et qui souffrent d'un sérieux trouble de la personnalité, mais aussi à l'encontre des personnes irresponsables et/ou à l'encontre des récidivistes impénitents¹⁰⁰.
- l'interné ne devrait pas pouvoir bénéficier des mêmes droits que le condamné à une peine privative de liberté. De même, il ne devrait également pas être tenu aux mêmes obligations. L'internement devrait au contraire être régi par des principes plus restrictifs qui sont propres à cette forme d'exécution¹⁰¹.
- la formulation de l'article 68, alinéa 4 AP selon laquelle l'auteur est libéré conditionnellement "dès que son état permet de mettre à l'épreuve sa conduite en liberté" a été très mal reçue. Pour tenir suffisamment compte de la protection de la société, la libération conditionnelle devrait se fonder sur un pronostic très favorable¹⁰² qui établirait sur la base d'une¹⁰³ ou de plusieurs expertises¹⁰⁴ que les chances de succès de la mise à l'épreuve sont maximales. S'agissant des autorités compétentes, le code pénal devrait également prévoir des conditions plus

⁹⁶ ZH, SPS, AFP, OSK, SKG, VASZ, SVF, ZFZ.

⁹⁷ ZH, LU, NW, AG, VD, LdU, AFP, SKG, GP-BE.

⁹⁸ UR, KLA.

⁹⁹ SPS, ATD, Neustart.

¹⁰⁰ ZH, LU, ZG, AG, TI, SPS, SVP, LdU, Neustart, OSK, SKG, GP-BE.

¹⁰¹ ZH, BE, LU, ZG, SO, SVP, OSK, GP-BE.

¹⁰² BE, LU, NW, ZG, SO, BS, AG, NE, LdU, KLA, KPSN, ZFZ, UNI-LS.

¹⁰³ BL.

¹⁰⁴ UNI-LS, cf. motion du CE Béguin allant dans ce sens.

strictes et des règles spéciales de procédure¹⁰⁵ assorties de prescriptions minimales¹⁰⁶.

La même réserve est formulée à l'encontre de l'article 65, alinéa 1 AP qui règle la libération conditionnelle d'une mesure ambulatoire¹⁰⁷.

3.7. Autres mesures (art. 70 - 75 AP)

Les prises de position relatives à ce chapitre se contentent presque exclusivement de commenter la suppression des peines accessoires et du cautionnement préventif du droit actuel (art. 51-57 CP).

L'abrogation des peines accessoires (sans l'expulsion) est expressément approuvée par une partie des participants à la consultation¹⁰⁸. Les opposants à la suppression souhaiteraient surtout maintenir les peines accessoires de l'incapacité d'exercer une charge ou une fonction (art. 51 CP) ou de l'interdiction d'exercer une profession (art. 54 CP)¹⁰⁹.

L'abrogation de la peine accessoire de l'expulsion (art. 55 CP) est expressément approuvée par une majorité¹¹⁰.

3.8. Exécution des peines et mesures privatives de liberté (art. 76 - 92 AP)

Exécution des peines privatives de liberté (art. 76 - 85 AP) et des mesures (art. 89 AP)

2 participants à la procédure de consultation approuvent expressément une grande partie des nouvelles dispositions.

26 participants ne formulent que des réserves ponctuelles et 21 font des réserves plus importantes.

14 participants rejettent l'ensemble des dispositions proposées relatives à l'exécution.

¹⁰⁵ OAF.

¹⁰⁶ M.S..

¹⁰⁷ NW, ZG, SO, AG, CVP.

¹⁰⁸ ZH, GL, SO, AG, SVP, Caritas, OAF.

¹⁰⁹ LU, SZ, BS, BL, CVP, LPS, SKG

¹¹⁰ Positifs: LU, SO, AR, AI, SG, AG, VD, GR, FDP, Caritas, OAF; positifs avec réserve: Neustart, SKG, Com-VD, SVF / Négatifs: ZH, SZ, GL, BS, SVP, LPS, LdU.

Les critiques d'ordre général sont les suivantes:

- Le domaine de l'exécution des peines ne devrait contenir qu'un minimum de dispositions fédérales, du moins pas plus que dans le droit actuel. Les réglementations de détail devraient en principe être confiées aux concordats et aux cantons¹¹¹.
- L'avant-projet accorderait une trop grande importance aux droits des détenus par rapport à leurs devoirs¹¹².
- L'avant-projet ne tiendrait pas suffisamment compte de la réalité pénitentiaire, notamment de la diversité de la population carcérale (grands criminels, étrangers)¹¹³.
- Les dispositions relatives à l'exécution ne feraient pas suffisamment cas des besoins spécifiques des femmes¹¹⁴.

Considérées isolément, ce sont essentiellement les dispositions suivantes qui font l'objet de critiques:

Exécution des peines privatives de liberté (art. 76 AP)

La loi devrait définir le **but de l'exécution** et, ce faisant, pondérer les divers intérêts en présence tels que resocialisation, dissuasion, sécurité et ordre dans l'établissement, sécurité publique¹¹⁵. Le principe de l'article 76, 2e alinéa AP selon lequel l'exécution de la peine est organisée de façon à correspondre, autant que possible, aux conditions ordinaires de la vie créerait en tout cas pour les détenus des prétentions auxquelles les autorités d'exécution ne peuvent répondre¹¹⁶. On reproche également à l'article 76, 4e alinéa AP- sur la prise en considération des préoccupations spécifiques des détenus, en raison de leur sexe - son caractère imprécis et insuffisant¹¹⁷.

Etablissements (art. 77 AP)

La suppression de la distinction entre les établissements pour délinquants primaires et ceux pour récidivistes est approuvée¹¹⁸. L'exécution en règle générale dans un établissement ouvert est en revanche critiquée¹¹⁹. En outre, l'article 77, 3e alinéa

¹¹¹ De manière générale: ZH, FR, SH, AR, AI, SG, LU, KKJPD. Par rapport à des articles précis: cf. la critique relative aux articles 77, 83, 84, 92 AP.

¹¹² BE, AG, KPSN, OSK, KLA, KKJPD, SAV, SRV.

¹¹³ BE, NE, LU, AG, VD, SD, SAS, OAF, VCHP.

¹¹⁴ ZG, BL, EKF, KSG, SPS

¹¹⁵ LU, SW, SO, ZH, VD, AG, TI, SPS, KPSN, OSK, KLA, Team 72, SRV, SGB, VCHP.

¹¹⁶ BE, SW, AG, LdU, KPSN, SRV.

¹¹⁷ ZH, AG, ZG, BL, SPS, DJS, OSK, KLA, EKF, SGF, SKÖF, OAF, SKF, Com-VD, KSG.

¹¹⁸ LU, ZG, SPS, DJS, Neustart.

¹¹⁹ BE, LU, GL, ZG, ZH, BS, AG, VD, CVP, SVP, LdU, SD, BSF, KKJPD, OSK, KLA, KPSN, SGF, GP-BE, KKPKS, VCHP.

AP n'offrirait pas de solutions suffisamment flexibles et ne respecterait pas assez le principe de la souveraineté des cantons en cette matière¹²⁰.

Rémunération (art. 83 AP)

La réaction de la plupart des cantons, ainsi que de nombreuses organisations, va du scepticisme au rejet le plus total:

D'une part, cette disposition empièterait par trop sur les compétences des cantons¹²¹ et elle impliquerait de lourdes charges financières pour ces derniers¹²². D'autre part, elle passerait sous silence le problème particulier de la rémunération des détenus étrangers¹²³. Plusieurs participants à la consultation sont également d'avis que l'interdiction sans réserve de toute exécution forcée de la rémunération va trop loin¹²⁴.

Il est finalement objecté que, par cette disposition, l'effet dissuasif des peines perdrat toute portée¹²⁵.

Relations avec le monde extérieur (art. 84 AP)

Dans cette disposition, les congés devraient être limités de telle manière qu'ils ne contreviennent pas aux principes de l'exécution des peines privatives de liberté et qu'ils tiennent suffisamment compte des impératifs de la sécurité publique; en outre, on ne devrait pouvoir tirer de l'article 84 un droit au congé susceptible de faire l'objet d'un contentieux¹²⁶. Certains participants à la consultation s'insurgent contre une réglementation trop restrictive des contacts avec les avocats¹²⁷, qui constituerait une immixtion dans la sphère de compétence des cantons¹²⁸. Il est également demandé que les visites des enfants des détenus soient favorisées¹²⁹.

Exécution des mesures (art. 89 AP)

Les rares participants qui se sont exprimés sur ce point relèvent surtout deux aspects: D'une part, on déplore l'absence d'une disposition générale sur le traitement forcé¹³⁰. D'autre part, trois participants sont d'avis qu'il y aurait en principe lieu de maintenir l'obligation de travailler tant pour les mesures à l'intention des jeunes adultes que pour les mesures institutionnelles¹³¹.

¹²⁰ BE, GL, ZH, FR, BS, TI, SPS, DJS, EKF, AFP, BSF, Neustart, Team 72, KSG, KLA, KPSN.

¹²¹ ZH, BE, LU, ZG, BS, AG, KKJPD, KLA.

¹²² VD, NW, SO, TG, TI, VS, JU, NE, CCDJP-SR, KPSN, VCHP.

¹²³ ZH, GL, LU, AG, GR, SD, KLA, KPSN, OSK.

¹²⁴ GL, UR, NW, SO, AG, TG, VD, VS, CCDJP-SR, CVP, SAV, SKG, Neustart, GP-BE.

¹²⁵ SO, TG, SRV, ZFZ, VASZ, GP-BE.

¹²⁶ ZH, BL, BE, SW, GL, ZG, GR, AG, TI, SVP, SD, WR, OAF, KLA, OSK, APS, GP-BE.

¹²⁷ DJS, SAV, ASP.

¹²⁸ ZH, LU, ZG, GR, KLA.

¹²⁹ SPS, EKF, SLFV, KSG, SGB.

¹³⁰ SPS, AFP, DJS, SAV.

¹³¹ ZH, LU, OSK.

Libération conditionnelle (art. 86 - 88 AP)

Divers aspects de la nouvelle réglementation relative à la libération conditionnelle sont fort contestés:

3 participants souscrivent à la réglementation proposée à l'article 86 AP. 16 participants formulent des réserves plus ou moins importantes en ce qui concerne l'une ou l'autre des dispositions.

21 participants s'opposent à la plupart des solutions proposées aux articles 86 à 88a.

La réglementation relative à l'octroi de la libération conditionnelle selon l'article 86 AP est plus particulièrement critiquée:

De nombreux participants s'opposent à la possibilité d'être libéré conditionnellement à titre exceptionnel déjà au terme de la moitié de la peine; ils estiment généralement qu'elle multiplierait les recours et créerait des inégalités de traitement¹³². Il ne serait pas non plus concevable que les détenus condamnés à vie puissent, même exceptionnellement, bénéficier d'une libération anticipée après dix ans¹³³. Un grand nombre de participants sont en outre d'avis que le comportement en prison, outre le pronostic, est un élément important pour fonder la décision de la libération anticipée, auquel l'on ne peut renoncer¹³⁴. Il conviendrait par ailleurs d'associer l'assistance de probation ou un office neutre à la procédure de décision de la libération conditionnelle¹³⁵.

Décisions et recours (art. 92 AP)

Les prises de position relatives à l'article 92 sont nombreuses. 3 d'entre elles se prononcent plutôt en faveur de cet article¹³⁶, 4 n'adhèrent pas pleinement aux solutions préconisées par cette disposition¹³⁷ et 17 s'y déclarent opposés¹³⁸.

Les objections principales sont les suivantes:

La disposition tendrait à compliquer et à ralentir le système de fonctionnement de l'exécution des peines et mesures¹³⁹. Elles augmenteraient les charges financières des cantons¹⁴⁰, multiplieraient les procédures et engorgeraient les tribunaux¹⁴¹. L'article 92

132 ZH, BE, LU, NW, SO, BS, AG, KPSN, SVP, BSF, KKJPD, KLA, OSK, SKF, UNI-LS, GP-BE, VASZ, SVF, ZFZ.

133 NE, SVP, APS, SRV, GP-BE.

134 ZH, SO, BS, VD, AG, NE, KPSN, KLA, OSK, SGF, OAF.

135 ZG, UR, NW, Neustart, SPS, DJS, ASP.

136 ATD, SAV, Com-VD.

137 BGer, JU, SPS, DJS.

138 LU, ZG, GL, ZH, SO, BS, AG, TI, VD, VS, LdU, KPSN, AFP, KKJPD, KLA, OSK, SKG, CCDJP-SR.

139 TI, VD, VS, CCDJP-SR, AFP, KKJPD.

140 VD, GL, VS, JU, CCDJP-SR.

141 GL, TI, VD, VS, JU, CCDJP-SR, OSK.

serait confus et incomplet¹⁴². Il ne respecterait pas la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons définie à l'article 64bis Cst.¹⁴³.

3.9. La prescription (art. 93 - 99 AP)

Les dispositions sur la prescription n'ont généralement fait l'objet que de prises de position ponctuelles. La réglementation de la prescription de l'action pénale des articles 93, lettre a et 95, 2e alinéa AP est la seule à avoir fait l'objet d'un nombre important de prises de position.

De nombreuses critiques reprochent à l'article 93 de permettre désormais après 10 ans la prescription des délits passibles de peines privatives de liberté à vie, au lieu de 20 ans, comme c'est le cas actuellement¹⁴⁴.

Les critiques émises font état de la crainte que l'article 95, 2e alinéa AP, en vertu duquel la prescription n'est pas suspendue pendant la durée d'une procédure de recours, n'incite à utiliser abusivement des voies de droit dans le seul but de provoquer la survenance de la prescription durant la procédure¹⁴⁵.

Il serait dès lors opportun de limiter à la procédure des recours ordinaires les cas où la prescription continue de courir. Certains¹⁴⁶ requièrent même que la prescription absolue ne soit plus possible après le prononcé du jugement de première instance, même si ce jugement devait être annulé. On déplore également que la relation entre la prescription de l'action pénale et la suspension de la prescription ne soit pas claire.

Le fait de porter la prescription absolue au double de la prescription relative de l'action pénale est expressément saluée par certains¹⁴⁷. Des objections concrètes n'ont pas été formulées.

¹⁴² BS, TF, SPS, AFP, DJS, KLA, KPSN, OSK.

¹⁴³ ZH, GL, ZG, SO, BS, AG, VD, VS, CCDJP-SR, LdU, KKJPD, KLA, KPSN, OSK, SKG.

¹⁴⁴ ZH, BE, GL, BL, BS, AG, VD, SPS, SVP, SD, BSF, SRV, GP-BE, KKPKS, OAF, VASZ, ZFZ.

¹⁴⁵ ZH, BE, ZG, SG TG, CVP, SPS, BSF, DJS, SKF, GP-BE, ZFZ.

¹⁴⁶ M.S, SPS

¹⁴⁷ BE, UR, NE, et OAF

3.10. La responsabilité de l'entreprise (art. 101 - 103 AP)

La SPS et la DJS signalent l'absence de dispositions sur la responsabilité pénale de la personne morale. La SKF craint que la punition de l'entreprise elle-même, en lieu et place des responsables, n'enraîne la disparition d'entreprises et donc d'emplois. UNILS serait favorable à une extension de la responsabilité de l'entreprise à la presse.

3.11 Contraventions (art. 104 - 110 AP)

Seul un petit nombre de participants à la consultation ont pris position sur ces dispositions, le plus souvent sur les points suivants:

Notion (art. 104 AP)

4 participants regrettent que l'on ait renoncé à la peine privative de liberté et que seules des amendes puissent être prononcées en vertu de l'article 104 AP en cas de contraventions¹⁴⁸. La limitation à l'amende traditionnelle (sans application du système des jours - amendes) n'est pas contestée, voire même expressément approuvée par 3 participants¹⁴⁹.

Amende (art. 107)

Certains cantons notamment estiment que la limite supérieure de l'amende fixé à Fr. 10'000.- est trop basse; il exigent une hausse à Fr. 50'000.-¹⁵⁰.

Condamnation conditionnelle (art. 109, 1er al. AP)

Trois cantons¹⁵¹ estiment peu convaincant de ne pas prévoir de condamnation conditionnelle pour les contraventions , contrairement aux autres infractions; cela pourrait en effet impliquer des conséquences plus sévères pour une infraction insignifiante que pour une infraction grave.

148 SZ, AG, VD, GP-BE.

149 UR, BE, CVP.

150 BE, GL, BS, SO, TG, KKPKS.

151 BE, NW et VD.

3.12 Troisième livre: Entrée en vigueur et application du code pénal

La commission d'experts a également procédé à la révision des dispositions du troisième livre qui se trouvaient en relation directe avec le droit des sanctions. Outre de nombreuses dispositions éparses, le casier judiciaire (art. 359-364 CP) et les dispositions sur les établissements d'exécution cantonaux (art. 382-393 CP) en particulier ont subi un remaniement complet.

Casier judiciaire (art. 359 - 364 AP)

Autorités (art. 359 AP)

L'article 359 AP signifie la **suppression des casiers judiciaires cantonaux**, étant donné qu'il ne prévoit plus qu'un casier tenu par le Bureau central suisse de police. Cette innovation est accueillie très positivement surtout par tous les cantons qui s'expriment sur ce point¹⁵². Certains¹⁵³ seraient favorables à une entrée en vigueur immédiate de cette nouvelle réglementation.

Inscriptions (art. 360 AP)

Cet article est plus fortement contesté. Certains requièrent l'inscription non seulement des condamnations prononcées en raison d'un crime ou d'un délit - ainsi qu'il est prévu dans l'AP- mais aussi de celles prononcées en raison d'une **contravention**¹⁵⁴. Il a également été proposé de renoncer à toute inscription de mineurs¹⁵⁵ ou de limiter très fortement ces inscriptions¹⁵⁶. Finalement, la délimitation par rapport au Registre des mesures administratives dans la circulation routière (ADMAS) ne serait pas claire¹⁵⁷.

Elimination de l'inscription (art. 362 AP)

Une autre innovation décisive concerne l'élimination des inscriptions selon l'article 362 AP. Après expiration d'une durée déterminée, les inscriptions ne doivent pas seulement , comme actuellement, être "radiées" (c'est-à-dire tracées) mais "éliminées" d'office (c'est-à-dire qu'elles ne subsistent plus physiquement). Les réactions par rapport à cette nouvelle réglementation sont contradictoires¹⁵⁸. Certains¹⁵⁹ se demandent si le conflit entre l'intérêt étatique à un certain contrôle et la prétention du condamné à ne pas continuer à subir des discriminations, une fois sa peine subie ou remise, serait réglé de manière satisfaisante. L'élimination de l'inscription ne laisserait

¹⁵² ZG, FR, SO, BL, AR, AI, VD, VS, NE, JU, SAV, KPSN, CCDJP-SR.

¹⁵³ FR, BL, VD, VS, KPSN, CCDJP-SR.

¹⁵⁴ ZH, ZG, CVP, LDU; la réglementation de l'AP est approuvée par le canton NE.

¹⁵⁵ SKÖF.

¹⁵⁶ Le canton de BE requiert de n'inscrire , que les condamnations à des peines privatives de liberté de plus de 3 mois prononcées à l'encontre de mineurs qui ont atteint l'âge de 16 ans.

¹⁵⁷ ZG, FRS, ACS, TCS; dans le même sens, également NE, SAV, VCS.

¹⁵⁸ Expressément favorables JU, SAV, ATD; approuvent généralement les modifications des dispositions relatives au casier judiciaire: ZG, FR, VD, VS, CCJDP.

¹⁵⁹ AG, TG, NE, CVP, KKPKS, SKG.

plus apprécier de façon complète les antécédents du délinquant. L'AFP estime indispensable de maintenir comme base pour des recherches scientifiques une banque de données sans indications de noms.

Inscription relative à une condamnation conditionnelle (art. 362 al.2 AP)

De nombreux participants rejettent l'article 362, 2e alinéa AP, selon lequel les inscriptions relatives à une condamnation conditionnelle doivent être éliminées déjà deux ans après l'échéance du délai d'épreuve¹⁶⁰. Ce délai serait beaucoup trop court; un délinquant pourrait ainsi à nouveau être condamné conditionnellement déjà quatre ans après la première condamnation conditionnelle. Il est proposé que le délai soit porté de 4 à 10 ans, ou bien de se contenter de "radier" l'inscription relative à une condamnation conditionnelle et non de l'éliminer.

Extraits du casier (art. 363 AP)

La nouveauté contenue à l'article 363 AP, selon lequel les particuliers n'ont plus que le droit de prendre connaissance des données qui les concernent et n'ont plus le droit d'obtenir un extrait, est rejetée par un grand nombre¹⁶¹. D'une part, il y aurait, dans les professions à responsabilités particulières, un intérêt de l'employeur à connaître d'éventuelles condamnations antérieures. De plus, cette réglementation serait contraire à la nouvelle loi sur la protection des données, en vertu de laquelle toute personne inscrite a droit à un extrait des inscriptions qui la concernent, sous forme de copie .

Frais (art. 368 AP)

Une partie des cantons s'opposent à cet article¹⁶². Après la dénonciation du concordat relatif aux frais d'exécution, on ne verrait pas la nécessité de réintroduire des décomptes compliqués entre canton de jugement et canton de domicile. Le cas échéant, les frais d'exécution d'une peine privative de liberté devraient être partagés par moitié entre canton de jugement et de domicile. De plus, il y aurait lieu de régler de la même manière les frais d'exécution des peines et des mesures. Un grand nombre de participants demande qu'au moins une partie des frais d'exécution puisse être mise à la charge du condamné¹⁶³ - comme dans le droit actuel-, particulièrement en cas de semi-liberté ou de semi-détention.

Assistance de probation (art. 379 AP)

On retiendra tout particulièrement deux voeux de modification:

Quelques participants¹⁶⁴ proposent que la prise en charge du condamné à son lieu de résidence incombe au canton du jugement et non au canton de domicile, comme proposé à l'article 379 AP.

¹⁶⁰ ZH, UR, GL, BS, AG, TG, ZG, AFP, KKPKS, SKG, SKF, TCS, GP-BE.

¹⁶¹ SO, AG, NE, CVP, SPS, SVP, LDU, BSF, LFSA, SAV, BANKIER, SGV, SHIV, GP-BE; ZH demande que des extraits soient obtenus sur les témoins et les personnes entendues à titre de renseignement. La nouvelle réglementation est saluée par JU, OAF, SGG, ATD.

¹⁶² ZH, BE, LU, SZ, SO, BL, AG, VS.

¹⁶³ ZH, BE, SZ, ZG, SO, BS, BL, AG, VS, CVP, LDU, CCDJP-SR, BSF, KKJPD, KLA, KKPSN, OSK, GP-BE, VASZ, SVF, ZFZ. La nouvelle réglementation est approuvée par JU, OAF.

¹⁶⁴ ZH, BE, LU, ZG, KKPSN.

De plus, l'assistance de probation devrait être réglée de manière plus contraignante; les devoirs et les buts devraient être réglés de manière plus complète dans la loi¹⁶⁵. Le principe de la prise en charge de bout en bout (pour les phases de la détention préventive, de l'exécution de la peine ou de la mesure, ainsi que le délai d'épreuve) devrait être repris de manière obligatoire dans la loi¹⁶⁶.

Etablissements privés (art. 384 AP)

Très peu de participants à la consultation se prononcent sur la question de la privatisation des établissements d'exécution des peines et mesures.

Quelques-uns¹⁶⁷ préconisent l'absence de toute restriction dans la loi et s'opposent donc à l'article 384 dans la forme proposée. Le canton de BS serait favorable à ce qu'il soit au moins fait mention dans la loi de la possibilité d'exploiter à titre d'essai des établissements pénitentiaires privés. La SAV tend également à admettre des établissements privés pour d'autres formes d'exécution.

En revanche, le canton de NE et la VCHP s'opposent expressément à une privatisation dans le domaine de l'exécution de peines.

165 ZH, AR, LU, ASP, CARITAS.

166 ZH, LU, NW, ZG, SO, ASP.

167 ZH, AG, OSK

4. Loi fédérale régissant la condition pénale des mineurs

4.1. Considérations d'ordre général quant à l'avant-projet

L'AP relatif au droit pénal des mineurs a été très bien accueilli.

51 participants à la procédure de consultation déclarent approuver les grandes lignes de l'avant-projet.

9 sont en principe opposés à l'AP.

S'agissant du droit pénal des mineurs, on trouve généralement les voix expressément favorables dans les considérations d'ordre général. Lorsqu'ils s'expriment sur les articles pris isolément, les participants à la consultation se contentent en principe de critiquer.

Parmi les partisans, on compte surtout la plupart des cantons¹⁶⁸, mais aussi un grand nombre d'organisations spécialisées. Ces dernières reconnaissent que le projet est le fait d'experts en la matière et qu'il réalise des propositions de réforme issues de la pratique.

Ont surtout bénéficié d'un accueil favorable:

- La réglementation du droit pénal des mineurs dans une loi séparée. Elle présenterait l'avantage de la clarté et tiendrait compte des préoccupations spécifiques des mineurs¹⁶⁹.
- La définition des buts et orientations de la loi, à l'article 1 AP¹⁷⁰.
- L'extension du catalogue des sanctions est ressentie très positivement. On ne peut escompter d'effets positifs d'une peine que si elle a été judicieusement choisie.
- Le fait de s'écartier du monisme et d'accorder la priorité à la mesure¹⁷¹.

¹⁶⁸ Hormis GR, TG, VD et VS.

¹⁶⁹ ZH; BE; LU; OW; NW; GL; ZG; FR; SO; BS; SH; FDP; CVP; SPS; SVP; BSF; CNG; DEI; DJS; EKF; EKJ; EFS; SAV; SGSP; SKF; SKÖF; Pro Juventute; JBS; KSG; SGG; VASZ; ZFZ.

¹⁷⁰ BE; LU; NW; ZG; SG; SPS; BSF; DEI; EKF; SAH; SKJP.

¹⁷¹ ZH; BE; LU; OW; SG; FSP; SKÖF; PRO JU; SVE; SVJ; JHP; VASZ; ZFZ.

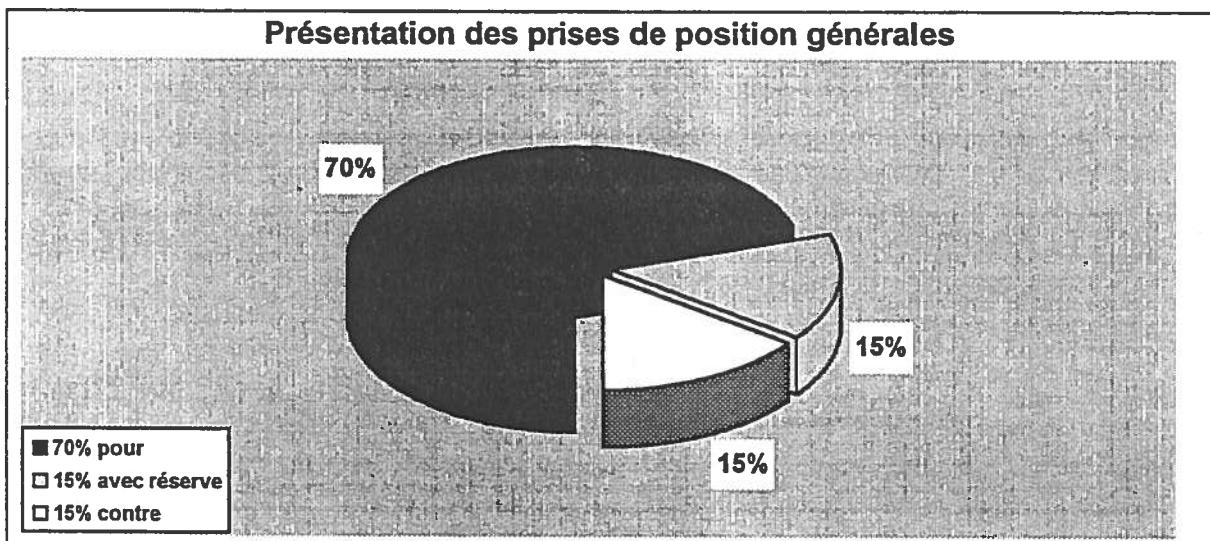
Les points suivants sont cependant également critiqués par les partisans:

- On ne tient pas suffisamment compte des préoccupations spécifiques des femmes / filles¹⁷².
- L'élévation à 12 ans de l'âge auquel le droit pénal des mineurs s'applique; l'âge de 10 ans serait approprié (voir art.2, ch.1er).

Les opposants estiment que l'on ne doit pas affaiblir le droit pénal des mineurs en en faisant une loi sur l'aide aux mineurs¹⁷³. La dénomination "Jugendstrafrechtspflege" masquerait le caractère pénal et violerait en outre la souveraineté cantonale en cette matière.

Le droit actuel aurait fait ses preuves, raison pour laquelle il n'y aurait pas lieu de procéder à une révision¹⁷⁴.

L'article premier - qui énumère les principes - commencerait déjà par ne tenir compte que des préoccupations spécifiques de l'auteur; la protection de la société à l'égard de la délinquance juvénile croissante ne serait pas garantie¹⁷⁵.



¹⁷² SPS; BSF; EFS; FSP; LIWJ; SGB; SKÖF; Com-VD; KSG.

¹⁷³ VD; VS; SVJ.

¹⁷⁴ TG; VD; VS.

¹⁷⁵ VD; TG; SGV; SHIV.

4.2 Principes généraux et champ d'application(art. 1 - 5 AP)

Conditions personnelles (art. 2, ch.1er AP)

Un point central est la fixation de l'âge auquel le droit pénal s'applique. 49 participants s'expriment sur ce point:

- 3 se prononcent pour le maintien à 7 ans¹⁷⁶;
- 22 pour l'élévation à 12 ans au minimum¹⁷⁷ et
- 24 pour une solution de compromis à 10 ans environ¹⁷⁸.

4.3 L'instruction (art. 6 - 9 AP)

Ce sont essentiellement les dispositions des articles 7 et 8 qui font l'objet de critiques.

Détention avant jugement (art.7 AP)

21 participants approuvent au moins les principes¹⁷⁹. La grande majorité relève cependant que, faute d'institutions spécialisées, le placement dans un établissement spécifique après 7 jours de détention déjà n'est pas possible. Le transfert dans une institution éloignée de l'autorité d'instruction prolongerait inutilement la procédure d'instruction¹⁸⁰.

7 participants rejettent la disposition telle que proposée¹⁸¹. Elle ne tiendrait pas compte de l'autonomie des cantons dans ce domaine¹⁸².

Classement de l'affaire (art. 8 AP)

20 participants rejettent largement cette disposition¹⁸³. L'un des motifs invoqués est que cet article ne tiendrait aucunement compte des intérêts de la victime¹⁸⁴. Par ailleurs, cette disposition irait trop loin et serait imprécise¹⁸⁵.

7 approuvent au moins le principe sous-tendant l'article 8 AP¹⁸⁶.

¹⁷⁶ SH; LPS; SHIV.

¹⁷⁷ BE; TI; NE; JU; CVP; SPS; DEI; Pro Juventute; DJS; EKF; EKJ; EFS; SPI; ATD; SAV; SAH; SKJP; Com-VD; JBS; SGG; VASZ; ZFZ.

¹⁷⁸ ZH; LU; NW; GL; ZG; SO; BS; SG; AG; TG; VD; FDP; SVP; LdU; BSF; CNG; CRDIE; LIWJ; SAJV; SKF; SKÖF; SVJ; JHP; KKPKS.

¹⁷⁹ ZH; BE; LU; NE; ZG; BS; SPS; LPS; BSF; EKJ; SAH; SKF; SVJ; FAGU; VASZ; ZFZ; Pro Juventute; EKF; Com-VD; DEI; SGG.

¹⁸⁰ ZH; BE; LU; NE; ZG; BS; SPS; LPS; BSF; EKJ; SAH; SKF; SVJ; FAGU; VASZ; ZFZ.

¹⁸¹ FR; TG; AG; VS; JU; CVP, SAV.

¹⁸² FR; TG; AG; JU; CVP.

¹⁸³ ZH; LU; BE; SO; BS; AG; TG; TI; CVP; SPS; LIWJ; BSF; EKJ; SKF; SVJ; Com-VD; SPV; ZFZ; entièrement: JU et LdU.

¹⁸⁴ BE; SO; BS; AG; TG.

¹⁸⁵ ZH; LU; TI; CVP; SPS; LIWJ; BSF; EKJ; SKF; SVJ; Com-VD; SPV; ZFZ.

¹⁸⁶ SG; VD; FDP; CRDIE; SKÖF; SVE; JHP.

4.4 Mesures protectrices (art. 10 - 18 AP)

31 participants y sont plutôt favorables, 19 s'y opposent plutôt. Il est frappant de constater que l'attitude plutôt négative est presque exclusivement le fait des cantons. Les organisations sont plutôt favorables, même si c'est généralement sous réserve de certaines modifications dans les divers articles.

Surveillance (art. 11 AP):

Compte tenu de ses 10 partisans et de ses 12 adversaires, cette mesure est très contestée.

Les partisans saluent l'influence concrète sur les parents¹⁸⁷. Les opposants la considèrent comme superflue et difficile à délimiter par rapport à l'assistance (art. 12 AP)¹⁸⁸.

Traitemen ambulatoire (art. 13 AP)

13 participants proposent de modifier la formulation "s'il souffre d'alcoolisme ou de toxicomanie". Une extension à d'autres produits engendrant une dépendance devrait être possible¹⁸⁹.

Placement (art. 14 AP)

La majorité adhère à cette mesure, tout en demandant qu'elle soit aménagée de façon plus flexible. Il y aurait surtout lieu de renoncer à l'expertise obligatoire préliminaire car cela empêcherait des interventions urgentes¹⁹⁰.

Exécution des mesures (art. 15 AP)

13 participants s'opposent surtout aux chiffres 4 et 5.

Le délai de 5 jours serait trop court¹⁹¹ (ch. 4); de plus, la limite d'âge fixée au chiffre 5 devrait être inférieure à 18 ans¹⁹².

Fin des mesures (art. 17 AP)

16 participants critiquent le chiffre 2. Si l'assistance n'est plus possible qu'avec l'accord des intéressés dès l'âge de la majorité, ceux qui en auraient le plus grand besoin ne pourraient plus être pris en charge, s'ils refusent leur accord¹⁹³.

Collaboration entre autorités civiles et pénales des mineurs (art. 18 AP)

Cette collaboration est généralement saluée (18 partisans et 4 opposants); on reproche cependant à l'article 18 sa formulation malheureuse et compliquée¹⁹⁴.

¹⁸⁷ BS; LIWJ; BSF; FSP; ATD; SAV; SKJP; FAGU.

¹⁸⁸ ZH; BE; SG; CVP; SGG; SVE; SVJ.

¹⁸⁹ ZH; LU; NW; SG; CVP; LIWJ; SAH; SKÖF; SVE; SKJP; Com-VD; FAGU; JHP.

¹⁹⁰ BE; LU; NW; SG; CVP; LIWJ; SAH; SKÖF; SVE; SKJP; Com-VD; FAGU; JHP.

¹⁹¹ BE; NW; BS; LU; SG; AG; VD; NE; CVP; SVJ; SKJP.

¹⁹² ZH; BE; LU; NW; NW; FR; SG; AG; VD; VS; NE; JU; CVP; SVJ; SKJP; JHP.

¹⁹³ ZH; BE; LU; NW; SO; SG; AG; TG; CVP; SPS; LIWJ; SVE; SVJ; SKJP; JHP; SGG.

¹⁹⁴ VD; EKJ; JU; SPS; LPS; EKJ; SAJV; SVE.

4.5 Sanctions (art. 19 - 31 AP)

61 participants à la procédure de consultation ont pris position sur ces dispositions. Bien que les cantons fassent en partie valoir d'importantes réserves, ils ne s'opposent cependant pas à l'ensemble de la nouvelle réglementation des sanctions. Les partis et organisations intéressées sont généralement plus favorables aux propositions de la commission d'experts, dans la mesure où ils approuvent généralement diverses dispositions (art. 19, 20, 21, 23, 24, 30 AP; la privation de liberté au sens de l'article 26 AP constitue une exception).

En général (art. 19 AP)

La nouveauté contenue à l'article 19 AP, en vertu duquel le prononcé d'une sanction presuppose également en droit pénal des mineurs que le mineur ait agi de manière coupable, recueille une approbation expresse, surtout de la part des partis et des organisations¹⁹⁵.

Ajournement de la décision (art. 21 AP)

Cette réglementation est contestée. La majorité des 5 cantons et 3 partis, qui s'expriment sur cet article, s'y opposent pour le motif qu'il serait superflu¹⁹⁶. Les buts poursuivis pourraient également être atteints par le sursis à l'exécution de la peine.

Diverses organisations souscrivent cependant expressément à cette disposition¹⁹⁷.

Prestations personnelles (art. 23 AP)

Le principe de cette réglementation est généralement approuvé¹⁹⁸. La possibilité de convertir une prestation non effectuée notamment en une privation de liberté assortie du sursis (art. 23, ch.3, al.2 AP) rencontre cependant une certaine opposition¹⁹⁹.

Interdiction de conduire (art. 24 AP)

L'introduction de l'interdiction de conduire comme nouvelle sanction dans le droit pénal des mineurs est saluée par une majorité²⁰⁰.

Amende (art. 25 AP)

Un grand nombre de réserves différentes sont formulées sur des points de détail. Plusieurs participants considèrent surtout que la possibilité de convertir une amende non payée en une privation de liberté avec sursis n'est pas appropriée²⁰¹.

¹⁹⁵ ZH, VD, SPS, LPS, DJS, EKJ, SAV, SAJV, SVJ, JBS, ATD.

¹⁹⁶ ZH, SG, LU, FR, VS, LPS, CVP; positifs: SPS.

¹⁹⁷ SVF, SKF, CRDIE, VASZ, ZFZ.

¹⁹⁸ VD, JU, SPS, LPS, SAJV, CRDIE, EKJ, SPI, SAH, SKF, SKJP, JBS, KSG.

¹⁹⁹ ZH, BE, FR, SO, SG, AG, VS, SVJ.

²⁰⁰ Expressément positifs: ZH, JU, LPS, SAV, SAJV, SGG, SPI, SKF, SKJP, JBS / expressément négatif: FRS.

²⁰¹ ZH, BE, FR, SO, SVJ.

Privation de liberté (art. 26 AP)

Sous la forme proposée, cette nouveauté suscite généralement une certaine opposition, surtout auprès des organisations intéressées et pour les raisons les plus diverses²⁰².

L'augmentation de la durée de la privation de liberté d'un an - dans le droit en vigueur- à quatre ans au maximum pour les délits graves énumérés dans l'AP est très contestée:

- 14 participants approuvent l'augmentation proposée à quatre ans²⁰³.
- 6 la rejettent comme étant trop élevée; il estiment une durée maximale de trois ans²⁰⁴, de deux ans²⁰⁵ ou d'une année²⁰⁶ comme suffisante.
- 3 participants estiment que la nouvelle durée maximale est insuffisante et demandent une augmentation à 8²⁰⁷, au moins 8²⁰⁸ ou au moins 10 ans²⁰⁹.
- 7 participants s'opposent d'une manière générale à la nouvelle réglementation de la privation de liberté car elle contreviendrait au principe de l'article 1er AP, en vertu duquel il y lieu d'accorder une importance prépondérante à l'éducation du mineur²¹⁰, et car elle serait en contradiction avec la suppression des courtes peines privatives de liberté dans le droit des adultes²¹¹.

Divers participants relèvent que la manière d'exécuter la privation de liberté ne ressortirait pas clairement de l'AP²¹². L'article 26, chiffres 5 et 6 AP poserait des exigences quant à l'exécution de la privation de liberté, qui ne sont envisageables que dans le cadre de l'exécution des mesures. Les établissements d'exécution prévus dans l'AP seraient, d'une part, identiques aux maisons d'éducation existantes (mesures selon l'article 93ter CP), alors que, d'autre part, les peines privatives de liberté ne pourraient justement pas être exécutées dans une maison d'éducation.

Libération conditionnelle (art. 27 AP)

La durée minimale d'exécution de la privation de liberté prévue à l'article 27,1er alinéa AP est considérée par divers participants comme étant trop courte: la libération

²⁰² Négatifs: ZH, BE, ZG, SO, VD, TI, DJS, SVJ, SAV, SVJ, SGG, SAH, SKJP, SHIV, FRS, FSP, ATD, BFU, SKÖF, FAGU, JHP; Réserves: SG, TG, NW, LU, VS, AG, NE, SVP, LdU, AFP, KSG, EKF. Il n'y a cependant également des réactions positives: JU, LPS, SVF, SKF, CRDIE, VASZ, ZFZ, SKF, BSF, DEI, Pro Juventute.

²⁰³ BE, BS, SG, JU, CVP, LPS, BSF, CRDIE, EKJ, Pro Juventute, SKF, VASZ, SVF, ZFZ.

²⁰⁴ ZH, SAH.

²⁰⁵ ZG, SVJ, SPV.

²⁰⁶ DJS.

²⁰⁷ BFU.

²⁰⁸ SHIV

²⁰⁹ SVP.

²¹⁰ LIWJ, FSP, ATD, SAV, SKJP, FAGU, JHP.

²¹¹ SAV.

²¹² ZH, BE, SO, BS, SG, NE, SKJP, FAGU, JHP, SKÖF, Pro Juventute, SPV.

conditionnelle ne devrait être possible qu'après les deux tiers²¹³ de la peine ou après deux mois au minimum²¹⁴.

Cumul de sanctions (art. 28 AP)

Les cantons romands surtout souhaiteraient pouvoir cumuler toutes les sanctions²¹⁵.

Sursis à l'exécution de sanctions (art. 29 AP)

Diverses réserves ont été formulées, ainsi le rejet par quelques participants de l'interdiction de conduire avec sursis²¹⁶ ou la proposition d'introduire le sursis partiel²¹⁷.

4.6 Organisation, procédure et application de la loi (art. 32 - 37 AP), Dispositions complémentaires et finales (art. 38 - 39 AP)

Les dispositions sur la procédure (art. 33 AP), sur le casier judiciaire (art. 35 ch. 1er AP) et sur le financement (art. 37 AP) rencontrent une certaine opposition. Les autres dispositions sont généralement bien acceptées, avec diverses réserves.

Procédure (art. 33 AP)

Divers participants s'opposent à l'article 33, chiffre 2, 2e alinéa AP en vertu duquel la procédure devrait être publique dans les affaires de droit pénal des mineurs si l'intérêt public le commande²¹⁸. D'autres sont d'avis que la procédure devrait en principe toujours se dérouler à huis clos²¹⁹.

Suscite également une certaine opposition le droit du mineur ou de son représentant légal de requérir la désignation d'un défenseur d'office pour la procédure d'instruction ou de jugement (art. 33 ch.4 AP). Ce sont surtout divers cantons qui estiment que ce droit va trop loin et devrait tout au plus pouvoir entrer en ligne de compte pour les délits passibles d'une privation de liberté ou d'une mesure privative de liberté, mais non pour tout délit de minime importance²²⁰. De plus, cette disposition représenterait une ingérence inadmissible dans le droit de procédure cantonal²²¹.

213 ZH, BS, SG, SKF, SVE, SVJ.

214 LU, NW, SO.

215 FR, VD, VS, NE, EKJ.

216 FR, SO, BS, CVP.

217 SG, VD, NE, JU, EKJ.

218 ZH, SO, BS, DEI, SVE, SVJ.

219 Pro Juventute, EKJ.

220 BE, SO, BS, AR SG, AG, TG, VD, NE, CVP, SVJ; autrement: ZH, JU, LPS, SAV, SGG.

221 BE, AG, TG, VD.

Casier judiciaire (art. 35 ch.1 AP)

Divers participants sont d'avis que les jugements pénaux prononcés à l'encontre de mineurs ne devraient pas être inscrits au casier judiciaire²²².

Financement (art. 37 AP)

Ce sont surtout des cantons qui estiment que la réglementation sur les frais d'exécution en vertu de l'article 37 AP est insuffisante²²³. Il y aurait en particulier lieu de faire participer les parents - comme c'est le cas dans le droit actuel- aux frais suscités par un mineur condamné.

²²² ZH, CVP, Pro Juventute, SGG, VASZ., ZFZ.

²²³ BE, SZ, SO, BS, AR, SG, TG, SVE, SVJ.

5. Annexes

5.1 Participants à la procédure de consultation

GERICHTE - TRIBUNAUX

Schweizerisches Bundesgericht /
Tribunal fédéral suisse Bger

KANTONE - CANTONS

ZH, BE, LU, UR, SZ, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD,
VS, NE, JU

POLITISCHE PARTEIEN - PARTIS POLITIQUES

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz /
Parti radical-démocratique suisse FDP

Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz /
Parti démocrate-chrétien suisse CVP

Sozialdemokratische Partei der Schweiz /
Parti Socialiste Suisse SPS

Schweizerische Volkspartei /
Union Démocratique du Centre SVP

Liberale Partei der Schweiz /
Parti libéral suisse LPS

Landesring der Unabhängigen /
Alliance des Indépendants LdU

Schweizer Demokraten /
Démocrates Suisses SD

Schweizer Auto-Partei - DIE FREIHEITLICHEN /
Parti Suisse des automobilistes APS

ORGANISATIONEN - ORGANISATIONS

Arbeitsgruppe forensische Psychiatrie der deutschsprachigen Schweiz AFP

Arbeitsgruppe LIWJ
Leitungen Institutionen weiblicher Jugendlicher LIWJ

Automobil Club der Schweiz /
Automobile Club de Suisse ACS

Bund Schweizerischer Frauenorganisationen / Alliance de sociétés féminines suisses	BSF/ASF
Bund Schweizerischer Israelitischer Frauenvereine / Union des Sociétés des Femmes Israélites Suisses	BSIF
Christlichnationaler Gewerkschaftsbund der Schweiz / Confédération des syndicats chrétiens de Suisse	CNG
Conférence romande des directeurs d'institutions d'éducation	CRDIE
Die Rechte des Kindes International / Défense des enfants-international	DEI
Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz / Juristes Démocrates de Suisse	DJS
Eidgenössische Kommission für Frauenfragen / Commission fédérale pour les questions féminines	EKF
Eidgenössische Kommission für Jugendfragen / Commission fédérale pour la jeunesse	EKJ
Evangelischer Frauenbund der Schweiz / Fédération suisse des femmes protestantes	EFS
Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen / Fédération Suisse des Psychologues	FSP
Schweizerisches Polizei Institut / Institut suisse de police	SPI
Interkantonale Kommission für den Strassenverkehr / Commission Intercantonale de la Circulation routière	IKS
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren / Conférence des chefs des Départements cantonaux de justice et police	KKJPD
Konferenz der Leiter von Anstalten der schweizerischen Straf- und Massnahmenvollzuges / Conférence suisse des directeurs d'établissements de détention	KLA
Konkordat über die Planung im Strafvollzugswesen der Nordwest- und Innerschweiz	KPSN
Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer / Union Suisse des Syndicats autonomes	LFSA
Bewegung ATD Vierte Welt / Mouvement ATD Le quart Monde	ATD
Neustart Verein für Bewährungs- und Sanierungshilfe für Strafentlassene	Neustart
Ostschiizerische Strafvollzugskommission	OSK
Schweizerische Anwaltsverband / Fédération Suisse des Avocats	SAV

- Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik / Conférence suisse des écoles supérieures d'éducateurs spécialisés	SAH
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände / Conseil suisse des Activités de Jeunesse	SAJV
Schweizerisches Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal / Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire	SAS
Schweizerische Bankiervereinigung Association suisse des banquiers	Bankier
Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung / Bureau suisse de prévention des accidents	BFU
Schweizer Bischofskonferenz / Conférence des évêques suisses	SBK
Schweizerischer Gemeinnütziger Frauenverein	SGF
Schweizerische Gesellschaft für Psychiatrie / Société suisse de psychiatrie	SGP
Schweizerische Gesellschaft für Sozial- und Präventivmedizin / Société suisse de médecine sociale et préventive	SGSP
Schweizerischer Gewerbeverband / Union suisse des arts et métiers	SGV
Schweizerischer Gewerkschaftsbund / Union syndicale suisse	SGB
Schweizerischer Handels- und Industrieverein (Vorort) / Union suisse du commerce et de l'industrie	SHIV
Schweizerischer Katholischer Frauenbund / Ligue suisse de femmes catholiques	SKF
Schweizerische Konferenz für öffentliche Fürsorge / Conférence suisse des institutions d'assistance publique	SKÖF
Schweizerische Kriminalistische Gesellschaft / Société suisse de droit pénal	SKG
Schweizerischer Landfrauenverband / Union des paysannes suisses	SLFV
Schweizerische Richtervereinigung / Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire	SRV
Schweizerische Stiftung Pro Juventute	Pro Juventute
Schweizerischer Strassenverkehrsverband / Fédération routière suisse	FRS

Schweizerischer Verband für erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche / Association suisse en faveur des jeunes inadaptés	SVE
Schweizerischer Verband für Frauenrechte / Association suisse pour les droits de la femme	SVF
Schweizerische Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege / Société suisse de droit pénal des mineurs	SVJ
Team 72	Team 72
Touring Club der Schweiz / Touring-Club Suisse	TCS
Université de Lausanne	UNI-LS
Vereinigung der Strassenverkehrsämter / Association des services des automobiles	ASA
Vereinigung schweiz. Angestelltenverbände / Fédération des sociétés suisses d'employés	VSA
Vereinigung Schweizerischer Kinder- und Jugendpsychologen / Association suisse de psychologues pour enfants et adolescents	SKJP
Verkehrs-Club der Schweiz / Association transports et environnement	VCS
Weisser Ring / Anneau Blanc	WR

AUTRES PARTICIPANTS

Schweizerische Vereinigung der Bewährungshilfe / Association Suisse de la Probation	ASP
Caritas	Caritas
Comité Vaudois du 14 Juin	Com-VD
Conférence des chefs des Départements de justice et police de Suisse romande	CCDJP-SR
Fachgruppe für geschlossene Unterbringung von Jugendlichen	FAGU
Generalprokurator des Kantons Bern	GP-BE
Jugendheim Platanenhof	JHP
Jungliberale Bewegung der Schweiz / Jeunesse Radicale Suisse	JBS
Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz / Conférence des commandants des polices cantonales de Suisse	KKPKS

- Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten / Conférence des Déléguées Suisses à l'Egalité entre Femmes et Hommes	KSG
Konferenz für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr / Conférence sur les mesures administratives en matière de circulation routière	KAM
Ordre des avocats fribourgeois	OAF
Schweizer Psychotherapeuten-Verband / Association suisse des psychothérapeutes	SPV
Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft / Société suisse d'utilité publique	SGG
Schweizerische Vereinigung für Verkehrpsychologie / Société suisse de psychologie de la circulation	VFV
Schubarth Martin, Professor	M.S.
Verband Bernischer Gerichtspräsidenten / Association des présidents de Tribunal bernois	VBGP
Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz	VCHP
Verein Aktiver Staatsbürgerinnen Zürich	VASZ
Zürcher Frauenzentrale	ZFZ

5.2 Abréviations

ACS	Automobil Club der Schweiz / Automobile Club de Suisse
AFP	Arbeitsgruppe forensische Psychiatrie der deutschsprachigen Schweiz
AG	Regierungsrat des Kantons Aargau
AI	Standeskommission des Kantons Appenzell Innerrhoden
APS	Schweizer Autopartei - DIE FREIHEITLICHE / Parti Suisse des automobilistes
AR	Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden
ASA	Vereinigung der Strassenverkehrsämter / Association des services des automobiles
ASP	Schweizerische Vereinigung der Bewährungshilfe / Association Suisse de la Probation
ATD	Bewegung ATD Vierte Welt / Mouvement ATD Le quart Monde

Bankier	Schweizerische Bankiervereinigung / Association suisse des banquiers
BE	Regierungsrat des Kantons Bern
BFU	Schweiz. Beratungsstelle für Unfallverhütung Bureau suisse de prévention des accidents
Bger	Schweizerisches Bundesgericht Tribunal fédéral suisse
BL	Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft
BS	Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
BSF	Bund Schweiz. Frauenorganisationen Alliance de sociétés féminines suisses
BSIF	Bund Schweiz. israelitischer Frauenvereine Union des Sociétés des Femmes Israélites Suisses
Caritas	Caritas Schweiz
CCDJP-SR	Conférence des chefs des départements de justice et police de Suisse romande
CNG	Christlichnationaler Gewerkschaftsbund Confédération des syndicats chrétiens de Suisse
Com-VD	Comité Vaudois du 14 Juin
CRDIE	Conférence romande des directeurs d'institutions d'éducation
CVP	Christlich-demokratische Volkspartei der Schweiz Parti démocrate-chrétien suisse
DEI	Die Rechte des Kindes International Défense des Enfants international
DJS	Demokratische Juristinnen und Juristen der Schweiz Juristes Démocrates de Suisse
EFS	Evangelischer Frauenbund der Schweiz Fédération suisse des femmes protestantes
EKF	Eidg. Kommission für Frauenfragen Commission fédérale pour les questions féminines
EKJ	Eidg. Kommission für Jugendfragen Commission fédérale pour la jeunesse
FAGU	Fachgruppe für geschlossene Unterbringung von Jugendlichen
FDP	Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Parti radical-démocratique suisse
FR	Conseil d'Etat du canton de Fribourg

-	FRS	Schweiz. Strassenverkehrsverband Fédération routière suisse
	FSP	Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen Fédération Suisse des psychologues
GL		Regierungsrat des Kantons Glarus
GP-BE		Generalprokurator des Kantons Bern
GR		Regierungsrat des Kantons Graubünden
IKS		Interkantonale Kommission für den Strassenverkehr Commission Intercantonale de la Circulation routière
JBS		Jungliberale Bewegung der Schweiz Jeunesse Radicale Suisse
JHP		Jugendheim Platanenhof
JU		Gouvernement du canton du Jura
KAM		Konferenz für Administrativmassnahmen im Strassenverkehr Conférence des Déléguées Suisses à l'Egalité entre Femmes et Hommes
KKJPD		Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren Conférence des chefs des Départements cantonaux de justice et police
KKPKS		Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz Conférence des commandants des polices cantonales de Suisse
KLA		Konferenz der Leiter von Anstalten des schweizerischen Straf- und Massnahmenvollzuges Conférence suisse des directeurs d'établissements de détention
KPSN		Konkordatskonferenz über die Planung im Strafvollzugswesen der Nordwest- und Innerschweiz
KSG		Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten Conférence des Déléguées Suisses à l'Egalité entre Femmes et Hommes
LdU		Landesring der Unabhängigen Alliance des Indépendants
LFSA		Landesverband freier Schweizerischer Arbeitnehmer Union Suisse des Syndicats autonomes
LIWJ		Arbeitsgruppe LIWJ Leitungen Institutionen weiblicher Jugendlicher
LPS		Liberale Partei der Schweiz Parti libéral suisse
LU		Regierungsrat des Kanton Luzern
M.S.		Herrn Bundesrichter Prof. Martin Schubarth
NE		Conseil d'Etat du canton de Neuchâtel

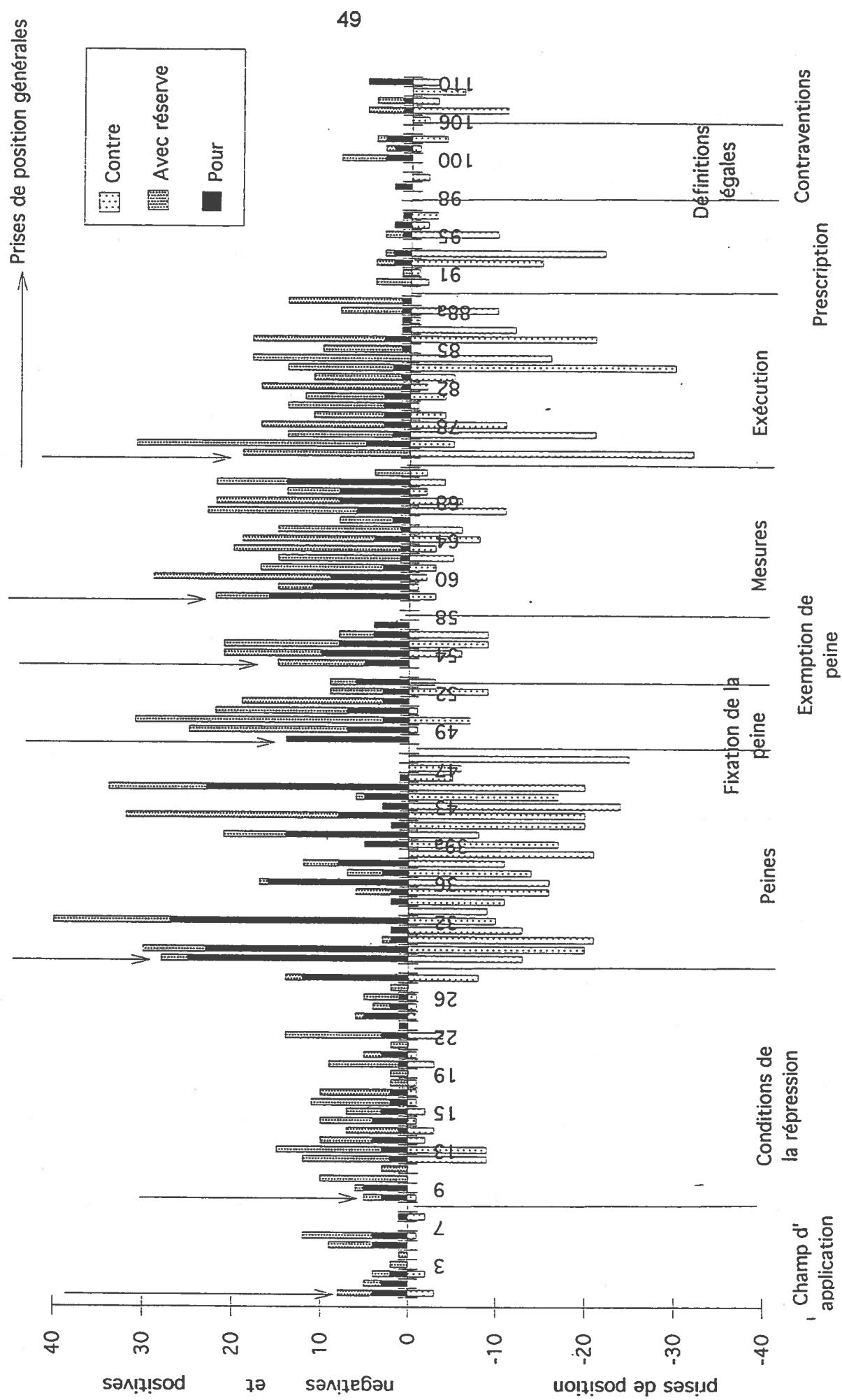
Neustart	Verein NEUSTART Verein für Bewährungs- und Sanierungshilfe für Strafentlassene
NW	Regierungsrat des Kantons Nidwalden
OAF	Ordre des avocats fribourgeois
OSK	Ostschweizerische Strafvollzugskommission
OW	Regierungsrat des Kantons Obwalden
Pro Juventute	Schweiz. Stiftung Pro Juventute
SAH	Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik Conférence suisse des écoles supérieures d'éducateurs spécialisés
SAJV	Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände Conseil suisse des Activités de jeunesse
SAS	Schweiz. Ausbildungszentrum für Strafvollzugspersonal Centre suisse de formation pour le personnel pénitentiaire
SAV	Schweiz. Anwaltsverband Fédération Suisse des Avocats
SBK	Schweiz. Bischofskonferenz Conférence des évêques suisses
SD	Schweizer Demokraten Démocrates Suisses
SG	Regierungsrat des Kantons St. Gallen
SGB	Schweiz. Gewerkschaftsbund Union syndicale suisse
SGF	Schweiz. Gemeinnütziger Frauenverein
SGG	Schweiz. Gemeinnützige Gesellschaft Société suisse d'utilité publique
SGP	Schweiz. Gesellschaft für Psychiatrie Société suisse de psychiatrie
SGSP	Schweiz. Gesellschaft für Sozial- und Präventivmedizin Société suisse de médecine sociale et préventive
SGV	Schweiz. Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers
SH	Regierungsrat des Kantons Schaffhausen
SHIV	Schweiz. Handels- und Industrieverein (Vorort) Union suisse du commerce et de l'industrie
SKF	Schweiz. Katholischer Frauenbund Ligue suisse de femmes catholiques

- SKG	Schweiz. Kriminalistische Gesellschaft Société suisse de droit pénal
SKJP	Vereinigung Schweiz. Kinder- und Jugendpsychologen Association suisse de psychologues pour enfants et adolescents
SKÖF	Schweiz. Konferenz für öffentliche Fürsorge Conférence suisse des institutions d'assistance publique
SLFV	Schweiz. Landfrauenverband Union des paysannes suisses
SO	Regierungsrat des Kantons Solothurn
SPI	Institut suisse de police Institut suisse de police
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz Parti Socialiste Suisse
SPV	Schweizer Psychotherapeuten-Verband (SPV) Association suisse des psychothérapeutes
SRV	Schweiz. Richtervereinigung Association suisse des magistrats de l'ordre judiciaire
SVE	Schweiz. Verband für erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche Association suisse en faveur des jeunes inadaptés
SVF	Schweiz. Verband für Frauenrechte Association suisse pour les droits de la femme
SVJ	Schweiz. Vereinigung für Jugendstrafrechtspflege Société suisse de droit pénal des mineurs
SVP	Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre
SZ	Regierungsrat des Kantons Schwyz
TCS	Touring Club der Schweiz Touring-Club Suisse
Team 72	Team 72
TG	Regierungsrat des Kantons Thurgau
TI	Consiglio di Stato del Cantone del Ticino
UNI-LA	Université de Lausanne
UR	Regierungsrat des Kantons Uri
VASZ	Verein Aktiver Staatsbürgerinnen Zürich
VBGP	Verband Bernischer Gerichtspräsidenten Association des présidents de Tribunal bernois

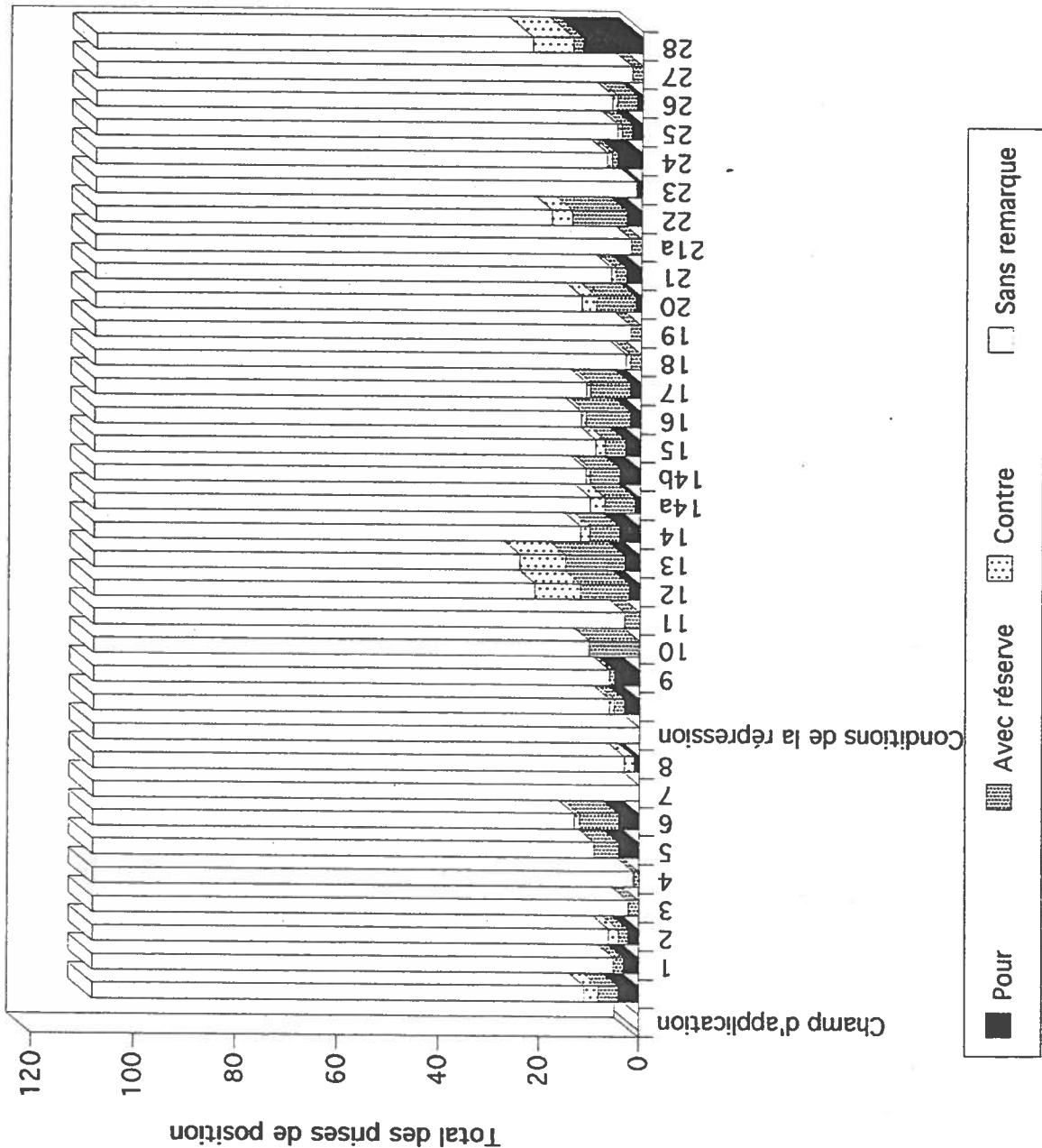
VCHP	Verband des christlichen Staats- und Gemeindepersonals der Schweiz
VCS	Verkehrsclub der Schweiz Association transports et environnement
VD	Conseil d'Etat du canton de Vaud
VFV	Schweiz. Vereinigung für Verkehrpsychologie Société suisse de psychologie de la circulation
VS	Conseil d'Etat du canton du Valais
VSA	Vereinigung Schweiz. Angestelltenverbände Fédération des sociétés suisses d'employés
WR	Weisser Ring Anneau Blanc
ZFZ	Zürcher Frauenzentrale
ZG	Regierungsrat des Kantons Zug
ZH	Regierungsrat des Kantons Zürich

5.3 Présentation graphique des résultats de la procédure de consultation

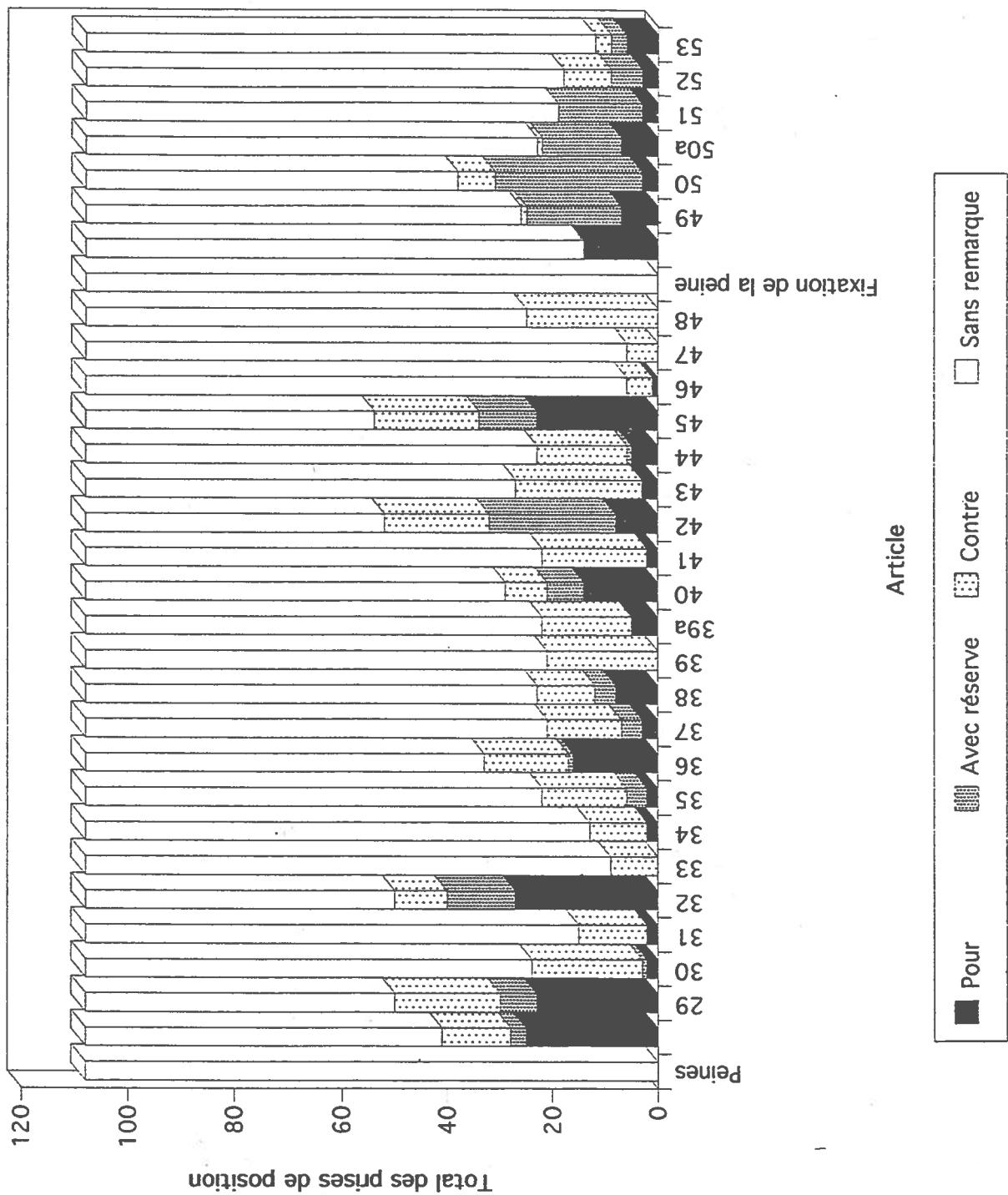
Résultats de la procédure de consultation relative à la révision de la partie générale du code pénal



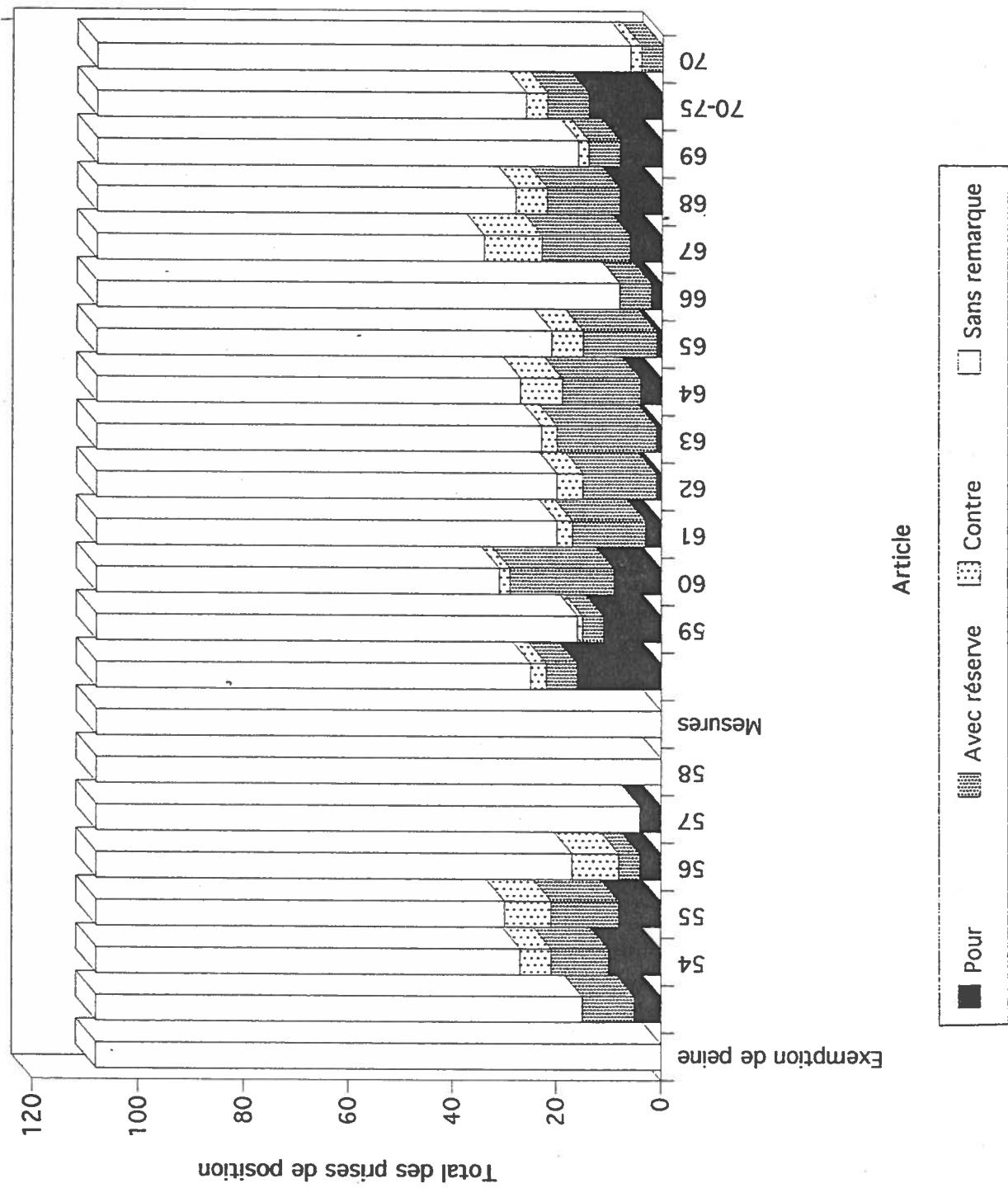
Champ d'application et conditions de la répression



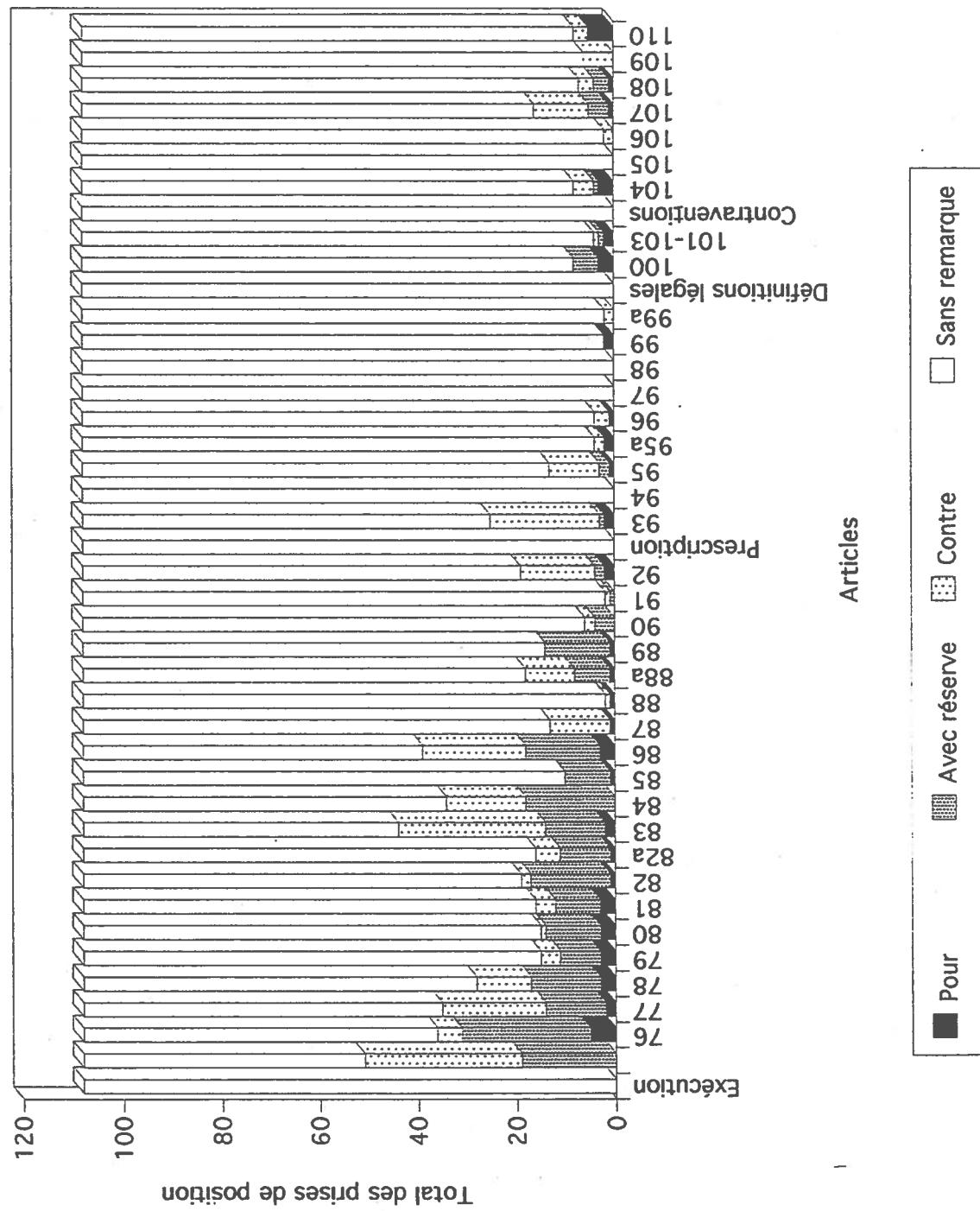
Peines et fixation de la peine



Exemption de peine et mesures



Exécution, prescription, définitions légales et contraventions



Résultats de la procédure de consultation relative à la révision concernant une Loi fédérale
régissant la condition pénale des mineurs

